

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Diplomgrades im Studiengang
Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien

Philosophische Fakultät der Universität Passau
Juni 2007

Die Bedeutung der Umwelt in Deutschland und Frankreich.

Zur Arbeit des deutsch-französischen Umweltrates

Eingereicht von:
Nicole Hinkel
Innstadtkellerweg 2
94032 Passau

Gutachter:
Prof. Dr. Peter Walter
Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft und Landeskunde

Abkürzungsverzeichnis.....	2
I. Einleitung.....	4
II. Umweltbewusstsein und Umweltpolitik in Frankreich und Deutschland	
- ein Vergleich.....	7
1. Theoretische Betrachtung.....	7
1.1 Umweltbewusstsein und Umweltverhalten	7
1.2 Einfluss der nationalen Umweltpolitik in Europa	8
2. Die Bedeutung der Umwelt in der Gesellschaft.....	10
2.1 Unterschiedliches Naturverständnis.....	10
2.2 Der Wandel des Umweltbewusstseins.....	13
2.3 Das Umweltverhalten.....	17
2.4 Der Einfluss der Medien - Umweltberichterstattung.....	21
2.5 Die Rolle von Umweltschutzverbänden	24
3. Stellung der Umwelt in der französischen und deutschen Politik	29
3.1 Die deutsche Umweltpolitik.....	29
3.1.1 Zwanzig Jahre Bundesumweltministerium: seine Stellung in Deutschland.....	32
3.1.2 Umweltpolitische Normsetzung und Vollzugsdefizit	35
3.1.3 Die Grünen als umweltpolitische Akteure	38
3.2 Die französische Umweltpolitik	40
3.2.1 Das <i>Ministère de l'écologie et du développement durable</i> - ein ernst zu	
nehmendes Ministerium?	44
3.2.2 Umweltpolitische Normsetzung und Vollzugsprobleme	48
3.2.3 Weitere umweltpolitische Akteure	51
4. Fazit: Die Stellung der Umwelt in den Nachbarländern als Grundlage für ihre	
Zusammenarbeit	57
III. Die deutsch-französischen Umweltbeziehungen	60
1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	61
2. Die Zusammenarbeit im Deutsch-Französischen Umweltrat	63
2.1 Von der Idee zur Umsetzung	63
2.2 Arbeitsweise des 15. Umweltrates	64
2.2.1 Personelle Zusammensetzung.....	64
2.2.2 Organisationsstruktur im BMU und MEDD.....	65
2.2.3 Ablauf des Treffens.....	67
2.2.4 Themenvorbereitung und Kompromissfindung: das Communiqué	67
2.3. Die Bedeutung des Umweltrates	68
IV. Zwischen symbolischer Funktion und europäischer Notwendigkeit	74
V. Literaturverzeichnis.....	77
VI. Anhang	86
Umweltminister Frankreichs	I
Bundesumweltminister Deutschlands	II
Auswahl von französischen und deutschen Umweltgesetzen	III
Treffen des Deutsch-Französischen Umweltrats	IV
Programm des 14. Umweltrates.....	V
Programm des 15.Umweltrates	VI
Zuständige Kontaktpersonen für die Organisation des Umweltrates.....	VII
Communiqué des 15. Umweltrates	VIII
Gründung von Umweltministerien im europäischen Vergleich.....	IX

Abkürzungsverzeichnis

ADEME	Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie
AFME	Agence Française pour la Maîtrise de l'Energie
AKW	Atomkraftwerk
ANDRED	Agence Nationale pour la Récupération et l'Élimination des Déchets
AQA	Agence pour la Qualité de l'air
BMBau	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMI	Bundesministerium des Innern
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BUND	Bund für Umwelt- und Naturschutz
CEA	Commissariat à l'Énergie Atomique
CIRAC	Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine
CNIE	Commission Nationale d'Initiation à l'Environnement
CP	Confédération Paysanne
CPNT	Chasse - Pêche - Nature - Traditions
CSA	Conservatoire des Sites Alsaciens
DAL	Association Droit Au Logement
DDAF	Direction Départementale de l'Agriculture et de la Forêt
DDE	Direction départementale de l'Équipement
DFI	Deutsch - Französisches Institut
DFIU	Deutsch - Französisches Institut für Umweltforschung
DIREN	Directions Régionales de l'Environnement
DNR	Deutscher Naturschutzring
DRAE	Délégués Régionaux à l'Architecture et à l'Environnement
DSD	Duales System Deutschland GmbH
DVBI	Deutsches Verwaltungsblatt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FFSPN	Fédération Française des Sociétés de Protection de la Nature
FOE	Friends of the Earth
IFRI	Institut Français de Relations Internationales
INRA	Institut National de la Recherche agronomique
INSEE	Institut National de la Statistique et des Études Économiques
LCR	Ligue Communiste révolutionnaire
MEDD	Ministère de l'Environnement et du Développement durable
Nabu	Naturschutzbund Deutschland
OGM	Organismes Génétiquement Modifiés
ÖSR	Ökologische Steuerreform
PFC	Partie Communiste
PNE	Plan National pour l'Environnement
RFI	Radio France Internationale
SAEE	Société Anonyme Eco-Emballage
SAI	Service des affaires internationales
SRA	Services Régionaux de l'Archéologie
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
SZ	Süddeutsche Zeitung
UBA	Umweltbundesamt
WWF	World Wide Fund For Nature

I. Einleitung

« C'est trop facile d'être écolo là où ça vous arrange et pas là où ça ne vous arrange pas. »¹ Mit diesen Worten richtete sich der französische Umweltminister Brice Lalonde (1988-1992) im Jahre 1990 an Deutschland. Die Botschaft ist aktueller denn je. Gleichwohl könnte die Bemerkung vom deutschen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (seit 2005) stammen und sich an Frankreich richten. Denn bei der Festlegung eines EU-Zieles im März 2007 für die Nutzung erneuerbarer Energien zeigte der ehemalige französische Staatspräsident, Jacques Chirac, zu wie viel Einsatz er beim Thema Umweltschutz bereit ist: Würde es nach ihm gehen, so sollte das Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um ein Fünftel zu reduzieren, mit Hilfe emissionsarmer statt erneuerbarer Energiequellen erreicht werden. Dann nämlich würde sich Frankreich wegen seiner weitgehend kohlenstofflosen Hauptenergiequelle, der Kernenergie, „Anstrengungen weitgehend ersparen.“² Diese Blockadehaltung Frankreichs ist innerhalb der EU keineswegs ein Einzelfall und auch nicht typisch französisch. Deutschland setzte sich Ende der 1980er und zuletzt im Frühjahr 2007 beim Thema Geschwindigkeitsbegrenzung schützend vor die deutsche Automobilindustrie, was im Übrigen Lalonde zum Ausspruch oben verleitete.

Offensichtlich wollen französische und deutsche Politiker unsere Umwelt schützen, nur eben auf unterschiedliche Art und Weise. Eine einheitliche Herangehensweise kann auch nur schwer erfolgen, denn die Umweltpolitik beider Staaten ist das Ergebnis unterschiedlicher Faktoren: Die Energiepolitik, und damit auch die Menge des Ausstoßes von Kohlenstoffen, ist Folge der vorhandenen Ressourcen. Während Frankreichs Atomenergienutzung als Unabhängigkeitsstrategie der Nachkriegszeit den Bürgern noch heute mit pro-Kernenergie-Werbefilmen schmackhaft gemacht wird, verfügte Deutschland über mehr fossile Rohstoffe, was die Kernenergie zweitrangig machte. Eine Rolle spielen auch die Lobbygruppen, wie die Agrarlobby in Frankreich und die Automobillobby in Deutschland. Wissend, dass Deutschland Mutterland starker Automotoren ist, leuchtet auch das Nein zur Tempobegrenzung auf deutschen Autobahnen ein, während Frankreichs Kleinwagenindustrie damit kein Problem hat. Ein weiterer Faktor, der sich auf die Umweltpolitik auswirkt, ist das Verhältnis der Bevölkerung zur Natur, das ein Ergebnis von Kultur und Tradition ist.

Um zu klären, welche Rolle der Umweltschutz in der heutigen Politik und Gesellschaft beider Länder spielt, gibt diese Arbeit einen Überblick über mehrere Bereiche. Der Stellenwert der Umwelt in der französischen und deutschen Gesellschaft wird anhand der Entwicklung des Umweltbewusstseins und mit Hilfe statistischer Erhebungen zum Umweltverhalten betrachtet. Verzichten Deutsche der Umwelt zuliebe auf ihr Auto? Werfen Franzosen ihre Weinflaschen ins Altglas und schalten sie beim Verlassen des Raumes das Licht ab? Wer spart mehr Energie? Kaufen Franzosen als kulinarische Bewusstesser mehr Bioprodukte als die Deutschen? Auch anhand des Engagements in Umweltverbänden ist die Einstellung der Bürger zur Umwelt

¹ Lalonde, zitiert in Le Figaro, 12.09.1990, S. 10.

² SZ, 09.03.2007, S. 1.

ablesbar. Gleichzeitig spiegelt deren Einfluss und Mitwirkungsmöglichkeiten auf die Umweltpolitik die Bedeutung der Umwelt auf politischer Ebene wider. Diesbezüglich ist auch das Gewicht des Umweltministeriums aussagekräftig, denn nur mit Hilfe eines starken Ministeriums bzw. eines durchsetzungsfähigen Ministers kann die Umweltpolitik gegen die traditionellen Ministerien und starken Industrielobbys antreten. Schließlich setzt das Ministerium die Maßstäbe, an die sich Unternehmen halten müssen. Meist unbekannt ist in diesem Zusammenhang, dass Frankreich schon 1971 als eines der ersten Länder weltweit auf nationaler Ebene ein Umweltministerium einrichtete. Deutschland ließ damit bis nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986 auf sich warten.

Die Umweltpolitik ist ein relativ junges Politikfeld, das gewisse Schwächen aufweist. Große Probleme bereitet Frankreich und Deutschland die Umsetzung ihrer zahlreichen Umweltgesetze und Normen, was unter anderem in den Umständen der Normgesetzgebung begründet ist. Die herausragende Rolle und der große Einfluss des Präfekten stellt in Frankreich eine große Herausforderung für die normgetreue Umsetzung dar. Eine grundsätzliche Schwäche ist die wässrige Formulierung von Umweltnormen, die den Interpretationsspielraum groß, die Wirkung der Normen dagegen häufig klein lässt. In Deutschland sind die Bundesländer für die Durchführung der Umweltgesetze verantwortlich. Die Länder haben im Bundesrat die Möglichkeit, auf die vom Bund zu erlassenden Normen Einfluss zu nehmen. Die großen umweltpolitischen Linien legt folglich die Bundesregierung bzw. in Frankreich die Zentralregierung fest. Nicht nur die geschichtlichen, sondern auch die geographischen Voraussetzungen wirkten sich auf die Umweltlinien beider Länder aus, dementsprechend ist auch das Umweltbewusstsein unterschiedlich ausgeprägt. Die zweite Kernfrage der vorliegenden Arbeit ist daher, ob eine Zusammenarbeit im Bereich Umwelt zwischen Frankreich und Deutschland trotz der unterschiedlichen Gewichtung der Umweltpolitik möglich ist.

Bei der Suche nach deutsch-französischen Umweltprojekten fällt vor allem regionales Engagement verschiedener Vereine und Nachbarregionen auf, deren Projekte bis in die 1960er Jahre zurückgehen. Dies überrascht nicht, immerhin grenzen beide Länder über 450km aneinander. Mit Verwunderung stieß ich dagegen auf den deutsch-französischen Umweltrat, der zwar schon 1989 gegründet wurde, aber in den Medien für relativ wenig Aufsehen sorgte. Lediglich ein Eintrag auf der gemeinsamen deutsch-französischen Internetpräsenz der Botschaften sowie das Kommuniqué des 12. Treffens waren auffindbar. Erst ein Praktikum im Europareferat des Berliner Bundesumweltministeriums gewährte mir einen tiefen Einblick in die hier thematisierte Arbeitsweise des jährlich tagenden Gremiums. Während des Praktikums erstellte ich mit Hilfe der Referatsregistratur eine Liste aller bisherigen Umwelträte, die mittlerweile auf der Internetpräsenz des Ministeriums verwendet wird. Hier sind mittlerweile auch die Kommuniqués aller bisherigen Umwelträte verfügbar. Neben der Archivarbeit, waren die offenen Gespräche mit Mitarbeitern beider Umweltministerien sowie deren Bearbeitung meiner Fragebögen besonders wertvoll für diese Arbeit. Vor allem konnte ich dank der Unterstützung der Mitarbeiter des Europareferats, vor allem Kai Schlegelmilchs, aktiv den Umweltrat im September

2006 mitorganisieren und daran teilnehmen. Dieses Gremium eignet sich besonders zur Analyse der politischen Umweltbeziehungen, weil neben bilateralen auch internationale Fragen behandelt werden. Da Frankreich und Deutschland stark in den europäischen und multilateralen Rahmen eingebunden sind, stehen Besprechungen von EU-Richtlinien ebenso wie die Planung von anstehenden Gipfeln und Terminen auf der Tagesordnung. Natürlich erheben die Beobachtungen dieses 15. Treffens des Umweltrates keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Vielmehr sollen sie dazu dienen, eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die umweltpolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ausschließlich symbolische Funktionen erfüllen oder ob sie für einen wirksamen Umweltschutz auf europäischer Ebene notwendig sind. Immerhin wurde bei der 50-Jahr-Feier der Europäischen Union die gemeinsame Umweltpolitik neben der Sicherheitspolitik als eine der großen Herausforderungen genannt. Zu klären ist auch die Frage, an welche Grenzen die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Umweltpolitik stößt.

II. Umweltbewusstsein und Umweltpolitik in Frankreich und Deutschland - ein Vergleich

1. Theoretische Betrachtung

1.1 Umweltbewusstsein und Umweltverhalten

Neben der vielseitigen Anwendung des Begriffs Umweltbewusstsein hat sich in der Gesellschaft eine Definition durchgesetzt, die 1978 so auch vom Rat der Sachverständigen³ veröffentlicht wurde: Im Alltag wird jemand der seiner Umwelt eine hohe Wertschätzung entgegenbringt als umweltbewusst bezeichnet. Ein umweltbewusster Mensch verhält sich umweltschonend und setzt sich für die Umwelt ein oder sorgt sich um sie.⁴ Diese Definition enthält zwei Komponenten. Zum Einen ist es die Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst und zum Anderen die Bereitschaft zur Abhilfe. Demnach setzt sich Umweltbewusstsein einerseits aus Wissen und andererseits aus dem Handlungswillen zusammen.⁵ Kritisch merken Diekmann/Preisendörfer jedoch an, dass es genügt, wenn eine gewisse, „nicht unbedingt auf detailliertem Faktenwissen beruhende Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen vorhanden ist.“⁶ Schulz nennt dies die affektive Komponente eines Individuums, die den Grad der emotionalen Besetzung der Umweltgefährdung und das Ausmaß der emotionalen Reaktionen, wie Wut, Empörung, Angst bezeichnet.⁷

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Umweltbewusstseinsdefinition von Haan/Kuckartz (1996), die drei Komponenten vereint: Umweltwissen, Umwelteinstellung und Umweltverhalten. Haan/Kuckartz (1996) sprechen von Umweltbewusstsein, wenn alle drei Komponenten gemeinsam gemeint sind. Das persönliche Umweltbewusstsein ist eng verbunden mit dem Wissen über die Umwelt, also dem Kenntnisstand einer Person über den Zustand der Umwelt und Umweltprobleme, über Ökosysteme, Tiere und Pflanzen. Dieses Wissen wiederum bewirkt positive Umwelteinstellungen oder steuert direkt das Umweltverhalten. Unter der Umwelteinstellung werden Emotionen verstanden, die dahin tendieren, die gegenwärtigen Umweltzustände als unhaltbar anzusehen, Umweltprobleme kritisch zu betrachten und das Individuum als Konsequenz für einen verbesserten Umweltschutz eintreten lassen. Mit Umweltverhalten ist das umweltgerechte Handeln in Alltagssituationen gemeint.⁸ Auf dessen Messung beschränkt sich die Erfassung des Umweltbewusstseins einer Person. Doch auch die Messung des Umweltverhaltens stellt eine Herausforderung dar, weil das Verhalten einer Vielzahl von Individuen über einen langen Zeitraum hinweg aufwendig protokolliert werden muss. Der Großteil empirischer Untersuchungen beruft sich daher auf das berichtete Verhalten, das allerdings nicht der Realität entsprechen muss.⁹ Meistens sind sich die Befragten über gesellschaftlich erwünschte

³ Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), 1971 gegründet, ist eine Gruppe von Wissenschaftlern. Diese werden vom Bundesumweltminister mit Zustimmung der Bundesregierung auf vier Jahre ernannt.

⁴ Vgl. Schütz (1995), S. 65.

⁵ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 36.

⁶ Diekmann/Preisendörfer (2001), S. 101.

⁷ Vgl. Schütz (1995), S. 66.

⁸ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 37, 103.

⁹ Vgl. Schütz (1995), S. 68.

Verhaltensweisen bewusst und neigen deshalb dazu, ein besseres Bild abzugeben. Zu den einzelnen Methoden der Umweltbewusstseinsforschung geben Haan/Kuckartz (1996) und Huber (1996) ausführliche Informationen. Da sich einzelne Studien auf unterschiedliche Dimensionen des Umweltbewusstseins beziehen, ist deren Vergleich oft schwierig.¹⁰ Auch wenn das Umweltbewusstsein quantitativ schwer messbar ist, so schlägt es sich in im Verhalten wieder. Dazu gehört auch die Wahl der Parlamentsvertreter, deren Auffassung von Umweltschutz sich in der Umweltpolitik eines Staates zeigt. Da Frankreich und Deutschland zur Europäischen Union gehören, stellt sich die Frage, welche Bedeutung die nationale Umweltpolitik hat, zumal die Mehrzahl der nationalen Umweltnormen auf europäische Richtlinien oder Direktiven zurückzuführen ist.

1.2 Einfluss der nationalen Umweltpolitik in Europa

In der Europäischen Union wurde die Umweltpolitik erst 1987 als eigenständiges Handlungsfeld verankert. Unter Umweltpolitik werden all die Handlungen zur Bestimmung und Lösung von Umweltproblemen verstanden, an denen staatliche Akteure regional, national oder international beteiligt sind.¹¹ Dabei ist hier der umweltpolitische Einfluss der Nationalstaaten in den europäischen Institutionen von Interesse. Einerseits kann nur eine gemeinsame Umweltpolitik wirksam sein, jedoch fühlen sich die Mitgliedstaaten andererseits in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt.

Während der französischen EG-Ratpräsidentschaft und nur wenige Wochen nach der Umwelt-Konferenz der Vereinten Nationen, forderten im Oktober 1972 die sechs EG-Mitgliedstaaten¹² die Europäische Kommission auf, ein umweltpolitisches Aktionsprogramm¹³ auszuarbeiten. Zwar wurden schon früher Maßnahmen mit Umweltbezug erlassen, doch waren diese eher handelspolitisch motiviert.¹⁴ Und so konnte die Umweltpolitik auch nur deshalb ein wichtiges Feld auf europäischer Ebene werden, weil es vordergründig darum ging, wirtschaftliche Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen.¹⁵ Den Status eines Anhängsels der wirtschaftlichen Integration verlor die Umweltpolitik, als Ende der siebziger Jahre einerseits die grenzüberschreitenden Umweltprobleme größer wurden und andererseits ehrgeizige Mitgliedstaaten wie Dänemark, die Niederlande und Deutschland, ausgelöst durch die vergleichsweise große Betroffenheit¹⁶, sich aktiv für den Umweltschutz einsetzten. Durch die

¹⁰ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 52ff. und Schütz (1995), S. 67.

¹¹ Vgl. Jänicke (2005), S. 52 und Günther/Krebs (2000), S. 52.

¹² Weizsäcker (1990), S. 39.

¹³ Vgl. Stoll/Wolf (1991), S. 303 und Frensch (1995), S. 172. In Aktionsprogrammen werden die Grundlagen des umweltpolitischen Konzepts entwickelt, sie sind nicht rechtsverbindlich, sondern lediglich Absichtserklärungen. In der Umweltschutzpolitik sind sie wegen der auf sie folgenden Zielverständigung wichtig.

¹⁴ Vgl. Döring (1997), S. 119f.

¹⁵ Stoll/Wolf (1990), S. 303f. Mit den Art.2 EWGV (harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens und beständige, ausgewogene Wirtschaftsausweitung), Art.235 EWGV (Handlungskompetenz für unvorhergesehene Fälle) und Art.100 EWGV (Angleichung der Rechtsvorschriften) wurde die Zuständigkeit der EG gerechtfertigt. 1987 wurde der EG mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) ausdrücklich die umweltpolitische Kompetenz (Art.130 r,s,t EWGV) zugesprochen.

¹⁶ Vgl. Glaeser (1989), S. 90 und Stoll/Wolf (1991), S. 302.

Verankerung der Umweltpolitik als eigenständiges Handlungsfeld der Gemeinschaft, im Jahr 1987, wurden die Handlungskompetenzen der EU stark ausgeweitet. Welcher umweltpolitische Einfluss bleibt den Mitgliedstaaten in den politischen Institutionen der Europäischen Union?

Da der Großteil der Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip gefällt wird, ist die Gefahr, dass ein Staat eine umweltpolitische Maßnahme blockiert, stark reduziert.¹⁷ Ein wichtiger Akteur ist die Europäische Kommission¹⁸, da nur sie, mit wenigen Ausnahmen, Gesetze initiieren kann. Die Ideen für Umweltmaßnahmen stammen jedoch von den Mitgliedstaaten, die mit der Bitte um Formulierung eines offiziellen Vorschlags an die Kommission herantreten. An dieser Stelle kann die nationale Umweltpolitik Impulse für europäische Gesetze geben. Im europäischen Umweltministerrat werden die Vorschläge dann verabschiedet, nachdem der ursprüngliche Vorschlag häufig stark verändert wurde. Letztlich muss auch das Europäische Parlament das Gesetz befürworten.¹⁹ Der Einfluss der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Gesetzgebung liegt bei den Umweltministern der Staaten, da sie in den Sitzungen ihren Standpunkt vertreten und ggf. durchsetzen müssen: „Von der Einigungsfähigkeit der Minister hängt die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft ab.“²⁰ Hiermit verbunden ist folglich die Stellung des Umweltministeriums. Frensch geht weiter und sieht die europäische Umweltpolitik von den nationalen Umweltpolitiken determiniert. Sie stellt zu Recht fest, dass das nationale Bewusstsein und die Regelungslage einen Einfluss auf die Umsetzung der Gemeinschaftspolitik haben: „Ist national eine hohe Effizienz im Umweltschutz erreicht, so ist das politische Klima für die Umsetzung von internationalen Richtlinien sicherlich günstiger.“²¹ Denn obwohl der Großteil der Umweltbestimmungen auf europäischer Ebene erlassen werden und auch der UNO ein Teil der Souveränität der Nationalstaaten übergeben wurde, bleibt der Nationalstaat die ausführende Gewalt und ist damit der wichtigste Träger der Umweltpolitik. Dies liegt auch darin begründet, dass Nationalstaaten wegen ihrer Verfassungsstaatlichkeit gegenüber gesellschaftlichen Akteuren u.a. verpflichtet sind Gefahren abzuwehren. Hinzu kommt, dass Industrieländer wie Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland über viele tausend Experten in den Umweltinstitutionen verfügen anstatt einiger hunderte Mitarbeiter in internationalen Einrichtungen. Letztere genießen, laut Jänicke (1998), in der Öffentlichkeit und den Massenmedien weniger Aufmerksamkeit. Zudem haben Umwelt entlastende Technologien meist ihren Ursprung in staatlich geförderten Märkten, bevor sie international Anwendung finden.²²

Die Stellung der nationalen Umweltpolitik ist auch spürbar, wenn sich die Staaten gegen die Beschlüsse der Europäischen Union wehren, weil sie als Angriff auf die nationale Souveränität

¹⁷ Vgl. Knill (2005), S. 63.

¹⁸ Vgl. Engelsberger (1998), S. 69ff. Die Europäische Kommission besteht aus 25 Kommissaren, je einer pro Mitgliedstaat, wobei jeder Kommissar ein Ressort betreut. Derzeitiger EU-Umweltkommissar ist Stavros Dimas.

¹⁹ Vgl. Knill (2005), S. 66.

²⁰ Frensch (1995), S. 175.

²¹ Frensch (1995), S. 182 und KPMG Deutsche Treuhand Gruppe (1994), S.8. Richtlinien werden von der EU beschlossen, sie haben jedoch keine Rechtsverbindlichkeit in den Mitgliedstaaten, solange sie nicht durch den Bund in Gesetzen verankert sind. Richtlinien sind deshalb als Prognose kommender Gesetze anzusehen.

²² Vgl. Jänicke (2005), S. 52.

betrachtet werden.²³ Einige Staaten befürchten, dass sie mit jedem weiteren Integrationsschritt hin zu einer europäischen Umweltgemeinschaft an nationaler Eigenständigkeit, und damit die Möglichkeit zu einem effizienten Umweltschutz, verlieren.²⁴ Beispielsweise erreicht die national starke Automobillobby, dass Deutschland als einziges EG-Land noch immer keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen hat²⁵, was ein Beweis dafür ist, dass „die Hindernisse ökologischer Modernisierung [...] offenbar weiterhin ganz wesentlich auf der nationalstaatlichen Ebene [liegen].“²⁶ In anderen Fällen jedoch konnte auch die Bundesrepublik nicht aus dem Normengefüge der internationalen Umweltpolitik ausbrechen. So widersetzte sie sich gegen das Basler Abkommen und musste es dennoch akzeptieren.²⁷

Der nationale umweltpolitische Handlungsspielraum innerhalb der Europäischen Union ist wie gezeigt begrenzt und kann nur durch die Zusammenarbeit der Nachbarstaaten wieder ausgeweitet werden.²⁸ Einen, für die Nationalstaaten angenehmen, Nebeneffekt stellt Vogler fest: „[Das] System der internationalen Zusammenarbeit [ist] eine Bühne, auf der Regierungen und andere Akteure (besonders vor dem heimischen Publikum) ihr umweltpolitisches Engagement und ihre guten Absichten vorführen können.“²⁹ Über diese positive Wirkung von umweltpolitischen Bekenntnissen ist sich die Mehrzahl der Politiker bewusst. Auch beim französischen Präsidentschaftswahlkampf von November 2006 bis April 2007 spielte das Thema eine Rolle (3.2).

2. Die Bedeutung der Umwelt in der Gesellschaft

2.1 Unterschiedliches Naturverständnis

Wer die Natur schützen will, muss wissen was Natur ist. Die Wissenschaft versteht unter Natur die Geo- und Biosphäre, deren Teil auch der Mensch ist, und unterscheidet zwischen unberührter und vom Menschen verformter Natur.³⁰ Im Alltag wird die Natur häufig ästhetisiert und idyllisiert, auch ihre Betrachtung als Erholungsraum ist weit verbreitet. Je nach Wissensstand und Weltanschauung der Individuen verändert sich ihr Verständnis von Natur.³¹ Hickmann stellt diesbezüglich fest:

Das Umwelt- und Naturbewusstsein lässt sich am genauesten anhand von sogenannten Schlüsselwörtern [wie Natur] nachzeichnen. [...] Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß sie von der französischen beziehungsweise deutschen Gesellschaft vollkommen anders interpretiert werden, weil eine unterschiedliche historische Entwicklung die Begriffe geprägt hat.³²

²³ Vgl. Frensch (1996), S. 180.

²⁴ Vgl. Döring (1997), S. 118.

²⁵ Vgl. Jänicke (1998), S. 339 und Glaeser (1989), S. 90.

²⁶ Jänicke (1998), S. 342.

²⁷ Vgl. Jänicke (1998), S. 339. Gemeint ist das Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Transports gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung.

²⁸ Vgl. Glaeser (1989), S. 90.

²⁹ Vogler (1998), S. 301.

³⁰ Vgl. Huber (2001), S. 156.

³¹ Vgl. Huber (2001), S. 156.

³² Hickmann (192), S. 497.

Das Naturverständnis einer Person und einer Gesellschaft ist abhängig von geisteswissenschaftlichen Strömungen, politischen Strukturen aber auch natürlichen Gegebenheiten, kurz: es ist eine kulturelle Eigenheit. Die entscheidenden Impulse für das heutige Natur- und Wissenschaftsverständnis lieferte das mechanische Weltbild des 16. und 17. Jahrhunderts³³, das vor allem Frankreich erfasste. Dieses Weltbild umfasst fünf Hauptgedanken: Naturprozesse können mathematisch erfasst werden, alle Prozesse in der Natur sind durch kausale Naturgesetze vorherbestimmt und die Natur lässt sich im Experiment erforschen. Viertens, so war René Descartes (1596-1650) überzeugt, kann und sollte Natur zerlegt werden, um aus schwierigen Sachverhalten kleinere und damit leichter analysierbare Einzelteile zu machen.³⁴ Oder anders ausgedrückt: « La philosophie cartésienne rationaliste, basée sur une division stricte de l'esprit et de la matière, rendrait l'homme, grâce à la science et la technique, „maître et professeur de la nature' »³⁵. Ende des 17. Jahrhunderts beherrscht Descartes geometrisches Denken die Kunst und Naturauffassung Frankreichs.³⁶ Seit dem Einfluss der Hofkultur Ludwig XIV. in Versailles, scheint „der französische Geist abstrakt, von der Überlegenheit der menschlichen Intelligenz überzeugt.“³⁷ Diese Einstellung, die Natur durch Wissenschaft und Technik zu beherrschen, bleibt bis heute erhalten.³⁸ Am meisten, so Prendiville, hat das mechanische Weltbild in Frankreich seine Spuren hinterlassen, denn die Zahl der vom Aussterben bedrohten Tiere ist in Frankreich mit 52,2% im Vergleich zu anderen Staaten besonders hoch:

	mammifères		oiseaux	
	connues	ménacés	connues	ménacés
Ex RFA	94	39,4 %	306	25,6%
France	113	52,2 %	342	39,6%
Espagne	108	14,8%	344	14,5%
Portugal	82	51,2%	313	39,6%
Etats-Unis	266	10,5%	1090	7,2%
Japon	188	7,4%	666	8,1%

Tab.1 : Prendiville (1996), S. 21 : Espèces connues et menacés de mammifères et d'oiseaux : CEE, EU, Japon, INSEE 1992-1993.

Dem mechanischen Weltbild, mit all seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen, haben wir einerseits unseren heutigen Lebensstandard zu verdanken, andererseits ist es die Ursache für die ökologischen Probleme unserer Zeit. Heiland stellt fest, dass im Rahmen dieser Naturverständnisse die qualitativen Merkmale wie Geruch, Sinnlichkeit und Schönheit keinen Platz haben.³⁹ Diesen Merkmalen räumen die Gegenströmungen des mechanischen Weltbilds

³³ Vgl. Heiland (2001), S. 7. Den Grundstein für dieses Weltbild legte Isaac Newton, der 1687 sein Werk „Philosophiae naturalis principia mathematica“ veröffentlichte.

³⁴ Vgl. Heiland (2001), S. 8 und Bosselmann/Schröter (2001), S. 12.

³⁵ Prendiville (1996), S. 20.

³⁶ Vgl. Hickmann (1992), S. 498. Dies verdeutlicht ein Blick auf den Stadtaufbau und Gartenanlagen wie z.B. Villandry. Auch die Betonung Frankreichs als nahezu perfektes Hexagon ist ein Zeichen dieses geometrischen Gedankens.

³⁷ Woehrling (1996), S. 14 und Vgl. Hangen (2005), S. 96.

³⁸ Vgl. Heiland (2001), S. 8.

³⁹ Vgl. Heiland (2001), S. 9.

einen Platz ein. In der frühen Neuzeit, der Klassik und Romantik entstanden Auffassungen, „denen gemeinsam war, dass sie Natur als schön und beseelt und als Subjekt mit eigenem Wert betrachteten.“⁴⁰ Auch in Frankreich tauchen im 18. Jahrhundert „landswärmerische Gedanken“⁴¹ auf, die sich im Vergleich zu Deutschland nicht lange hielten. In Deutschland war erfolgte vom 17. bis zum 19. Jahrhundert die Trennung zwischen der adeligen, französisch sprechenden Schicht und dem deutschsprachigen, mittelständischen Bürgertum. Zu diesem gehört der Großteil der Dichter und Denker, der Künstler die auf die Naturvorstellungen einen hohen Einfluss hatten.⁴² Johann Wolfgang von Goethe und Alexander von Humboldt sowie die Romantiker waren Hauptvertreter der Gegenströmungen, deren Verdienst darin lag, die Auswirkungen des technisch versierten, mechanischen Weltbilds durch die ästhetische Betrachtung der Natur auszugleichen. Die Romantiker betrachteten die Natur ganzheitlich statt analytisch, sie sahen die Einheit von Mensch und Natur statt dessen Herrschaft über die Natur.⁴³ Außerdem hatten sie eine pantheistische Sicht auf die Natur, statt deren Eigenwert zu betrachten.⁴⁴

Während auf deutscher Seite die Romantik die Natur als etwas natürlich entstandenes betrachtete, steht der Begriff *la nature* in Tradition des kartesianischen Denkens und steht für etwas geometrisch konstruiertes.⁴⁵ Natur ist eine mathematisch erfassbare Ordnung, eine künstliche, gestaltbare und beherrschbare vom Menschen geschaffene Welt. Es scheint, als hätten die Franzosen die Vision des Philosophen Descartes ab dem Ende des 18. Jahrhunderts ohne größeren Widerspruch in die Realität übertragen. Der Auftakt zur industriellen Zerstörung der Natur hatte begonnen.⁴⁶ Vaillant sieht „in der französischen ländlichen Tradition sowie in der Gestaltung von geschützten Räumen, die in Obhut des Staates gegeben sind“⁴⁷, einen wesentlichen Punkt, der verdeutlicht, dass vor dem Bürger der Staat für den Naturschutz sorgen soll:

[Diese] natürlichen Räume gehören der Allgemeinheit, sie sind feste Bestandteile des Vermögens der gesamten Nation („patrimoine national“). Daß sie dem Staat zur besonderen Pflege anvertraut sind, hat allerdings auch die Folge, daß die Bürger ihre eigene Verantwortung der Natur gegenüber gerne auf den Staat alleine abwälzen.⁴⁸

Gemäß einer These des Philosophen Joachim Ritter wird die Natur, die Landschaft, erst durch den Filter der Ideen, Wertungen und Emotionen des Betrachters als schön oder nicht schön empfunden.⁴⁹ Wenn nun dieser Betrachter in der Stadt lebt, geht der Kontakt zur Natur verloren. So konstatiert auch Woehrling, dass der in der Metropole regierende Technokrat kein Gefühl für die Natur hat: „Solch eine Struktur ist ungünstig für die Wahrnehmung der Bedürfnisse der

⁴⁰ Heiland (2001), S. 9.

⁴¹ Hickmann (1992), S. 498.

⁴² Vgl. Hickmann (1992), S. 498.

⁴³ Vgl. Hickmann (1992), S. 499.

⁴⁴ Vgl. Heiland (2001), S. 9ff.

⁴⁵ Vgl. Hickmann (1993), S. 474 und Ammon (1989), S. 147.

⁴⁶ Vgl. Caro (2006), S. 179 und Woehrling (1996), S. 14f. Zudem ist in Frankreich, früher als in den meisten europäischen Ländern, der Glaube an die Transzendenz zurückgegangen.

⁴⁷ Vaillant (1991), S. 10.

⁴⁸ Vaillant (1991), S. 10 und Hickmann (1992), S. 499.

⁴⁹ Vgl. Heiland (2001), S. 10.

Umwelt. Da die öffentliche Meinung durch eine Pariser Elite geprägt wird, kann ein richtiges Umweltbewußtsein nur schwer gelingen.“⁵⁰

Das historisch gewachsene Naturverständnis ist in Frankreich und Deutschland unterschiedlich ausgeprägt, was auch Auswirkungen auf das Umweltbewusstsein beider Nationen hat.⁵¹ Demnach sind Deutsche eher um die Natur besorgt als Franzosen. Seit Beginn der Umweltbewegung gab es in beiden Ländern Perioden, in denen das Umweltbewusstsein stärker bzw. schwächer ausgeprägt war.

2.2 Der Wandel des Umweltbewusstseins

Neben dem Naturverständnis haben v.a. äußere Einflüsse wie ein hoher Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad einen Einfluss auf das Umweltbewusstsein. Die Tatsache, dass Frankreich noch bis in die Nachkriegszeit stark landwirtschaftlich geprägt war, in Deutschland dagegen die Industrie bereits seit dem 19. Jahrhundert dominiert, unterstreicht die unterschiedliche Sensibilisierung gegenüber der Umwelt. Für die Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Umweltbewusstseins eignet sich die Umweltbewegung als Gradmesser. Die Entwicklung und der Wandel des Umweltbewusstseins vollzogen sich in Frankreich und Deutschland nicht zeitgleich.

Ende der 1950er Jahre wurden weltweit erstmals in Japan und den USA Umweltbelange in die politische Diskussion getragen.⁵² Die US-amerikanische Politik reagierte schnell auf Bürgerinitiativen zum Schutz der Umwelt, indem sie 1970 eine Umweltschutzagentur einrichtete und umfassende Gesetze erließ. Zwei Jahre später sorgte die vom Club of Rome⁵³ initiierte Studie „The Limits of Growth“ von Daniel Meadows weltweit für Aufsehen.⁵⁴ Entgegen der herrschenden Meinung begann die europäische Umwelt- und Antiatomkraftbewegung in Frankreich und nicht in Deutschland. In den Studentenprotesten der 68er spielte das Thema Umwelt zwar keine bedeutende Rolle. Jedoch gingen aus ihnen in Frankreich zum Einen die Alternativbewegung, deren Merkmal die Rückkehr zur Natur war und zum Zweiten die Atomkraftgegner hervor.⁵⁵ Von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Staat und den zunehmenden Bürgerinitiativen profitierte schließlich auch die Umwelt. „Ab Mitte der siebziger Jahre [verstärkte sich] das ökologische Engagement der Bürgerinitiativen.“⁵⁶ Schon 1969 protestierten die Bürger - die gegenüber Deutschland in Frankreich das initiiierende Moment waren - erfolgreich gegen das

⁵⁰ Woehrling (1996), S. 14f., Vgl. auch Boy (2003), S. 25.

⁵¹ Vgl. Hickmann (1992), S. 500 und Vgl. Hickmann (1993), S. 474. Interessant ist, dass das Umweltbewusstsein der Elsässer im Vergleich zu anderen Regionen Frankreichs besser ausgeprägt ist. Der deutsche Naturbegriff scheint sie in ihrem Umweltverständnis geprägt zu haben.

⁵² Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 15ff. In den USA sorgte 1962 Rachel Carsons Buch „The Silent Spring“ für einen umweltpolitischen Aufschrei. Carson entwickelt die These, dass durch die landwirtschaftliche Verwendung des Insektizids DDT Vogelpopulationen ausgerottet würden.

⁵³ Vgl. Weizsäcker (1990), S. 55. „Der Italienische Industrielle Aurelio Peccei, der damalige OECD-Generalsekretär Alexander King und eine Anzahl anderer Persönlichkeiten gründeten den Club von Rom.“

⁵⁴ Haan/Kuckartz (1996), S. 17ff. Meadows stellt fest, dass die Grenzen des Wachstums im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht sein werden, weil Bevölkerung, Industrialisierung und Umweltverschmutzung exponentiell zunehmen.

⁵⁵ Vgl. Leggewie (1985), S. 118.

⁵⁶ Margedant (1987), S. 24.

Regierungsprojekt, den Vanoise-Naturpark in ein Skigebiet umzuwandeln⁵⁷. Außerdem setzten sich kleine ökologische Komitees ab 1970 gegen die Verbreitung der Atomkraftwerke, z.B. in Fesselsheim (Elsass), in Plogoff (Bretagne) und Golfech (Midi-Pyrénées) ein. Bereits 1974 kandidierte der erste grüne Kandidat, René Dumont, für die Präsidentschaftswahl, was den ökologischen Wertewandel in der Gesellschaft widerspiegelt.⁵⁸

In Deutschland wurde die Umweltschutzbewegung lange noch mit dem Nationalsozialismus verbunden. Deshalb regte sich zunächst auch kein Widerstand gegen die Atomenergie und auch das Leiden unter den Industrieschadstoffen wurde hingenommen. Der allgemeine Wohlstand war in der Wiederaufbauphase wichtiger und stärkte das Vertrauen in neue Techniken.⁵⁹ Dennoch wurden auch in Deutschland Mitte der 50er Jahre, v.a. im Ruhrgebiet, das Problem Luftverschmutzung erkannt. Haan/Kuckartz (1996) bezeichnen die frühe Phase⁶⁰ von 1969 bis 1974 in Deutschland als „Umweltpolitik ohne Umweltbewusstsein“, weil sich lediglich wenige Intellektuelle und Politiker⁶¹ von den Umweltschutzmaßnahmen der USA beeindruckt zeigten. 1971 präsentierte die Bundesregierung ihr erstes Umweltprogramm, in dem deutlich wird, dass das Umweltbewusstsein in dieser Zeit von der Politik forciert wurde: „Umweltschutz ist die Aufgabe aller Bürger. Die Bundesregierung sieht in der Förderung des Umweltbewußtseins durch Ausbildung und Bürgerinitiativen eine entscheidende Komponente der Umweltpolitik.“⁶² Von fehlendem Umweltbewusstsein zeugt auch die Tatsache, dass die Presseberichterstattung über Umweltprobleme erst nach dem Regierungsprogramm begann.⁶³

In Frankreich wurde der Einsatz der Atomkraftgegner zunehmend durch das harte Vorgehen von Polizeikräften⁶⁴ und die rigorose Atompolitik der Regierung geschwächt. „Die Mehrheit der Bevölkerung war tendenziell überzeugt, dass die Umwelt nicht wirklich in Gefahr war. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten setzten andere Prioritäten.“⁶⁵ Die locker organisierte Ökologiebewegung hielt den Rückschlägen nicht stand, auch die Alternativbewegung schief ein.⁶⁶ Dennoch beflügelten die in Frankreich lancierten Bürgerinitiativen und kommunalen Protestparteibildungen andere grüne Parteibildungen in Europa.⁶⁷

In der Zeit zwischen 1974 bis 1978 stagnierte die Umweltpolitik in Deutschland, während das Umweltbewusstsein wuchs und die nun mobilisierte Anti-Atomkraft-Bewegung stark konfliktgeladen war.⁶⁸ Einschlägige Ereignisse waren die Ölkrise 1973/74 und der Konjunkturerinbruch 1974/75, die dazu führten, dass sich Spitzen der Politik, der Gewerkschaften und der Wirtschaft auf der Gymnich-Konferenz einigten, dass das wirtschaftliche

⁵⁷ Vgl. Caro (2006), S. 181.

⁵⁸ Vgl. Leggewie (1985), S. 119.

⁵⁹ Vgl. Oppeln (1989), S. 245 und Margedant (1987), S. 17f.

⁶⁰ Vgl. Fürst (2004), S. 145ff. zur Einteilung der Umweltpolitik in ähnliche Phasen.

⁶¹ Während Haan/Kuckartz (1996), S. 24, die FDP als erste Partei nennt, die den Bereich Umwelt in ihr Programm (1971) aufnimmt, spricht Fürst (2004), S.144 dies der SPD zu.

⁶² Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S.25.

⁶³ Vgl. Fürst (2004), S. 144.

⁶⁴ Vgl. Caro (2006), S. 181f., Hangen (2005), S. 99, Krause (1990), S. 318.

⁶⁵ Caro (2006), S. 181.

⁶⁶ Vgl. Leggewie (1985), S. 122.

⁶⁷ Vgl. Huber (2001), S. 265.

⁶⁸ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 27 und Loske (1989), S. 7.

Wachstum Priorität vor dem Umweltschutz haben sollte.⁶⁹ Andererseits bestätigte die ökonomische Krise die Ausschweifungen des Wachstums und erleichterte somit „das ökologische Bewusstwerden und eine langfristige Mobilisierung, vor allem in den Mittelschichten.“⁷⁰ Zunächst desinteressiert, engagierte sich nun auch die Linke in Deutschland auf der Seite der grünen Bewegung, z.B. 1974/1975 am Atomkraftwerkstandort Wyhl.⁷¹

Roland Inglehart bezeichnete diese neue Ideologie des Postmaterialismus als „Stille Revolution“. In dieser Zeit der Sättigung ökonomischer Grundbedürfnisse, entwickelten die Bürger, alarmiert von Gefährdungsmeldungen und angesichts der Urbanisierungs- und Industrialisierungssituation⁷², selbst ein Gespür für die Umwelt. Die Kritik am technisch-industriellen Fortschrittsglauben ging mit der Bewegung einher.⁷³ Das Umweltbewusstsein wuchs in der Zeit nach 1978, während die Bedeutung der Umweltpolitik in Deutschland schwankte. Umfragen ergaben, dass die Bereitschaft, Verantwortung für die Umwelt zu tragen auch z.B. der Gefährdung des Arbeitsplatzes trotzte.⁷⁴ Die Bewegung gegen die Atomkraft weitete sich zur Umweltschutzbewegung aus und das Interesse an Umweltthemen nahm zu.⁷⁵ Dies war auch in Frankreich der Fall, da das Land wiederholt von Ölkatastrophen durch Tankerhavarien 1967 (Torrey Canyon), 1976 (Olympix-Bravery) und 1978 (Amoco Cadiz) direkt betroffen war. Anhand von Umfragen zwischen 1975 und 1981 stellt von Oppeln fest, dass sich der deutsche und französische Blick auf die Umwelt ähnelten. Dies änderte sich, als sich Mitterrand, 1981 zum Präsidenten gewählt, 1983 für die Modernisierung des Staates aussprach.⁷⁶ Während die Umweltproblematik in der französischen politischen Debatte verdrängt wurde, kamen in Deutschland erstmals die Grünen in den Bundestag. Viele Ökologen wurden von der sozialistischen Regierung Mitterrands enttäuscht, da diese das Nuklearprogramm nicht in Frage stellte.⁷⁷ So fasst Blume zusammen: „Gegen die Allmacht der Nukleokraten kamen Frankreichs Umweltschützer nicht an [...] Weil aber die AKW-Frage so hoffnungslos erscheint, verliert das Ökologie-Thema in Frankreich allgemein ein Stück seiner politischen Brisanz“⁷⁸. Dennoch kann einem kleinen Teil der französischen Bevölkerung in den 1970er und 1980er Jahren ein Bewusstsein für die weltweiten Umweltprobleme bestätigt werden⁷⁹, was von Oppeln anhand folgender Zahlen belegt:

⁶⁹ Vgl. Looß (1995), S. 152.

⁷⁰ Caro (2006), S. 184 und Barthe (2001), S. 28.

⁷¹ Vgl. dazu Blume (1999), S. 70.

⁷² Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 28. Dagegen Hangen (2005), S. 346. „Am Ende der Legislaturperiode im Februar 2002 ist Frankreich unbestritten als [...] umweltbewusste Gesellschaft einzustufen, sie ist jedoch keine postmaterialistische Gesellschaft. Diese von Inglehart erarbeitete für viele europäische Gesellschaften zutreffende Tendenz, ist zwar unterschwellig, besonders im französischen Bewegungs[...] grünen Parteimilieu [...] und bei Wählern nachzuweisen, aber kein gesamtgesellschaftlich verbreitetes Phänomen.“

⁷³ Vgl. Barthe (2001), S. 29f. Siehe Hangen (2005), S. 114. „Vor allem auch ihre Organisations- und Demokratievorstellungen werden zu unersetzlichen Leitbildern für spätere Ökologieakteure.“

⁷⁴ Vgl. Margedant (1987), S. 26.

⁷⁵ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 33, 88f. Gründe dafür waren das Waldsterben, der Unfall von Tschernobyl im April 1986, die Verseuchung des Rheins durch Löschwasser aus dem Sandoz-Chemiewerk, sowie das Seehundsterben in der Nordsee.

⁷⁶ Vgl. Oppeln (1989), S. 247.

⁷⁷ Vgl. Vaillant (1991), S. 11.

⁷⁸ Blume (1999), S. 26.

⁷⁹ Woehrling (1996), S. 13.

En 1976, 71% des Français contre 64% des Allemandes considèrent la protection de la nature comme un point particulièrement important. En 1978, 61% des Français et seulement 55% des Allemandes étaient encore de cet avis. Les résultats des sondages n'ont commencé à s'inverser que dans les années 80 : en 1983, 53% des Français contre 64% des Allemandes et en 1987 56% des Français et 69% des Allemands estimaient que la lutte contre la pollution était un vrai problème vital.⁸⁰

Durch den sauren Regen und das Baumsterben löste sich die Beschränkung der deutschen grünen Bewegung auf Atomenergie auf⁸¹ und konnte sich weiter etablieren. Leggewie fasst zusammen, dass den sozialen Bewegungen in Frankreich der „zweite Atem“ versagt blieb, so lehnten sich die *écologistes* auch auf die leeren Versprechen der Regierung Mitterrands hin nicht auf.⁸² Die politische Auseinandersetzung mit Umweltproblemen intensivierte sich in Frankreich dann wieder zwischen 1988 und 1993. Aufgrund der sich verschärfenden Umweltsituation und der Katastrophe von Tschernobyl, gewann die grüne Bewegung an Bedeutung. Es ist anzunehmen, dass Mitterrand aufgrund der Wahlerfolge der Grünen Parteien (3.2.3). Brice Lalonde, der als Kandidat der *écologistes* schon 1983 3% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen erhielt, zum Umweltminister⁸³ ernannte. In den politischen Anstrengungen Frankreichs Anfang der 90er, wie Umweltkonferenzen unter der Schirmherrschaft des Präsidenten, sieht Jeannotat dagegen vor allem eine „geschickte[...] ‚Public-Relations‘-Kampagne.“⁸⁴ Als „Paradebeispiel für das neue Umweltbewusstsein der Franzosen“ bezeichnet Krause den Widerstand im März 1990 gegen den geplanten Staudamm am Oberlauf der Loire. Ein weiteres Beispiel ist die Auflehnung gegen den Bau von Atommüllplätzen.⁸⁵ Dennoch ist anhand von Umfragen erkennbar, dass die Sensibilisierung für Umweltprobleme im Jahr 1990 in (West)deutschland bedeutend größer war als in Frankreich.⁸⁶

In Deutschland sorgte die, aufgrund der Wiedervereinigung stark wachsende, Arbeitslosenquote dafür, dass trotz konstantem Umweltbewusstsein, dem wirtschaftlichen Aufschwung größere Wichtigkeit beigemessen wurde.⁸⁷ Trotzdem sind nur 18% der Westdeutschen, gegenüber 31% der Franzosen, der Meinung, dass man Umweltprobleme akzeptieren müsse, wenn die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden soll.⁸⁸ Erst “[G]egen Ende der 90er Jahre ist der Stellenwert der Umweltthemen erneut angestiegen. [... Der Umweltschutz ist] in allen Bereichen mit eigenen neuen Institutionen, Organisationsformen und Verfahrensweisen fest verankert.“⁸⁹

Es gilt folglich sowohl für Deutschland als auch für Frankreich, dass das Umweltbewusstsein ab Mitte der 80er Jahre gewachsen ist. Dennoch bleibt Frankreich im Europäischen Vergleich zurück: In einer europäischen Umfrage des Jahres 1988 antworteten 58% der Franzosen, dass der

⁸⁰ Oppeln (1989), S. 246f.

⁸¹ Vgl. Margedant (1987), S. 27.

⁸² Vgl. Leggewie (1985), S. 124.

⁸³ Vgl. Caro (2006), S. 192 und Vaillant (1991), S. 11.

⁸⁴ Jeannotat (1990), S. 490.

⁸⁵ Vgl. Krause (1990), S. 318.

⁸⁶ Schild (1995), S. 218.

⁸⁷ Vgl. Loske (1989), S. 79f. Loske stellt fest, dass die Ökologiebewegung trotz konstanten, leicht wachsenden Umweltbewusstseins der Bevölkerung eingeschlafen ist. Diese Krise erklärt er mit „der ‚neuen Unübersichtlichkeit‘. [...] keiner bekennt sich mehr explizit zum ‚Primat der Ökonomie über die Ökologie‘. Dagegen sind alle für die Umwelt [...] Alle sind Opfer und Täter zugleich, weshalb die Organisation von Protest zunehmend schwieriger ist.“

⁸⁸ Vgl. Schild (1995), S. 218.

⁸⁹ Huber (2001), S. 272.

Umweltschutz ein dringendes Problem sei, der europäische Durchschnitt lag bei 73%.⁹⁰ Bis auf die Zeit nach der Tschernobylkatastrophe blieb die Sensibilität der Franzosen gegenüber der Umwelt stets gering. Während 1989 41% der Franzosen den Schutz der Umwelt als wichtigstes Gesellschaftsproblem einschätzen, gaben dies 2001 nur noch 39% an.⁹¹ Kennzeichnend ist der französische Optimismus im Bezug auf Umweltprobleme: 71% waren im Juli 2005 der Ansicht, dass sofortige Entscheidungen die Schäden stoppen und die Welt für die nächsten 50 Jahre sicherer machen könnten. Der europäische Durchschnitt lag bei 65%.⁹² In Deutschland ist der

Umweltschutz in der Rangfolge der wichtigsten Probleme von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002, über Platz 3 im Jahr 2004 auf derzeit Platz 2 geklettert. [...] Bei der Gegenüberstellung verschiedener politischer Aufgabenbereiche halten 50% der Deutschen den Umweltschutz für „sehr wichtig“ (2004: 45%).⁹³

Mit 88% ist die Anzahl der Franzosen überraschend hoch, die im Jahr 2006 der Meinung sind, dass Umweltschutz trotz negativer Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum Priorität hat.⁹⁴ In Deutschland sagen dies lediglich 63%, der europäische Durchschnitt liegt bei 73%.⁹⁵

Betrachtet man die Zeitspanne von 1950 bis 1990/2000 zeigt sich ein starker Wandel des Umweltbewusstseins. Anstatt wie heute an Luftverschmutzung zu denken, wurde der schwarze Himmel über dem Ruhrgebiet in den 1950er Jahren noch als Zeichen des wirtschaftlichen Wohlergehens wahrgenommen. Die tatsächliche Ausprägung des Umweltbewusstseins soll nun anhand des Umweltverhaltens dargestellt werden.

2.3 Das Umweltverhalten

Anhand von europäischen und nationalen Studien ist ein Vergleich des Umweltverhaltens mit Hilfe des Minimalkatalogs⁹⁶ Müll und Recycling, Einkaufen und Konsum, Energie- und Wassersparen im Haushalt sowie Auto und Verkehr ansatzweise möglich. Die Angaben der Studien sind zum einen wegen der häufig beschönigten Selbstdarstellung der Befragten mit Vorsicht zu betrachten und auch die Vergleichbarkeit der Länderumfragen ist nur in bedingt möglich und sollte berücksichtigt werden.⁹⁷

„Müll und Recycling“ ist das Standardfeld, anhand dessen das Umweltverhalten von Bürgern gemessen wird, wobei vor allem die Mülltrennung berücksichtigt wird. Die Verpackungsverordnung⁹⁸ vom April 1991⁹⁹ unter Klaus Töpfer veranlasste die Nachbarstaaten Österreich, Niederlande, Belgien und Frankreich dazu, eigene Maßnahmen zu ergreifen.¹⁰⁰ So

⁹⁰ Mathieu (1992), S.5 zitiert aus: La Communauté européenne et la protection de l'environnement, le dossier de l'Europe CEE, avril 1990, p.2.

⁹¹ Vgl. http://www.tns-sofres.com/etudes/pol/231101_environnement_r.htm, Zugriff 12.01.2007.

⁹² Vgl. Caro (2006), S. 183 und TNS Sofres – Communiqué de presse: „Selon les Européens, seule une catastrophe planétaire peut faire réagir le monde en matière d'environnement“, 04.07.2005.

⁹³ Studie Umweltbewusstsein 2006, S. 10.

⁹⁴ Vgl. Eurobarometer-Umfrage 66, Herbst 2006, S. 22.

⁹⁵ Vgl. Eurobarometer-Umfrage 66, Herbst 2006, S. 11.

⁹⁶ Vgl. Diekmann/Preisendörfer (2001), S. 106.

⁹⁷ Zur Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten siehe Preisendörfer (1999), S. 72ff.

⁹⁸ Vgl. KPMG Deutsche Treuhand Gruppe (1994), S. 4f. Rechtsverordnungen sind untergesetzliche Normen, die von der Bundesregierung, den jeweils zuständigen Bundesministerien und Landesregierungen erlassen werden und verbindlich sind.

⁹⁹ Außerdem gilt seit Oktober 1996 das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz.

¹⁰⁰ Vgl. BMU (2006e), S. 21.

wurde auch mit dem *décret* Lalonde vom April 1992 die Reduzierung und die Wiederverwertung von Verpackungsmüll in Frankreich verpflichtend. In der BRD sollten je nach Material bis Juli 1995 63% bis 72% wiederverwertet werden. Um dies umzusetzen gründeten deutsche Unternehmen die private Gesellschaft Duales System Deutschland GmbH (DSD).¹⁰¹ Sie ist für die Entsorgung von Verpackungen und verwertbaren Konsumgütern verantwortlich, während die Kommunen zur Verwertung des Restmülls verpflichtet bleiben.¹⁰² Die DSD diente Frankreich bei der Schaffung der *Société anonyme Eco-Emballage* (SAEE)¹⁰³ als Vorbild.¹⁰⁴ 2003 warnte Bernard Herodin, der Geschäftsführer von SAEE, vor einem Überangebot von Trennsystemen, das kontraproduktiv sei und verwies auf die hohen Kosten in Deutschland hin: « Les coûts de collecte et de tri allemands sont de trois à six fois supérieurs à ceux pratiqués en France. »¹⁰⁵

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die anvisierten Quoten einzig durch das Recycling der Verpackungen erreicht werden sollen, werden in Frankreich Verbrennung und Nutzung der freigesetzten Energie (*valorisation*) mit dem Recycling gleich bewertet. Auf diese Weise sollten 75% des französischen Verpackungsmülls bis 2002 wiederverwertet werden.¹⁰⁶ Jedoch wurden im Jahr 2000 erst 50% der gekauften Verpackungen recycelt.¹⁰⁷ Dazu stellt Hartwich fest: „Der französische Lösungsansatz für das Müllproblem unterscheidet sich, glaubt man ‚Le Point‘, fundamental von dem deutschen, insofern als ‚die Franzosen nicht den totalen Krieg gegen ihren Müll führen, wie dies die Deutschen tun.‘“¹⁰⁸

1996 gaben 71% der deutschen Bevölkerung in den alten Bundesländern (74% in den neuen Bundesländern) an, sich am DSD zu beteiligen, lediglich 8% in Westdeutschland (11% in Ostdeutschland) gaben an dies „teils/teils“ zu tun.¹⁰⁹ Im Vergleich dazu erklärten sich 1994 80% der Franzosen bereit zu recyceln, tatsächlich taten es 50% der Haushalte.¹¹⁰ 2006 bestätigen in einer INSEE-Umfrage bereits drei von vier Haushalten, dass sie Müll trennen.¹¹¹ Im Jahresbericht 2004 von SAEE -wird für Frankreich (Deutschland) eine *taux de valorisation* in Höhe von 62% (78%) und eine Recyclingquote in Höhe von 45% (74%) angegeben.¹¹² Anhand zahlreicher Beispiele lassen sich die geringeren französischen Recyclingquoten nachweisen.¹¹³

¹⁰¹ DSD hat nicht mehr die Monopolstellung. Andere Anbieter (z.B. Interseroh AG, Landbell AG) sind staatlich anerkannt.

¹⁰² Vgl. Defeuilley/Quirion (1995), S. 70. Eine geschichtliche Aufarbeitung der rechtlichen Bedingungen bietet Gouhier (1996), S. 274-282.

¹⁰³ SAEE ist für Verpackungsmüll zuständig, während Adelphe für die Flaschenwiederverwertung zuständig ist.

¹⁰⁴ Vgl. Defeuilley/Quirion (1995), S. 72.

¹⁰⁵ Le Figaro, 01.12.2003, S. VI.

¹⁰⁶ Vgl. Defeuilley/Quirion (1995), S. 72 und Hartwich (1994), S. 304. Letzterer berichtet von einer angestrebten Recyclingrate von 50% bis zum Jahre 2000.

¹⁰⁷ Vgl. Crédoc (2001), o.S.

¹⁰⁸ Hartwich (1994), S.303 zitiert aus: Le Point, 19.02.1994, S. 60.

¹⁰⁹ BMU (1996), S. 35.

¹¹⁰ Vgl. Crédoc (1994), o.S.

¹¹¹ Ifen (2006), S. 1, zitiert Insee, Enquête permanente sur les conditions de vie « Pratique environnementales », Januar 2005. Dagegen spricht das französische Umweltministerium 2006 davon, dass 96% der Bevölkerung Müll trennen (La Tribune, 09.01.2006, S. 9).

¹¹² Eco-Emballage, 2004, S. 5.

¹¹³ Aufgrund von fehlenden konsekutiven Daten, sollen folgende Beispiele zumindest einen Einblick in das Recyclingverhalten der beiden Nachbarländer ermöglichen: Während 1991 51% der Deutschen Altpapier sammeln, taten dies in Frankreich 45,1% (Le Monde, 21.10.1992, S. 23, sowie die folgenden Frankreich-Angaben für 1991). Zu weniger erfreulichen Ergebnissen kommt dagegen eine europaweite Umfrage 1992 (Europäische Kommission (1996), S. 373.): 42,2 % in Deutschland gegenüber 34,3% in Frankreich. Vier Jahre später waren es in Deutschland circa 85% und sechs Jahre später 36% in Frankreich. Das Glasrecycling gehörte 1994 (Blick durch die Wirtschaft, 10.07.1996, S.

Umweltbewusstsein kann im Bereich „Einkaufen und Konsum“ anhand umweltfreundlich hergestellter Produkte, solchen mit wenig Verpackungsmüll und von Waren aus dem biologischen Anbau gemessen werden.¹¹⁴ Diese Analyse konzentriert sich auf Bio-Lebensmittel. Zu den Erfolgsfaktoren von Bio-Produkten gehört eine gesunde Ernährung zur Stärkung des Wohlbefindens, wovon 78% der Deutschen überzeugt sind. Auch die Gerechtigkeit gegenüber Tier, Umwelt und Mensch spielt eine große Rolle.¹¹⁵ In einer Marktstudie des Jahres 2002¹¹⁶ wird der Absatz von Bio-Lebensmitteln in Deutschland auf 2990 Mio. Euro beziffert. Mit einem Anteil der Bio-Lebensmittel am gesamten Lebensmittelmarkt von 2,3% ist Deutschland europaweit an erster Stelle. Auf dem zweiten Platz liegt Großbritannien mit 1300 Mio. Euro Marktvolumen (1,0% am gesamten Lebensmittelmarkt), gefolgt von Frankreich mit 1150 Mio. Euro und 1,0% Marktanteil. In Deutschland wurde gegenüber 2004 im Jahr 2006 eine Steigerung des Bio-Lebensmittelverkaufs um 8% erreicht. 41% der Deutschen geben an, immer oder häufig Bio-Produkte zu kaufen.¹¹⁷ „Nirgendwo sonst in Europa werden so viele dieser Produkte verkauft wie in Deutschland.“¹¹⁸

Zwar war Blume bereits 1989 seiner Ansicht, dass „Bio-Gemüse, Bio-Wein, Bio-Konserven, Bio-Waschmittel, Bio-Parfüm etc. [...] in Frankreich [...] Hochkonjunktur“¹¹⁹ haben. Jedoch sind die Zahlen noch heute im internationalen Vergleich gering, wenngleich Bio-Produkte auch in Frankreich im Aufschwung begriffen sind. Im Jahr 2000 kauften 8% der Franzosen sehr häufig, 25% gelegentlich und 23% selten Bio-Lebensmittel. 44% der Franzosen kauften demnach überhaupt keine Bio-Produkte.¹²⁰ 21% der Franzosen sagten im Januar 2005, dass sie im vergangenen Monat entweder in einem Bio-Laden eingekauft haben oder zumindest in der Bio-Abteilung eines Supermarktes zugriffen. Der Hauptgrund für den geringen Absatz sind die hohen Preise.¹²¹ Genaue Zahlen über den Anbau von Biowein sind sehr unterschiedlich, fest steht, dass der Bioweinanbau in Frankreich mit rund 1,5% gering aber ansteigend ist. In Deutschland werden ca. 2% der Weinanbauflächen biologisch bewirtschaftet.¹²² Seit 1999 setzt sich die *Agence Bio* in Paris mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit für die Verbreitung von Bioprodukten ein.¹²³ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat 2001 das

9.) für 75% der Deutschen zum Alltag, in Frankreich sammelten nur 48% Altglas. Gegen Ende des Jahrtausends liegt die Recyclingquote von Glas in Deutschland bei 85%, in Frankreich zwischen 64-77%. Ein großer Unterschied ist beim getrennten Sammeln von Batterien erkennbar. 1998 achteten lediglich 24% (Insee, Nr. 684, 1999) der Franzosen darauf, Batterien getrennt zu entsorgen, zwei Jahre zuvor waren es 76% in West- und 61% in Ostdeutschland (BMU (1996), S.35). Statistiken des Jahres 2005 ergeben für Frankreich dagegen eine Batterie-Recyclingquote von 73% (Ifen (2006), S.1). Zwischen 1998 und 2005 verdoppelte sich die Recyclingquote in Frankreich von Plastik auf 71% (ebd. und Insee, Nr. 684, 1999). Im Jahr 1996 trennten 66% in den alten und 73% in den neuen Bundesländern Plastik (BMU (1996), S. 35).

¹¹⁴ Dazu gehören der Kauf von aufladbaren Batterien, von Getränken in Pfandflaschen und das Achten auf den Blauen Engel.

¹¹⁵ Vgl. BLE (2006), S. 2. und Studie „Ökobarometer 2005“, Zugriff 29.01.2007.

¹¹⁶ Studie „Der Fachhandel für Bio-Produkte in Europa“, Zugriff 31.01.2007. Ausgangsbasis ist das Jahr 2000.

¹¹⁷ BMU (2006), S. 66.

¹¹⁸ Die Welt, 26.09.2006, S. 16.

¹¹⁹ Blume (1989), S. 29.

¹²⁰ Vgl. <http://www.ifop.com/europe/sondages/opinionf/aliment2.asp>, Zugriff 31.01.2007.

¹²¹ Ifen (2006), S. 1 zitiert Insee, Enquête permanente sur les conditions de vie « Pratique environnementales », Januar 2005.

¹²² Die Welt, 26.09.2006, S. 16 und <http://weingut-stigler.de/bioweine.html>, Zugriff 20.Mai 2007.

¹²³ www.agencebio.fr.

Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) ins Leben gerufen, womit der ökologische Landbau unterstützt werden soll.¹²⁴

Im Bereich des „Energie- und Wassersparens im Haushalt“ wird zwischen Investitions- und Nutzungsverhalten unterschieden.¹²⁵ Investitionsentscheidungen werden in größere, wie die Installation eines effizienten Heizungssystems und kleine, wie dem Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten unterteilt. Obwohl sowohl Deutsche (88%) und Franzosen (90%) 1992 angaben, durch den verminderten Verbrauch von heißem Wasser oder durch Schließen von Fenstern Energie zu sparen¹²⁶, zeigt eine Studie hinsichtlich des tatsächlichen Stromverbrauchs große Unterschiede. Für Beleuchtung und Haushaltsgeräte pro Wohnung ergeben sich für Frankreich deutlich höhere Werte als für Deutschland. So stieg der Verbrauch pro französischen Haushalt von 1996 bis 2004 um 24,1 Indikatorpunkte und pro deutschen Haushalt um lediglich 5,1 Indikatorpunkte an.

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Germany	98.1	97.8	100	104.1	101.8	101.8	102.1	100.3	103.4	102.1	108.6	109.2
France	102.4	102.2	100	110.7	109.4	113.1	116.6	118.3	123	122.2	130.1	134.8
EU (25)	97.4	98.8	100	105.3	104.4	106.6	108.3	109	112.9	113.6	117.9 (p)	116.8 (p)

Tab.2: Electricity consumption by households, Zugriff 29.01.2007. The indicator is defined as the electricity consumption by households, p=provisional value, Index 1995 = 100.

Eine 2006 durchgeführte Umfrage ergab, dass Deutschland im Bereich des Energiesparens an 1. Stelle in Europa steht. Auf Platz zwei liegt Spanien, gefolgt von Frankreich, Italien und zuletzt Großbritannien.¹²⁷ In einer Umfrage des Jahres 1998 gaben 9% der Deutschen an, ausschließlich und 51% teils/teils Energiesparlampen zu verwenden. 84% drehen die Heizung nachts herunter und 49% drehen das Wasser beim Duschen ab, wenn sie sich einseifen. Beim Verlassen des Zimmers schalten 61% der Befragten immer und 21% manchmal das Licht aus.¹²⁸ Einer Umfrage gemäß achteten im Jahr 2006 71,5% der Franzosen darauf, ihren Energieverbrauch zu reduzieren, 2005 waren es rund 30% weniger. Um ein Viertel, auf 69%, ist die Prozentzahl derjenigen gestiegen, die ihren Wasserverbrauch verringern.¹²⁹

Bei der Verkehrsmittelwahl müssen neben ökologischen Gesichtspunkten auch ökonomische, wie die Low-Cost-Theorie, berücksichtigt werden.¹³⁰ Am ehesten zeigen sich Umweltbewusstseins-effekte bei der Verkehrsmittelwahl für den Weg zur Arbeit.¹³¹ 1996 führen

¹²⁴ <http://www.bundesprogramm-oekolandbau.de/das-programm/>, Zugriff 20.05.2007

¹²⁵ Vgl. Preisendörfer (1999), S. 65. Zum Nutzungsverhalten gehören z.B. das Abdrehen der Heizkörper in der Nacht, das Abdrehen der Dusche und das Abschalten des Lichtes beim Verlassen des Raumes.

¹²⁶ Vgl. Jansen (1997), S. 132 zitiert aus Eurobarometer: Europäer und die Umwelt 1992, Frühling 1992.

¹²⁷ <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/uk/6075794.stm>, Zugriff: 30.01.2007. Artikel vom 23.10.2006.

¹²⁸ Vgl. Preisendörfer (1999), S. 66.

¹²⁹ Vgl. Les Echos, 29.05.2006, S. 14.

¹³⁰ Vgl. bast (1999), S. 7. Die Low-Cost-Theorie besagt in diesem Zusammenhang, dass dann auf das Auto verzichtet wird, wenn nicht größere Unannehmlichkeiten für den Nutzer entstehen.

¹³¹ Vgl. bast (1999), S. 135.

57% im Westen und 53% im Osten Deutschlands alleine mit dem Auto zur Arbeit, 11% bzw. 10% gehörten einer Fahrgemeinschaft an.¹³² Laut einer Insee-Umfrage nutzten 1998 zwei Drittel der Franzosen für den täglichen Weg zur Arbeit ein Auto bzw. Motorrad. Lediglich 2% nutzten das Rad, 18% den ÖPNV und 11% gingen zu Fuß.¹³³ In Westdeutschland nutzten 1996 28% und in Ostdeutschland 33% eine dieser umweltfreundlicheren Optionen.¹³⁴

Zur Nutzung des ÖPNV stellte eine Umfrage 2006 fest, dass fast die Hälfte der Franzosen öffentliche Verkehrsmittel nutzt.¹³⁵ 2004 nutzten in Deutschland lediglich 18% sehr häufig und 13% häufig den ÖPNV.¹³⁶ Für die weitgehende Sperrung von Innenstädten für den Autoverkehr sprachen sich 2004 68% der deutschen Befragten aus.¹³⁷ Ähnlich wurden 2005 Franzosen gefragt, ob sie für die Einschränkung des Autoverkehrs in den Innenstädten sind. 88% beantworteten diese Frage mit ja, wobei bei der Kopplung der Frage mit Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierung, Fahrverbot an Smog-gefährdeten Tagen, einer Stadtmaut etc. noch 67% dafür waren.¹³⁸ Für den Zugverkehr stellt Crédoc fest: « Dans l'Hexagone, le pourcentage de transports par le train est très supérieur à la moyenne européenne (d'environ 8%), mais il diminue depuis trois ans (il était de 21% en 2000). »¹³⁹

Die angeführten Beispiele verdeutlichen, dass in Frankreich und Deutschland der aktive Umweltschutz im Alltag eine Rolle spielt. Während sich die Verhaltensweisen der Deutschen und Franzosen im Bereich „Auto und Verkehr“ am meisten gleichen, gibt es in den anderen Bereichen teilweise große Unterschiede. Deutschland verfügt über höhere Recyclingquoten, das Interesse an Bio-Lebensmitteln ist in Deutschland stärker ausgeprägt und Deutsche neigen im europäischen Vergleich sehr zur Energiesparsamkeit. Offenbar spielt die Einschätzung, welche Wirkung der persönliche Einsatz tatsächlich auf die Umwelt hat, eine Rolle: Nur 30% der Franzosen glauben, dass ihr Engagement einen tatsächlichen Unterschied für die Umwelt macht, davon sind 56% der Deutschen überzeugt.¹⁴⁰

2.4 Der Einfluss der Medien - Umweltberichterstattung

Seit der Quecksilberkatastrophe in der japanischen Bucht Minamata ist „die Relevanz der Massenmedien bei der Verbreitung der Sorge um die Gefährdung der eigenen Gesundheit durch

¹³² Vgl. BMU (1996), S. 57.

¹³³ Vgl. Insee, Nr. 607, 1998: Die Häufigkeit der Autonutzung steigt mit der Abnahme der ÖPNV-Netzes: 38 % im Großraum Paris, 43% in Großstädten, 56% in Gemeinden mit 20.000-100.000 Einwohnern, 70% in kleinen Städten. Dennoch ist der Anteil im Großraum Paris, wo das Streckennetz gut ausgebaut ist, hoch. Laut Umfrage sind die kürzeren Arbeitswege und die Unabhängigkeit die Gründe für die bevorzugte tägliche Autonutzung.

¹³⁴ BMU (1996), S. 57.

¹³⁵ Les Echos, 29.05.2006, S. 14.

¹³⁶ Vgl. BMU (2004), S. 48.

¹³⁷ BMU (2004), S. 49.

¹³⁸ Vgl. Crédoc (2005).

¹³⁹ Crédoc (2005), o.S.

¹⁴⁰ Vgl. Eurobarometer-Umfrage 58.0, Dezember 2002.

Umweltveränderungen“¹⁴¹ unumstritten. Immer wieder erreichen ergreifende Bilder binnen weniger Minuten Betrachter auf der gesamten Welt und machen sie betroffen. Entsprechend fasst Jänicke zusammen: „Umweltbewusstsein ist ein Phänomen, das eng mit der Bedeutung der elektronischen Medien, vor allem des Fernsehens, und dem Prozess des Zusammenwachsens dieses Planeten zu einem ‚globalen Dorf‘ zu tun hat.“¹⁴² Auch Weizsäcker unterstreicht dies, wenn er den von Bernhard Grzimek in Deutschland ausgestrahlten Tierdokumentationen aus fernen Ländern und den Tauchexpeditionen des französischen Kapitäns Cousteau¹⁴³ große Bedeutung in der Entstehung des Umweltbewusstseins beimisst.

Während primäre Umweltakteure, wie Einzelpersonen (etwa José Bové siehe 3.2.3), die Umweltpolitik der Industrie, Umweltverbände oder das Umweltverhalten der Haushalte, Nachrichten erzeugen¹⁴⁴, ist es die Aufgabe der Medien als sekundäre Umweltakteure Themen zu selektieren und diese publizistisch zu verstärken.¹⁴⁵ Dies führt dazu, dass Bürger „bestimmte Umweltprobleme überhaupt erst zur Kenntnis“¹⁴⁶ nehmen und zwar vor allem jene, die physisch nicht oder nur kaum spürbar sind und solche die außerhalb des persönlichen Erfahrungsbereiches liegen. „Das Medienbild der Umwelt prägt daher das Umweltbewusstsein der Bürger.“¹⁴⁷ Jedoch sind die Medien keinesfalls selbst der Agenda-Setter. Vielmehr stehen die primären Umweltakteure in einem Agenda-setting-Wettbewerb und die Medien folgen den Themen- und Ereignis-Zyklen denen ihr gesellschaftliches Umfeld folgt.¹⁴⁸ In den Sechzigern waren informative Sendungen und Berichte über den Zusammenhang von Industrie und Umweltzerstörung in Deutschland Mangelware. Ab 1965 wurde dann über Diskussionen von Wissenschaftlern und Verbänden zunehmend berichtet. Zudem stieg die Anzahl der Umfragen zum Thema Umwelt.¹⁴⁹ In den Achtzigern und bis heute findet das Thema Wald in den französischen Medien wenig Beachtung. Grund dafür ist, dass Frankreich weitaus weniger vom Waldsterben bedroht war.¹⁵⁰ Der Umfang der Medienberichterstattung über Umweltbewegungen und ökologische Themen verdreifachte sich Mitte der 70er Jahre in Deutschland.¹⁵¹ Über die Berichterstattung in Frankreich zu dieser Zeit kann keine quantitative Aussage gemacht werden, Journalisten haben aber neben Wissenschaftlern, Lehrern, Studenten und Anwälten das Ökonomie in seinen Anfängen geprägt.¹⁵² In den Achtzigern sorgten primäre Umweltakteure in Deutschland unnachlässig für die Thematisierung von Umweltproblemen.¹⁵³

¹⁴¹ Haan/Kuckartz (1996), S. 16. Grund dafür ist die schnelle Verbreitung des Fotos einer Mutter mit ihrer von der Minimata-Krankheit gezeichneten Tochter durch die amerikanische Illustrierte LIFE, im Dezember 1970.

¹⁴² Kuckartz (2005), S. 8.

¹⁴³ Weizsäcker (1990), S. 21 und Margedant (1987), S. 20.

¹⁴⁴ Huber (2001), S. 331.

¹⁴⁵ Vgl. Huber (2001), S. 331 und Haan/Kuckartz (1996), S. 87.

¹⁴⁶ Schulz (2003), S. 403.

¹⁴⁷ Schulz (2003), S. 403.

¹⁴⁸ Vgl. Huber, (2001), S. 331f.

¹⁴⁹ Vgl. Margedant (1987), S. 18f.

¹⁵⁰ Vgl. Bernhard (2003), S. 138 und Woehrling (1996), S. 13. u.a. weil Frankreich durch die Kernenergiepolitik die Konzentration von Schwefeldioxid in der Luft zwischen 1980 und 1986 sogar halbieren konnte.

¹⁵¹ Vgl. Huber (2001), S. 266.

¹⁵² Vgl. Nullmeier/Rubart/Schultz (1983), S. 14.

¹⁵³ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 35 und 88f. In dieser Zeit wurde Umwelt zu einem der Top-Themen in der BRD. Erst die deutsche Wiedervereinigung verdrängte alle anderen Themen. Doch sorgte der erste Golfkrieg 1990 mit den

Welche Art der Berichterstattung ist die für die Entwicklung eines Umweltbewusstseins wichtigere? Die These, dass, je häufiger über Umweltprobleme berichtet wird, die Umwelteinstellung und letztlich das Umweltbewusstsein der Bürger zunimmt, gilt Statistiken zufolge nicht. Im Gegenteil: diejenigen, die viele Stunden vor dem Fernseher verbringen, geben über sich selbst an, nicht umweltgerecht zu handeln.¹⁵⁴ Anstatt der Quantität ist dagegen die Intensität¹⁵⁵ von Ereignisberichten ausschlaggebend. Haan/Kuckartz ziehen hinsichtlich der Wirkung der Medien bei der Erzeugung von Umwelteinstellungen den Schluss:

Erfolgt die Berichterstattung über ein Thema zwar nur über kürzere Zeit, dafür aber intensiv, so hat dies einen Einfluß auf das Problembewußtsein der Bevölkerung, der länger anhält, als die verstärkte Berichterstattung über das Ereignis selbst.¹⁵⁶

In einer Studie über die Greenpeace-Berichterstattung aus dem Jahr 2000 kommt Bernhardt zu dem Ergebnis, dass bei Umweltthemen in Frankreich häufiger ein neutraler, in Deutschland dagegen ein emotionaler Schreibstil vorherrscht.¹⁵⁷ Für die Umweltberichterstattung insgesamt gilt, dass sie meist ereignisorientiert und auf wenige Fakten reduziert ist.¹⁵⁸ Voss' Medienschele betont die unterhaltenden Akzente, Berichte seien „nicht problem-, sondern leserorientiert“¹⁵⁹.

Wie sehr Massenmedien Auswirkungen auf das Umweltbewusstsein der Menschen und letztlich auf die Umweltpolitik haben, ist schwer messbar. Voss und Schulz sind der Meinung, dass die Medien einerseits das Umweltbewusstsein der Bevölkerung geschärft und andererseits die Ökologie bzw. den Umweltschutz auf die politische Agenda brachten.¹⁶⁰ Lehmann stellt fest, dass, abgesehen von Büchern und Fachliteratur, „Massenmedien für das ökologische Handeln und Wissen offenbar keine Rolle [...] spielen.“¹⁶¹ Dem widersprechen auch nicht Statistiken, die belegen, dass 87% der Deutschen und 81% der Franzosen das Fernsehen als Umwelt- Informationsquelle nutzen.¹⁶² Denn die entscheidende Frage ist auch, wie und ob die Informationen aufgenommen und vor allem verarbeitet werden.¹⁶³ Hinzu kommt, dass das Fernsehen als am meisten verbreitetes Massenmedium in Deutschland (24%) und Frankreich (18%) in der Vertrauensliste erst auf Rang vier steht. In Deutschland nehmen Zeitungen (15%) den fünften Platz ein, diese teilen sich in Frankreich mit den grünen Parteien den fünften Platz

potentiellen Folgen für die Umwelt wieder für Aufsehen in der Öffentlichkeit. In den Jahren 1990 bis 1995 wurden Umweltthemen, nicht zuletzt wegen der Gefahr von Tankerunfällen und dem wachsenden Ozonloch, zwar diskutiert, doch kamen sie nicht mehr an die Spitze der aktuellen politischen Themen.

¹⁵⁴ Vgl. Lehmann (1995), S. 119.

¹⁵⁵ Gemeint ist, dass wenige Berichte von einem Ereignis genügen, um die Einstellung der Bürger zu verändern (Impuls-/Echotheorie).

¹⁵⁶ Haan/Kuckartz (1996), S. 89.

¹⁵⁷ Vgl. Bernhardt (2003), S. 114.

¹⁵⁸ Vgl. Dernbach/Heuer (2000), S. 27ff.

¹⁵⁹ Voss (1995), S. 128.

¹⁶⁰ Vgl. Voss (1995), S. 127 und Schulz (2003), S. 404. Es ist unklar, ob Schulz die Umweltbewusstsein-Begriffsdefinition von Haan/Kuckartz verwendet.

¹⁶¹ Lehmann (1995), S. 116. Lehmann stellt aber fest, dass bei einzelnen Umweltproblemen Zeitungen, Fernsehen und personale Informationsquellen an Bedeutung zunehmen.

¹⁶² Vgl. Schulz (2003), S. 387 und Eurobarometer-Umfrage 58.0, Dezember 2002. Auf dem zweiten Platz standen in Deutschland mit 62% Zeitungen, gefolgt vom Radio (27%). In Frankreich dienen Zeitungen (47%) vor Magazinen (27%) und dem Radio (25%) der Informationsbeschaffung.

¹⁶³ Vgl. Lehmann (1995), S. 116.

(10%).¹⁶⁴ Letztgenanntes relativiert auch den Einfluss der Massenmedien auf das Umweltbewusstsein, denn einer nicht vertrauenswürdigen Quelle wird kaum Beachtung geschenkt werden. Voss fordert deshalb eine neue Kultur des Wissenschaftsjournalismus, die nicht oberflächlich und verzerrend, sondern realistisch und aufklärend ist.¹⁶⁵

Die oben erwähnte Studie über die Greenpeace-Berichterstattung zeigt, dass sie in Deutschland stärker ausgeprägt ist, was Bernhardt auf ein größeres Umweltinteresse der Deutschen zurückführt.¹⁶⁶ Gleichzeitig muss beachtet werden, dass Greenpeace als großer Atomkraftgegner in Frankreich weniger verankert ist, als in Deutschland. Generell sind die Verbandslandschaften in Deutschland und Frankreich unterschiedlich ausgeprägt und genießen deshalb v.a. in der Politik unterschiedliches Ansehen.

2.5 Die Rolle von Umweltschutzverbänden

Die Vereins- und Verbandsgründung¹⁶⁷ geht bis in das 19. Jahrhundert zurück, wobei sich erst mit der Umwelt- und der Antiatomkraftbewegung der 1960er und 70er Jahre Vereine zum Schutz der Umwelt bildeten. Anhand des Engagements der Bevölkerungen in Umweltverbänden wird deren Stellung in der Gesellschaft deutlich. Auch ihre Gesamtzahl ließe einen Schluss über die Bedeutung zu, jedoch lässt sich von keinem der Länder eine genaue Anzahl der Organisationen im Umweltbereich ermitteln. Die Zuordnung von Umweltschutzverbänden zur Ermittlung der Stellung der Umwelt in der Gesellschaft sei damit begründet, dass in erster Linie Bürger hinter den Verbänden stehen. Dennoch geben ihre Mitwirkungsmöglichkeiten Aufschluss über ihre Bedeutung in der Politik. Aus diesem Grund soll letzteres an dieser Stelle mitdiskutiert werden.

Obwohl erst mit dem deutschen Kaiserreich für die Vereinsgründung begünstigende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden, entstanden erste Vereine schon während der Revolution 1848/49.¹⁶⁸ Mit der Verschlechterung der Umweltsituation und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Deutschland, wandten sich die Bürger stärker der Natur zu. „Um die Jahrhundertwende bildeten sich [...] Bewegungen gegen die die Technik- und Fortschrittsgläubigkeit.“¹⁶⁹ Am Anfang standen Heimatschutzvereine¹⁷⁰, denen es um den Erhalt des Landschaftsbildes ging. Unter den Nationalsozialisten wurden einige Vereine missbraucht, andere verboten, so dass erst in den siebziger Jahren mit der Anti-Atomkraftbewegung neue

¹⁶⁴ Eurobarometer-Umfrage 58.0, Dezember 2002. Weit ab liegen dagegen die Bundesregierung mit 9% (gleichauf mit der EU) und der französischen Staat mit 8% (EU 9%). Ein großer Unterschied lässt sich dagegen auf der regionalen Ebene feststellen. Franzosen vertrauen ihren regionalen Vertretern mit 17%, weitaus mehr als Deutsche (5%).

¹⁶⁵ Vgl. Voss (1995), S. 129.

¹⁶⁶ Vgl. Bernhardt (2003), S. 114.

¹⁶⁷ Vgl. Jansen (2001), 144ff. Die rechtlichen Grundlagen von Vereinen und Verbänden unterscheiden sich. In Frankreich steht der Begriff *associations* als Terminus für Vereine und Verbände, weshalb eine statistische Gegenüberstellung schwierig ist. Es wird unterschieden zwischen den gemeinnützigen Vereinen (*associations d'utilité publique*) und denjenigen die keine Rechtspersönlichkeit besitzen, den *associations sans but lucratif*.

¹⁶⁸ Vgl. Reutter (2001b), S. 76.

¹⁶⁹ Margedant (1987), S. 16.

¹⁷⁰ Vgl. Wilrich (2002), S. 27. 1885 wird der Verein Naturfreunde gegründet, der die Idee des Schutzes der Natur mit der Erholung des Menschen verbindet.

Bürgerinitiativen aufkamen. 1972 wurde der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegründet, dem heute circa 120 Initiativen mit geschätzten 130.000 Mitgliedern angeschlossen sind¹⁷¹ Als deutsche Version des amerikanischen Friends of the Earth (FOE) wurde 1975 der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) gegründet, 1980 folgte Greenpeace Deutschland.¹⁷² Der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) geht aus dem 1899 von Emilie Karoline Hähnle gegründeten Bund für Vogelschutz hervor und hat circa 268 000 Mitglieder. Derzeit sind 94 Vereine Mitglied im Deutschen Naturschutzring (DNR)¹⁷³, dem Dachverband der im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbände. Um an öffentlichen Anhörungen teilzunehmen, haben sich derzeit 58 Verbände im Bereich Umwelt, Natur- und Umweltschutz in der Lobbyliste des Deutschen Bundestages registrieren lassen.¹⁷⁴

Ende der siebziger Jahre änderte die Ökologiebewegung ihr Auftreten. So trat das BBU schon 1979 mit dem ersten Forderungskatalog an die Regierung heran und kam damit ins Gespräch. In dieser Zeit bildete sich zudem die „ökologische Gegenwissenschaft in Form der Öko-Institute“¹⁷⁵ heraus. Dieser Sachverstand von Experten und die Bereitstellung von Informationen sind „die wichtigsten Ressourcen von Verbänden“¹⁷⁶. Umweltschutzverbände haben die Möglichkeit, bei Rechtssetzungs-, Planungs- und Verwaltungsverfahren, bei Landesabfall- und Landesplanungsgesetzen mitzuwirken.¹⁷⁷ Verbände nehmen in Deutschland Einfluss auf den Bundestag, die ministerielle Verwaltung, auf Parteien und somit auf den politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess. Am effektivsten ist der frühzeitige Eingriff in die staatliche Verwaltung, in der Gesetzesentwürfe erstellt werden, wobei personelle Verflechtungen und institutionalisierte Beteiligungsformen (Beiräte, Kommissionen) eine große Rolle spielen. Dagegen haben Parlamentsausschüsse und Parteien für die Verbände eine eher nachrangige Bedeutung.¹⁷⁸ Mitwirkungsrechte sind in den Geschäftsordnungen der Bundesregierung und -ministerien¹⁷⁹ festgelegt, darüber hinaus konkretisieren spezielle Regelungen die Anhörungs- und Mitwirkungsrechte. Dies ist beispielsweise bei der Mitarbeit und Umsetzung des Naturschutzes in § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes geregelt.¹⁸⁰ Nicht zu unterschätzen ist die Fähigkeit von Verbänden über ihre Mitglieder Wählerstimmen zu mobilisieren.¹⁸¹

¹⁷¹ Christine Ellermann, BBU Bonn, in der Email vom 10. Januar 2007. Vgl. dagegen Haan/Kuckartz (1996), S. 34. Das BBU umfasst im Jahr 1978 1000 Gruppierungen mit 1,5 Millionen Mitgliedern. Und Vgl. Loske (1989), S. 72. Bekannt durch die Veranstaltung von Großdemonstrationen gegen Atomkraftwerke, verlor der BBU mit der breite der Umweltprobleme in den 80ern an Bedeutung

¹⁷² Vgl. Loske (1989), S. 72f. und Huber (2001), S. 265.

¹⁷³ Vgl. <http://www.dnr.de/dnr/ziele/index.php>, Zugriff am 10.01.2007. Der DNR wurde 1950 mit 15 Mitgliedsverbänden gegründet.

¹⁷⁴ Vgl. Reutter (2001b), S. 90. Die aktualisierte Lobbyliste ist online abrufbar.

¹⁷⁵ Loske (1989), S. 73

¹⁷⁶ Reutter (2001b), S. 92 und Vgl. Wilrich (2002), S. 53.

¹⁷⁷ Vgl. Wilrich (2002), S. 5, 31.

¹⁷⁸ Vgl. Reutter (2001b), S. 92ff., Vgl. Sebaldt (1997), S. 28ff. und Vgl. Fürst (2004), S. 139.

¹⁷⁹ Vgl. Wilrich (2002), S. 88f. „Seit der Änderung der GGO II im Jahre 1976 können Verbände nicht mehr nur zur Beschaffung von Unterlagen herangezogen werden, sind also nicht mehr nur in der Rolle eines ‚bloßen Faktenlieferanten‘, sondern können auch ‚Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten‘ [...]“

¹⁸⁰ Vgl. Reutter (2001b), S. 80.

¹⁸¹ Vgl. Schwarz (2002), S. 71.

Zusammenfassend kann für Verbände in Deutschland aufgrund des Kooperationsprinzips¹⁸² eine maßgebliche Teilnahme an politischen Prozessen festgestellt werden, deren Bedeutung je nach Sektor variiert. Nach Hartkopf/Bohne findet in keinem anderen Politikbereich ein so enger Kontakt zwischen Regierungsstellen und privaten Vereinigungen statt wie in der Umweltpolitik.¹⁸³ Dagegen spricht Pehle von einer Kontrahentenbeziehung zwischen dem BMU und Verbänden. Bei einer von Pehle durchgeführten Umfrage unter den Angestellten des Umweltministeriums stellte sich heraus, dass 40% Umweltverbände allgemein als Kontrahenten sehen, 31% betrachten sie als Verbündete. Die Einschätzung variiert von Referat zu Referat und ist auch von dem Verband abhängig. Die Tatsache, dass das BMU die Kompetenz für Reaktorsicherheit innehat, führt z.B. dazu, dass Greenpeace zu 23% als Kontrahent und nur von 4% als Verbündeter bezeichnet wird.¹⁸⁴

Die Verbandsbeteiligung erfüllt mehrere Funktionen: Repräsentation und Versachlichung von Umweltinteressen, Unterstützung und Entlastung der Naturschutzbehörden mit Sachkenntnissen. Eine weitere wichtige Funktion ist die Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen, die Verbände aufgrund ihrer bloßen Existenz a priori ausüben, was zu einer breiteren Akzeptanz der Beschlüsse führt.¹⁸⁵

Diese Bedeutung unterstrich die parlamentarische Staatssekretärin im BMU Astrid Klug während der DNR-Konferenz im Oktober 2006, als der DNR im Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dem BMU eine Forderungsliste übergab. Auch Huber stellt fest: „Im Rahmen der nationalen und internationalen Beratungen werden sie [Umweltverbände] immer häufiger als Partner hinzugezogen oder gar förmlich akkreditiert.“¹⁸⁶

2001 feierte Frankreich das hundertjährige Jubiläum des Gesetzes vom 1. Juli 1901, das die Grundlage für die Vereinigungsfreiheit legte. Unter dem Innenminister Pierre Waldeck Rousseau, der sich als Anwalt der Gewerkschaften und Vereine gab, wurde das Gesetz ausgearbeitet, das den Willen der Regierenden bezeugen sollte, die Einheit der Nation zu stärken und die Gesellschaft zu demokratisieren. Ein Jahrhundert später sind circa 700000 Vereine registriert.¹⁸⁷ Der größte Anteil der Mitgliedschaften liegt mit 34% bei Sport und Freizeitvereinen, 8%

¹⁸² Das im Umweltprogramm von 1971 festgelegte Kooperationsprinzip sieht die Beteiligung der Bürger und der Industrie am politischen Willensbildungsprozess vor. Vgl. Wilrich (2002), S. 49f. „Das Kooperationsprinzip ist neben dem Vorsorgeprinzip und dem Verursacherprinzip einer der wichtigsten Grundsätze des Umweltrechts („Prinzipientrias“). Der Staat ist zwar verpflichtet [durch Art. 20 a GG], die Umwelt zu schützen, der Umweltschutz ist aber ‚keine alleinige Domäne des Staates‘, sondern Aufgabe von Staat und Allgemeinheit.“

¹⁸³ Wilrich (2002), S. 29f. und Hartkopf/Bohne (1983), S. 114, 163f.

¹⁸⁴ Pehle (1998), S. 184f., S. 187.

¹⁸⁵ Vgl. Wilrich (2002), S. 51ff.

¹⁸⁶ Huber (2001), S. 271.

¹⁸⁷ Vgl. Vindt (2001), S. 39f. Nicht vermerkt wird die Auflösung von Vereinen. Allerdings enthält diese Zahl nur diejenigen Vereine, die sich in der Präfektur anmeldeten, um einen juristischen Status (z.B. zur Einrichtung eines Bankkontos) zu erhalten. In Deutschland gibt es kein bundesweit einheitliches Register, in das sich Vereine eintragen lassen müssen. Nach den Daten der Deutschen Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM.) aus dem Jahr 2004, existieren in Deutschland rund 14 000 Verbände, zu denen auch Kammern, Innungen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts zählen. Außerdem gibt es rund 540.000 eingetragene Vereine (mehr dazu: <http://www.verbaende.com>).

engagieren sich im Bereich der Umwelt.¹⁸⁸ Die Angaben zur Anzahl von Naturschutzvereinen variiert enorm: Während Guillois von 7000 Vereinen spricht, die zwischen 1975 und 1980 gegründet wurden und damit auf insgesamt 55000 Umweltvereine anstiegen¹⁸⁹, zählt Schreiber 1988 rund 1250 Naturschutzvereine.¹⁹⁰ Maresca stellt fest: « le nombre d'associations qui se définissent comme protection de la nature et défense de l'environnement décolle en 1969, puis explose à partir de 1972. »¹⁹¹ Eine Eigenheit französischer Vereine ist die Ausrichtung auf punktuelle Probleme, wie z.B. dem Bau eines Staudamms.¹⁹² Dieses spontane Auflehnen betrachtet ein Großteil der Franzosen als wirksamstes Mittel gegen den Staat. Hier lässt sich eine Parallele zum Streikverhalten ziehen: der geringen Gewerkschaftsmobilisierung steht eine hohe spontane Streikbereitschaft gegenüber.

Bereits 1968 vereinte Die *Fédération Française des Sociétés de Protection de la Nature* (FFSPN) als Dachverband rund 100 Verbände.¹⁹³ Die FFSPN setzte sich vor allem für die Gründung von Nationalparks ein und regte immer wieder zur Diskussion über Atomkraft an. 1970 wurde u.a. von Brice Lalonde die französische Gruppe *Les Amis de la Terre* nach dem Vorbild der FOE gegründet¹⁹⁴ und seit 1977 gibt es Greenpeace, dessen Herzstück der Kampf gegen die Atomkraft ist, auch in Frankreich.¹⁹⁵ Greenpeace hat es jedoch nicht geschafft Fuß zu fassen, sie holt sich für ihre Proteste und Interventionen hauptsächlich Anhänger aus Holland und Deutschland.

Das zunehmende Umweltbewusstsein in Frankreich lässt „das Interesse von Umweltschutzverbänden an einer Beteiligung an Genehmigungsverfahren für industrielle Großanlagen und an der Kontrolle umweltrelevanter Entscheidungen wachsen.“¹⁹⁶ Zu den Mitwirkungsrechten in behördlichen Genehmigungsverfahren gehört das Aktenzugangsrecht. In Frankreich wurde schon vor der europäischen Umweltinformationsrichtlinie im Juni 1990 unter dem Stichwort „Transparenz der Verwaltungsvorgänge“ eine Neuerung in diesem Bereich eingeleitet.¹⁹⁷ Auch die *Débat publique*¹⁹⁸ und *Enquête publique*¹⁹⁹ tragen dazu bei, dass Bürger und Verbände besser mitwirken können. Zudem haben Umweltschutzverbände seit 1988 im

¹⁸⁸ Vgl. Vindt (2001), S. 42, nach einer Studie von LES-Fondation de France, ISL1997.

¹⁸⁹ Vgl. Guillois (1991), S. 150.

¹⁹⁰ Vgl. Schreiber (1991), S. 44f.

¹⁹¹ Maresca (2002), S. 31.

¹⁹² Vgl. Mény (2005), S. 298.

¹⁹³ Vgl. Leggewie (1985), S. 116.

¹⁹⁴ Vgl. Schreiber (1991), S. 44f. und Hangen (2005), S. 114.

¹⁹⁵ Claval (1996), S. 326.

¹⁹⁶ Bergmann (1996), S. 118.

¹⁹⁷ Bergmann (1996), S. 118.

¹⁹⁸ Vgl. Bergmann (1996), S. 122. *Débats publiques* sind während der Planungsphase von großen öffentlichen Vorhaben (wie dem Bau von Autobahnen, U-Bahnen) durchzuführen. Organisiert werden sie von der *Commission nationale du débat public*, zu der Vertreter des Parlaments, lokale Vertreter, Mitglieder des *Conseil d'Etat*, der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Vertreter anerkannter Umweltschutzverbände, Vertreter künftiger Benutzer und Sachverständigen, gehören.

¹⁹⁹ Vgl. Bergmann (1996), S. 123. Eine *enquête publique* muss jedem größeren Projekt, wie der Errichtung einer *installation classée*, einer großindustriellen und damit potentiell Umwelt schädigenden Anlage, vorangehen. Ziele sind, die Information der Bevölkerung und das Sammeln von Einwänden, welche bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Die Durchführung einer *enquête publique* wird vom Antragsteller bezahlt und von einem Untersuchungsführer geleitet. Dieser überprüft die Informationen über die Anlage und kann zur Anhörung relevante Personen vorladen.

Conseil départemental d'hygiène eine Stimme, die bei allen präfektoralen Vorschriften²⁰⁰ hinsichtlich von genehmigungspflichtigen Anlagen gehört werden muss. „Diese Gesundheitsräte nehmen ihre Rechte inzwischen sehr selbstbewußt und durchaus erfolgreich wahr.“²⁰¹ Obwohl die Anhörung von Verbänden vor dem Erlass von Dekreten nicht obligatorisch ist, wird sie dennoch häufig praktiziert.²⁰² Die Anzahl und der Einfluss der Beratungsgremien auf allen Verwaltungsebenen sind nicht bekannt. Verbände versuchen u.a. Teil dieser Gremien zu sein, „weniger weil sie sich davon viel versprechen, sondern eher um nicht ausgeschlossen zu sein.“²⁰³ Aufgrund seiner geringen finanziellen Ausstattung und Stellung ist das Umweltministerium [siehe 3.2.1] auf die Umweltverbände angewiesen.²⁰⁴ Die Tatsache, dass der klageberechtigte Personenkreis auf Verbände ausgeweitet wurde, zeigt den Willen des französischen Gesetzgebers, den Umweltschutz zu stärken. Allerdings ist, angesichts des in Frankreich erst allmählich wachsenden Umweltbewusstseins, die praktische Wahrnehmung der *action civile* noch nicht so relevant, wie sie es nach den rechtlichen Möglichkeiten sein könnte.²⁰⁵ Trotzdem gaben in einer 1998 veröffentlichten Studie 55% der Befragten an, dass Umweltvereine nicht ausreichend wichtig genommen werden.²⁰⁶ Um dies zu ändern, geht der Trend aller Umweltvereine und -verbände zur Entideologisierung und zur zunehmenden Bereitschaft an politischer Partizipation.²⁰⁷

Hickmann weist den französischen Natur- und Umweltverbänden Anfang der 1990er im Vergleich zu Deutschland noch einen relativ geringen Stellenwert nach.²⁰⁸ Dies führt Mény auf die in Frankreich seit der Monarchie latente Feindseligkeit gegenüber Interessengruppen zurück. Auch die späte Parteibildung und die späte Vereinigungsfreiheit zählt Mény als Gründe für die „geringe Fähigkeit und Neigung [der Franzosen,] sich kollektiv zu organisieren“ auf.²⁰⁹ Trotz allem zieht Appleton 2005 eine positive Bilanz des Engagements französischer Umweltverbände: „Local protests, whether against a dam, a tunnel or a new industrial plant, have achieved noteworthy results, and constitute a new and often unremarked dynamism in the ecology movement in France.“²¹⁰

Die Einflussmöglichkeiten von Umweltverbänden sind in beiden Ländern wegen der unterschiedlichen politischen Systeme schwer vergleichbar. Dennoch spricht die Literatur den deutschen Umweltverbänden mehr Bedeutung zu. Das Engagement der Bürger ist ähnlich ausgeprägt, wobei Deutsche einen leichten Vorsprung haben. Während 1998 63% der Deutschen

²⁰⁰ Zur herausragenden Stellung des Präfekten mehr im Punkt 3.2.2.

²⁰¹ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 81, zitiert aus: Charbonneau, Simon: Application des Normes Antipollution, Bordeaux 1990, S.36.

²⁰² Vgl. Fournier (1987), S. 241 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 37.

²⁰³ Mény (2005), S. 299.

²⁰⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 2.

²⁰⁵ Bergmann (1996), S. 260f.

²⁰⁶ Fourel/Loisel (1999), o.S. zitieren aus: CREDOC-DIISES sur la Vie Associative, décembre 1998.

²⁰⁷ Vgl. Jansen (2001), S. 141.

²⁰⁸ Vgl. Hickmann (1992), S. 500.

²⁰⁹ Mény (2005), S. 287.

²¹⁰ Appleton (2005), S. 63.

angaben, einem Verein oder Verband anzugehören, waren es in Frankreich 53 %, damit liegen beide Staaten im europäischen Mittelfeld.²¹¹ In einer Umfrage des Jahres 2006²¹² geben 6% der Deutschen an, in Umweltorganisationen aktiv zu sein, 2001 behaupteten es 8% der Franzosen von sich. Dass Umweltschutzverbände in Deutschland größere Bedeutung haben, als in Frankreich, zeigt auch die Tatsache, dass 2001 59% der Deutschen gegenüber 41% der Franzosen Umweltschutzverbänden Vertrauen in der Lösung von Umweltproblemen zusprechen.²¹³

3. Stellung der Umwelt in der französischen und deutschen Politik

3.1 Die deutsche Umweltpolitik

Nach dem wirtschaftlichen Aufschwung in den 50er Jahren wurden erste Stimmen laut, dass die Auswirkungen der Industrie auf die Luft- und Wasserqualität nicht zu unterschätzen sei. Die SPD in Nordrhein-Westfalen nutzte unter Willy Brandt 1961 zwar den Slogan „Blauer Himmel über der Ruhr“, doch im Allgemeinen beschäftigten sich die Parteien relativ wenig mit dem Thema Umwelt. „Eine Ausnahme bildete vielleicht die ‚Innerparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)‘, in der sich Bundes- und Ländervertreter schon ab 1954 vor allem mit Fragen des Immissionsschutzes befaßten“²¹⁴. Als 1961 das Bundesministerium für Gesundheit, Jugend und Familie gegründet wurde, begannen erste Aktivitäten im Bereich der Umwelt.²¹⁵ Vorangetrieben hat die Entwicklung der damalige Innenminister Genscher, der die Abteilung Umweltschutz seinem Ministerium unterstellte und sie zügig ausbaute. Die Geburtsstunde der Umweltpolitik wurde 1969 von der SPD/FDP-geführten Regierung Brandt/Scheel unverzüglich nach der Neuwahl mit einem Sofortprogramm zum Schutz der Umwelt eingeleitet.²¹⁶ Im Jahr 1971 wurde dann ein Umweltprogramm präsentiert, in dem die umweltspezifischen Einzelaufgaben zu einem Politikbereich zusammengefasst wurden.²¹⁷ Es enthielt einen detaillierten Gesetzgebungsplan und konkrete Zielvorgaben. Wenige Jahre später zeigten die ersten Gesetze ihre Wirkung²¹⁸, der Bund erhielt fortan die Kompetenz für wichtige Bereiche des Umweltschutzes²¹⁹ und „die Umweltpolitik wurde in ihrer Bedeutung der sozialen Sicherheits-, der Bildungs-, Außen- und

²¹¹ Vgl. Reutter (2001a), S. 16. In den Skandinavischen Ländern liegt das Engagement in Vereinen bei 80-90%. Die Bewohner von Mittelmeerländern gehören lediglich zu 24-50% einem Verein an.

²¹² BMU (2006a), S. 68ff.

²¹³ Eurobarometer-Umfrage 58.0, Dezember 2002.

²¹⁴ Bungarten (1978), S. 27.

²¹⁵ Vgl. Bungarten (1978), S. 27.

²¹⁶ Vgl. Bungarten (1978), S. 28.

²¹⁷ Glaeser (1989), S. 31.

²¹⁸ Vgl. Weizsäcker (1990), S. 24. So sanken die Schwermetallgehalte in den Flüssen drastisch und nach dem Waschmittelgesetz 1975 verschwanden auch die Schaumberge von den Flüssen.

²¹⁹ Vgl. Jänicke (2005), S. 54.

Verteidigungspolitik gleichgesetzt“²²⁰. Zudem wurde der Herausforderung Umweltpolitik mit verschiedenen umweltpolitischen Einrichtungen²²¹ begegnet.

An diesem erhöhten umweltpolitischen Engagement ist die Stockholmer Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen im Juni 1972 ganz sicher nicht unbeteiligt.²²²

Ab Mitte der siebziger Jahre stagnierte die Umweltpolitik, da das Interesse der Politik nach dem weltweiten Konjunkturunbruch dem Wirtschaftswachstum galt. Wirtschaft und Industrie mahnten die Regierung, dass der Umweltschutz den Aufschwung behindere, woraufhin die Regierung bekannt gab,

umweltpolitische Maßnahmen künftig zwar noch sorgfältiger auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin zu überprüfen, dabei jedoch zu berücksichtigen, daß das hohe Ziel der Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bürger einen kontinuierlichen und somit konjunkturneutralen Umweltschutz erfordere.²²³

Spitz formulieren Haan/Kuckartz (1996) diesbezüglich:

Man konnte gar nicht mehr so sicher sein, ob Umweltpolitik nun noch der Gesundheitsgefährdung durch Umweltverschmutzungen vorbeugen soll oder eher darauf zielte, die Produktion der Industrien vor einer Gefährdung durch die gestiegenen Ansprüche von Bürgern zu schützen.²²⁴

In der Phase der späten 1970er Jahre blieb die Umweltpolitik dagegen symbolisch und befand sich im Abschwung.²²⁵ Das Verursacherprinzip, denjenigen zu bestrafen, die die Umweltverschmutzung verursacht hat, litt unter starkem Vollzugsdefizit.²²⁶ Mitte der siebziger Jahre wich das Verursacherprinzip dem Gemeinlastprinzip: Die produktions- und transportbedingte Umweltzerstörung wird von den Folgekosten her auf die gesamte Gesellschaft übertragen.²²⁷

Die Umweltpolitik in der Phase nach 1978 schwankte und ging einher mit einer Dynamisierung des Umweltbewusstseins.²²⁸ Als dann 1982 die Grünen zum ersten Mal in den Bundestag kamen²²⁹, nahm das Thema Umweltschutz Einzug in die Tagesdebatten. Mit dem Regierungswechsel auf Bundesebene schied Günter Hartkopf, der als Staatssekretär zwölf Jahre für die Umweltpolitik zuständig war, aus dem Amt aus. Er hatte sich zusammen mit Innenminister Baum für eine „öko-soziale Marktwirtschaft“²³⁰ ausgesprochen. Der neu ernannte Innenminister Friedrich Zimmermann setzte sich als Reaktion auf das Waldsterben mit der Großfeuerungsanlagenverordnung für die Reduzierung der Luftbelastung ein.²³¹ Auf Landesebene

²²⁰ Haan/Kuckartz (1996), S. 25.

²²¹ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 26 und Bungarten (1978), S. 28ff. 1971: Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU), Kabinettsausschuss für Umweltfragen, der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. 1972: Umweltministerkonferenz (UMK) zur Koordinierung zwischen Bund und Land, 1974: Umweltbundesamt.

²²² Vgl. Glaeser (1989), S. 31 und Stoll/Wolf (1991), S. 303.

²²³ Bungarten (1978), S. 31.

²²⁴ Haan/Kuckartz (1996), S. 28.

²²⁵ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 35 und Looß (1995), S. 152.

²²⁶ Haan/Kuckartz (1996), S. 29.

²²⁷ Vgl. Looß (1995), S. 155.

²²⁸ Vgl. Fürst (2004), S. 146. Dass die deutsche Umweltpolitik trotz dieses Rückschlags erfolgreich fortgesetzt wurde, ist z.T. mit der wachsenden Anzahl und Bedeutung der umweltpolitischen Interessengruppen zu erklären.

²²⁹ Vgl. Weizsäcker (1990), S. 27.

²³⁰ Looß (1995), S. 154.

²³¹ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 35.

wurde Joschka Fischer während der rot-grünen Koalition in Hessen (1983-87) der erste grüne Landesminister, der für das Ressort Umwelt und Energie verantwortlich war.²³²

Obwohl das Umweltbewusstsein in Deutschland kontinuierlich zunahm²³³, wirkte es erst in den 80er Jahren als ein Politik beeinflussender Faktor.²³⁴ Die Informationspolitik der Bundesrepublik nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ging nur langsam voran und war nicht immer ausreichend.²³⁵ Auch die gestiegene Sensibilität der Bevölkerung führte 1986 letztlich zur Vereinigung der umweltrelevanten Abteilungen verschiedener Ministerien im eigenständigen Bundesumweltministerium.

Trotz des Wechsels 1983 von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Regierung fand kein Umschwung in der Umweltpolitik statt.²³⁶ Dies gilt auch für die neunziger Jahre, als es zum Wechsel von Kohl zu Schröder kam und Deutschland insbesondere im Klimaschutz internationale Bedeutung hatte.²³⁷ Im September 1994 wurde der Umweltschutz in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.²³⁸

Die durch die Wiedervereinigung gestiegene Steuerbelastung sowie Probleme auf dem Arbeitsmarkt, in der Renten- und Sozialpolitik verdrängten die Umweltpolitik nahezu von der politischen Agenda. Die Standortdebatte tat ihr übriges, um der Umweltschutzpolitik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre den Garaus zu machen.²³⁹ Während die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder die EU-Ratspräsidentschaft 1999 ohne positive Ergebnisse im Bereich der Umweltpolitik verstreichen ließ²⁴⁰, gelangen in der Umweltpolitik zu Hause einige Fortschritte. Zu nennen ist der Atomausstieg, der bis heute unter Wissenschaftlern umstritten ist. Atomausstiegsgegner befürchten, dass der Einsatz von erneuerbaren Energien zur Deckung des Stromverbrauchs nicht ausreicht und mit Atomstromimporte aus Nachbarländern kompensiert werden muss. Mit „der Öko-Steuerreform, der dezidierten Förderung nachhaltiger Energien, dem Einstieg in die Agrarwende und der seit Jahren fälligen Novellierung des Naturschutzgesetzes“²⁴¹ punktete Rot-Grün auch auf europäischer Ebene wieder. Unter der Koalitionsregierung seit 2005 sowie der einstigen Umweltministerin Angela Merkel als Kanzlerin, bleibt das Thema Umwelt aktuell. Dazu hatten nicht zuletzt die Klimakonferenz in Nairobi und wissenschaftliche Berichte über den Umweltzustand beigetragen. Regierungsprogramme zur energieeffizienten Bauweise und zu erneuerbaren Energien unterstreichen den Willen zu einer fortschrittlichen Umweltpolitik. Umweltverbände haben hohe Erwartungen an die Doppelpräsidentschaft Deutschlands im Jahr

²³² Vgl. Weizsäcker (1990), S. 29

²³³ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 70.

²³⁴ Vgl. Haan/Kuckartz (1996), S. 34.

²³⁵ Vgl. Glaeser (1989), S. 95.

²³⁶ Vgl. Glaeser (1989), S. 73.

²³⁷ Vgl. Jänicke (2005), S. 53.

²³⁸ http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20a.html, Zugriff 15.12.2006.

²³⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (2002), S. 458ff.

²⁴⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (2002), S. 475 zitiert z.T. die SZ, 05.07.1999, o.S.

²⁴¹ Müller-Brandeck-Bocquet (2002), S. 475.

2007. Die EU-Rats- und die G8-Präsidentschaft Deutschlands stellen eine große Chance dar, über die nationalen Grenzen hinaus umweltpolitisch aktiv und wirksam zu sein. Bundesminister Gabriel hat sich hohe Ziele gesteckt. Nicht nur Energieeffizienz und Biodiversität sollen Schwerpunkte werden, sondern auch die Reduzierung der Folgen des Klimawandels stehen im Mittelpunkt.

3.1.1 Zwanzig Jahre Bundesumweltministerium: seine Stellung in Deutschland

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit feierte 2006 sein 20jähriges Jubiläum, im europäischen Vergleich erfolgte die Gründung am 6. Juni 1986 spät.²⁴² Vor dem eigenständigen Ministerium war der Umweltschutz Bestandteil anderer Ministerien. 1969 wurde die gesamte Abteilung Umweltschutz vom dem Bundesministerium für Gesundheitswesen ins ins Innenministerium verlegt²⁴³ Von 1969 bis 1986 hatte das BMI zwar nicht die Federführung für die Umweltpolitik inne, z.B. musste es die Raumordnung als eine wesentliche Umweltaufgabe gegen Reaktorsicherheit und Strahlenschutz 1972 tauschen. Jedoch erlangte das BMI durch den Aufbau von Koalitionspartnern (SRU, UBA, Umweltverbände) neben Sachverstand auch einen Informationsvorsprung.²⁴⁴ Zur Koordinierung der umweltpolitischen Aktivitäten wurde 1970 ein Kabinettsausschuss für Umweltfragen gegründet, der- auf Initiative von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) hin- durch den Ständigen Abteilungsleiterrausschuss für Umweltfragen (1971) unterstützt wurde. Außerdem wurde die Zusammenarbeit des BMI mit den anderen Ministerien durch die Einrichtung von Koordinierungsreferaten für Umweltfragen verbessert.²⁴⁵ Positive Auswirkungen dieser Zusammenarbeit blieben jedoch aus, da die Referate lediglich zur „negativen Koordination“, im Sinne der Vermeidung wechselseitiger Störungen und des Schutzes eigener Zuständigkeiten, bereit waren.²⁴⁶

Als Innenminister Zimmermann (CSU) für seine umweltpolitischen Anstrengungen den Wählern nicht mehr vermittelbar war²⁴⁷ und die Reaktorkatastrophe in Tchernobyl für Unruhe sorgte, ordnete Bundeskanzler Helmut Kohl per Organisationserlass die Bildung eines Bundesministeriums für Umweltschutz und Reaktorsicherheit (BMU) an.²⁴⁸ Weitere Gründe waren die zunehmenden Fachaufgaben, die Angst vor einer Wahlniederlage in Niedersachsen und die acht Monate später folgende Bundestagswahl.²⁴⁹ Diese Umstände zeigen, dass das BMU nur an

²⁴² Siehe Anhang IX. Gründung von Umweltministerien im europäischen Vergleich und Vgl. Jobst (1996), S. 11. Das weltweit erste Umweltministerium wurde nach Angaben von Jobst am 8. Dezember 1970 im Freistaat Bayern gegründet. Außerdem wurde der Umweltschutz in Bayern erstmals weltweit zum Staatsziel mit Verfassungsrang erklärt.

²⁴³ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 24.

²⁴⁴ Vgl. Fürst (2004), S. 152.

²⁴⁵ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 25.

²⁴⁶ Vgl. Pehle (1998), S. 29.

²⁴⁷ Vgl. Pehle (1998), S. 34 und Weizsäcker (1990), S. 27.

²⁴⁸ Vgl. Pehle (1998), S. 35. Glaeser (1989), S. 95, 98 und BMU (2006c), S. 6. Die Verfasserin dieser Arbeit hält den Hinweis für angebracht, dass zwar das BMU Herausgeber der hier zitierten Schrift ist, die Verantwortung für den Inhalt jedoch bei den Autoren liegt. Die Artikel sind nicht namentlich gekennzeichnet. Autoren dieser Schrift sind Martin Jänicke unter Mitarbeit von R. Andreas Kraemer und Helmut Weidner.

²⁴⁹ Vgl. Pehle (1998), S. 34ff. und Günther/Krebs (2000), S. 26: „Die Wahl in Niedersachsen im Jahr 1986 steht besonders unter bundespolitischen Vorzeichen, da ein Sieg der bisher oppositionellen niedersächsischen SPD den Verlust der Bundesratsmehrheit der unionsgeführten Länder mit sich bringen würde.“

zweiter Stelle aus sachrationalen Beweggründen entstand. Auch die Besetzung des ersten Ministerpostens mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann und die kurze Planungsphase unterstreichen dies.²⁵⁰ „Das BMU gilt deshalb häufig als ‚Geschenk der Demoskopie‘ oder makelloses Exempel symbolischer Politik.“²⁵¹

Das BMU wurde aus den folgenden Abteilungen zusammengesetzt: Umwelt und Reaktorsicherheit, die bislang im Innenministerium verankert waren; Naturschutz gehörte zum Landwirtschaftsministerium und die Chemikalienzulassung war Teil des Gesundheitsministeriums.²⁵² Heute vereint das Bundesministerium sechs Abteilungen, deren rund 814 Mitarbeiter²⁵³ entweder in Bonn, dem ersten Dienstsitz, oder in Berlin tätig sind. Weitere 2151 Mitarbeiter sind in den drei Bundesämtern tätig, die zum Geschäftsbereich des BMU gehören. Dazu zählt das im April 1974 gegründete Bundesamt für Umwelt (UBA) mit Sitz in Dessau.²⁵⁴ Im November 1989 wurde das Bundesamt für Strahlenschutz gegründet. Ziel dieses Amtes ist die Bündelung der Kompetenzen auf den Gebieten Strahlenschutz, kerntechnische Sicherheit, Transport und Verwahrung von Kernbrennstoffen sowie Endlagerung radioaktiver Abfälle.²⁵⁵ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) „ist die zentrale wissenschaftliche Behörde des Bundes für den nationalen und internationalen Naturschutz.“²⁵⁶ Unabhängige Sachverständigengremien wie der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen, der Rat für Nachhaltige Entwicklung²⁵⁷ und verschiedenen Gutachten von unabhängigen Umweltinstituten unterstützen das BMU auf Arbeitsebene.

Die Aufbau- und Konsolidierungsphase erwies sich wegen eines weiteren Industrieunfalls als schwierig.²⁵⁸ Um die Arbeit der betreffenden Abteilungen möglichst effizient zu gestalten wurden sie personell kaum verändert. Dass sich Deutschland bei einigen europäischen Schlüsselthemen trotz jungen Ministeriums gut behaupten konnte, ist „auch der Verdienst starker Persönlichkeiten im Ministeramt und ihres hohes Einsatzes.“²⁵⁹ Zur Zeit des öffentlichkeitsorientierten Bundesumweltministers Klaus Töpfer (1989-1994) übernahm die Bundesrepublik Deutschland als Exporteur von Umweltgütern die Führungsrolle. Deutschland galt als Vorreiter und wirkte in der internationalen Umweltpolitikdebatte dynamisierend.²⁶⁰ Unter Bundesumweltministerin Angela Merkel gelangte der nationale Umweltschutz dann in die Defensive, weil die Globalisierung in den Mittelpunkt rückte. Dagegen konnte dank der Kanzlerunterstützung die Klimakonferenz 1995 in Berlin den Weg zum Kyoto-Protokoll ebnen. Der folgende Umweltminister

²⁵⁰ Vgl. BMU (2006c), S. 6 und Günther/Krebs (2000), S. 26.

²⁵¹ Günther/Krebs (2000), S. 26, Vgl. Pehle (1998), S. 36.

²⁵² Vgl. Weizsäcker (1990), S. 28.

²⁵³ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 26 und Pehle (1998), S. 42f.

²⁵⁴ Vgl. Bungarten (1978), S. 29 und Pehle (1998), S. 38ff.

²⁵⁵ <http://www.bfs.de/bfs/wir>, Zugriff 16.12.06.

²⁵⁶ http://www.bfn.de/01_wir_ueber_uns.html, Zugriff 16.12.2006. Der Dienstsitz des 1993 gegründeten Amtes ist Bonn. Zum Aufgabenbereich gehören z.B. der Vollzug des internationalen Artenschutzes und des Gentechnikgesetzes.

²⁵⁷ Vgl. Glaeser (1989), S. 39f. und Fürst (2004), S. 155.

²⁵⁸ Vgl. Wallmann (2006), S. 19 und Pehle (1998), S. 43. Nach dem Unfall in Tschernobyl kam es im November 1986 zum Brandunglück der Firma Sandoz/Basel, woraufhin der Rhein verseucht war.

²⁵⁹ BMU (2006c), S. 25 und Pehle (1998), S. 118ff.

²⁶⁰ Vgl. Jänicke (1998), S. 334, Loske (1989), S. 78.

Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen) blieb sieben Jahre im Amt. Aufgrund der Beteiligung der Grünen an der Regierung wurde im Juni 2000 der Atomausstieg beschlossen. Zwar führte dies zu einem Aufschwung von alternativen Energien²⁶¹, doch bleibt die Entscheidung bis heute umstritten. Mittlerweile von anderen europäischen Ländern kopiert, ist die ökologische Steuerreform (ÖSR) ein weiteres Aushängeschild der Amtszeit Trittins.²⁶² Er gewann auch den langwierigen Kampf mit Handels- und Wirtschaftsverbänden um das Dosenpfand. Jedoch blieben viele Bereiche im Hintergrund: erst spät wurde die, bereits 1992 auf der UN-Versammlung in Rio de Janeiro beschlossene, Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland verabschiedet.²⁶³ Bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention²⁶⁴ ließ Deutschland auf sich warten. Sigmar Gabriel (SPD) widmet sich besonders dem Klimawandel und unterstreicht die innovative Umweltpolitik vor allem auch wirtschaftlich als zukunftssträftig. Die Strategie des Bundesumweltministeriums, verstärkt technische Innovationen einzusetzen, bedarf der Mitarbeit der umweltintensiven Wirtschaftssektoren. Darüber hinaus muss das BMU mit den einflussstärkeren verursachernahen Ministerien (Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Bau) horizontal kooperieren.²⁶⁵ Mit der Festlegung der Nachhaltigkeitsstrategie und deren Unterstützung vom Kanzleramt, hat sich die Rolle des Bundesumweltministeriums im interministeriellen Gefüge tendenziell verbessert. Es hat jetzt verstärkt die Aufgabe, vertikal in den Gesamtprozess einzugreifen²⁶⁶: „Spiegelbild dieser Rollenveränderung ist ein gewisser Wandel in den Umweltaufgaben der verursachernahen Ministerien: vom Kontrolleur zum Partner des Umweltministeriums bei der Realisierung von Beschlüssen übergeordneter Organe.“²⁶⁷ Trotz des erhöhten Mitspracherechts bei umweltrelevanten Themen anderer Ministerien²⁶⁸, „ist doch das Personal oft nicht ausreichend verfügbar, das ein angemessenes Gegengewicht in der interministeriellen Abstimmung bieten kann.“²⁶⁹ Außerdem stellen Günther/Krebs fest, dass die bestehenden Richtlinien zur Beteiligung des Bundesumweltministeriums wirkungslos sind, da es keinerlei Sanktionen gibt, wenn diese Richtlinien missachtet werden.²⁷⁰ Auch wenn wesentliche Umweltaufgaben im BMU zusammengefasst sind, besitzen acht weitere Ministerien²⁷¹ Kompetenzen im Umweltbereich.

²⁶¹ Vgl. BMU (2006c), S. 10

²⁶² Ecologic, S. 6. Am 01.04.1999 trat das Gesetz der ÖSR in Kraft, mit dem die Sätze der Mineralölsteuern erhöht und eine Stromsteuer eingeführt wurden. Die Einnahmen sollen der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zu Gute kommen.

²⁶³ Vgl. Fürst (2004), S. 156 zu den Umständen der Verspätung.

²⁶⁴ Die Aarhus-Konvention soll der Verbesserung der Transparenz von Entscheidungsverfahren und der Beteiligungs- und Klagerechten von Bürgern dienen.

²⁶⁵ Vgl. BMU (2006c), S. 18. Deshalb konnten Katalysatoren, im Gegensatz zu Verkehrsbeschränkungen, umgesetzt werden.

²⁶⁶ Vgl. BMU (2006c), S. 19.

²⁶⁷ BMU (2006c), S. 19.

²⁶⁸ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 30. Laut § 23 Abs. 2 Satz 4 GGO II und gemäß der „Grundsätze für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes“ muss das Umweltministerium immer beteiligt werden, wenn Belange des Umweltschutzes berührt sein können.

²⁶⁹ BMU (2006c), S. 20.

²⁷⁰ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 30 beziehen sich auf die von Pehle (1998) durchgeführte Studie sowie eigene Interviews: „Wird die Beteiligung an der Gesetzesvorbereitung eher als gut gesehen, so wird die Information über umweltrelevante Vorhaben der anderen Ministerien eher als negativ eingeschätzt. Dies äußert sich in ‚Kleinigkeiten‘ wie dem Umgangston, der verspäteten Einladung zu Ressortbesprechungen [...]“

²⁷¹ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 30f. für eine Auflistung der Umweltkompetenzen aller Ministerien.

Die Gründung des BMU ist zudem ein Beispiel für die *inkrementalistische Institutionenbildung*, welche die bereits bestehenden Institutionen weitgehend unangetastet läßt und *lediglich eine langsame Verlagerung (umwelt-) administrativer Kapazitäten darstellt*.²⁷²

Zusammengefasst leidet das BMU unter folgenden Problemen ²⁷³ : Der mangelnde Kompetenzzuschnitt und die Zuständigkeitszersplitterung schränken den Handlungsspielraum, mit der Folge von Ineffizienz und Reibungsverlusten im Abstimmungsprozess, ein. Die politische Beteiligung des BMU bei Umweltbelangen anderer Ministerien wird nicht konsequent durchgeführt, wegen der geringen politischen Tauschmasse und Verhandlungsmacht ist die Durchsetzungsfähigkeit des BMU eingeschränkt. Als größtes intraministerielles Problem ist wohl die Teilung des BMU auf zwei Dienstsitze, Bonn und Berlin, zu sehen.²⁷⁴ Die Regierungswechsel 1982, 1998 und auch 2005 hatten dagegen kaum Auswirkungen auf das Arbeiten des BMU. So stellt auch Mayntz fest: „Parteilpolitische Präferenzen scheinen im Zusammenspiel zwischen den Bundesbeamten und ihren Ministern kaum ins Gewicht zu fallen.“²⁷⁵ Dagegen kritisierte der OECD-Umweltbericht des Jahres 2001 vieles an der Umsetzung der deutschen Umweltpolitik.²⁷⁶ Zwischen 1995 und 2002 sind die staatlichen Aufwendungen für den Umweltschutz um 33 % gesunken, während sie z.B. in Frankreich zunahmen.

Die gesunkenen Umweltschutzaufwendungen lassen sich [...] als Effizienzsteigerung im privaten oder öffentlichen Umweltschutz interpretieren. In der Wirtschaft ergibt sich dies durch eine gewisse zur Routine gewordene Internalisierung von Umweltverantwortung [...].²⁷⁷

Die Bewertung des BMU von Seiten der Bevölkerung auf einer Skala von -5 bis +5 liegt seit Beginn der Erhebung im Jahr 1991 im Minusbereich ²⁷⁸ . Dennoch sehen Bürger in Umweltbehörden, gleich nach Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen und -verbänden, problemlösungskompetete Einrichtungen.²⁷⁹

3.1.2 Umweltpolitische Normsetzung und Vollzugsdefizit

Die staatliche Pflicht zum Umweltschutz ergibt sich zum einen aus den Grundrechten, gemäß Art. 2 Abs.2 S.1 GG, dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dennoch gibt es kein Umweltgrundrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.²⁸⁰ Zum anderen ist der Staat auf Grundlage des Staatsziels Umweltschutz (Art. 20a GG), das im Jahr 1994 in das Grundgesetz

²⁷² Günther/Krebs (2000), S. 27 und Nohlen (1998), S. 273.

²⁷³ Günther/Krebs (2000), S. 37.

²⁷⁴ Vgl. Müller (1994), S. 611.

²⁷⁵ Vgl. Fürst (2004), S. 138.

²⁷⁶ Vgl. Fürst (2004), S. 143 zitiert aus: OECD (2001): Environmental Performance Reviews: Germany. Executive Summary. Paris, S. 7: Kritisiert wird „die mangelnde Einhaltung internationaler Abkommen [...] sowie die zunehmende Anzahl von Hochwässerschäden[...].“ Das Umweltmedium Boden leidet [...] insbesondere unter der hohen Bevölkerungsdichte und der intensiven wirtschaftlichen Betätigung (OECD 2001: 9). [...] Trotz der Erfolge im Naturschutz sind die Probleme im Bereich der Biodiversität erheblich, was sich unter anderem daran zeigt, dass Deutschland zu jenen Staaten in Zentraleuropa mit dem höchsten Anteil an mehreren Roten Listen bedrohter Arten gehört.“

²⁷⁷ BMU (2006c), S. 25. Für das Haushaltsjahr 2007 ergibt sich ein Budget in Höhe von 10,9 Mrd. Euro.

²⁷⁸ Vgl. Preisendörfer (1999), S. 239.

²⁷⁹ Vgl. Preisendörfer (1999), S. 242.

²⁸⁰ Vgl. Fürst (2004), S. 156 und Wilrich (2002), S. 36. „Umweltbezogene Grundrechte sehen nur einzelne Landesverfassungen vor, z.B. die bayrische. Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem ein unmittelbares Individualrecht auf ein bestimmtes umweltrelevantes Verhalten staatlicher Organe [existiert].“

aufgenommen wurde, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen verpflichtet.²⁸¹ Daraus ergeben sich jedoch keinerlei Klagerechte für den Bürger, denn Staatszielbestimmungen sind „Verfassungsnormen mit rechtlich bindender Wirkung, die der Staatstätigkeit die fortdauernde Beachtung oder Erfüllung bestimmter Aufgaben [...]vorschreiben.“²⁸² Aufgrund der Komplexität von Kompetenzverteilungen und wegen der wagen Formulierung von Umweltnormen ist die Umsetzung von Normen unzufrieden stellend.

Die föderalistische Struktur Deutschlands wirkt sich gerade im Bereich der Umwelt auf die Gesetzgebungskompetenz aus, die in einem komplexen System zwischen Ländern und Bund aufgeteilt ist.²⁸³ Allein aufgrund der Anzahl der gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und Länderebene gehört das Umweltschutzrecht der Bundesrepublik weltweit „zu einem der komplexesten Rechtssysteme für den Umweltschutz“²⁸⁴. Während die Länder Vollzugskompetenz der Umweltgesetze haben, hat der Bund, nachdem die Kompetenzen z.B. in dem Gesetz von 1972²⁸⁵ verschoben wurden, weitestgehend die Gesetzgebung inne. Es müssen drei Arten unterschieden werden: die ausschließliche, konkurrierende und die Rahmengesetzgebungskompetenz.²⁸⁶ Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes trifft im Umweltbereich auf den Bahn- und Luftverkehr zu. Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz wird von dem Grundgesetzkommentator Theodor Maunz als ‚Einfallstor der Bundesgesetzgebung betrachtet‘²⁸⁷, deren Anwendungshäufigkeit über die tatsächliche bundesstaatlichen Machtverhältnisse²⁸⁸ Auskunft gibt.

Im Katalog der Konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72 und 74 Abs. 1 GG.) ist die bundesstaatliche Kompetenz für die Bereiche Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Abfallbeseitigung, Bodenrecht, Strahlenschutz und friedliche Nutzung der Kernenergie enthalten. Die vom Bund vorgelegten Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Auf dieser Grundlage formulierte der Bund z.B. das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, das Bundes-Bodenschutzgesetz und das Atomgesetz.²⁸⁹

Für Naturschutz, Landschaftspflege, Raumordnung und Gewässerbewirtschaftung hat der Bund gemäß Artikel 75 GG lediglich Rahmengesetzgebungskompetenz.²⁹⁰ Die intensive Bemühung des Bundes auch in diesen Bereichen die konkurrierende Gesetzgebung zu erhalten, scheiterte am Bundesrat mit der Begründung, dass einschlägige Schutzmaßnahmen nur auf ein klar abgrenzbares Gebiet wirkten. Ab 1972 erhielt der Bund dann die Kompetenz für wichtige

²⁸¹ Vgl. Fürst (2004), S. 157 und Vgl. Wilrich (2002), S. 37. Dies erfolgte erst mit der deutschen Umweltunion, die durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 begründet wurde.

²⁸² Wilrich (2002), S. 37f. Adressat dieses Artikels sind folglich Gesetzgeber, Verwaltung und Rechtssprechung.

²⁸³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 122.

²⁸⁴ Fürst (2004), S. 149 zitiert aus Jänicke Martin/Weidner, Helmut (1997): Germany, in: Jänicke Martin/Weidner, Helmut (Hg.): National Environmental Policies. A Comparative Case Study of Capacity Building, Berlin, S. 138.

²⁸⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 123 und Glaeser (1989), S. 62. Dem Bund wurde die Gesetzgebungsbefugnis für die Bereiche Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung übertragen.

²⁸⁶ Vgl. Bethge (2004.), S. 32ff. und KPMG Deutsche Treuhand Gruppe (1994), S. 2f.

²⁸⁷ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S.124, zitiert aus: Maunz, Theodor/Düring, Günter Herzog, Roman: Grundgesetzkommentar, München1987, Art. 72 Rdnr. 22.

²⁸⁸ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 124, zitiert aus Schodder, Thomas F.W.: Föderative Gewaltenteilung in der BRD. Eine Untersuchung ihrer gegenwärtigen Wirkungen und Probleme, Frankfurt u.a. 1989, S. 34.

²⁸⁹ Fürst (2004), S. 149.

²⁹⁰ Vgl. Bungarten (1978), S. 26f., Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 124 und Wilrich (2002), S. 34.

Bereiche des Umweltschutzes, wie der Abfallbeseitigung und den Immissionsschutz (Art. 74 Abs.1 Nr. 24 GG).²⁹¹

Die konkrete Ausgestaltung der Umweltgesetzgebung erfolgt durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.²⁹² Der Bund hat die Möglichkeit, mit Zustimmung des Bundesrates, Verwaltungsvorschriften zu erlassen, an die sich die Länder halten müssen. Folglich spielt der Bundesrat eine bedeutende Rolle bei der Ausgestaltung der Umweltpolitik. In der Literatur wird vielfach eingeschätzt, dass im Bereich der konkurrierenden und der Rahmengesetzgebung die Länder durch den Bundestag einen nicht zu unterschätzendem Einfluss haben.²⁹³ Die gesetzgebende Dominanz des Bundes wird mit dem Übergewicht der Länder in der Verwaltung ausgeglichen.²⁹⁴

Die zahlreichen umweltpolitischen Rechtsvorschriften²⁹⁵ leiden in Deutschland unter einem Vollzugsdefizit. Dieses Missverhältnis zwischen den Zielvorstellungen und der tatsächlichen Realisierung²⁹⁶ umfasst mehrere Gebiete: „insbesondere [die] Defizite bei der Wahrnehmung und Bewertung von Problemen, bei der Kenntnis von Normen, bei der Motivation der Vollzugsadressen sowie bei der Organisation und der Kontrolle der Verwaltung“²⁹⁷. Als unechte Vollzugsprobleme werden in der Literatur solche Probleme bezeichnet, die auf Mängel im Regelungswerk zurückzuführen sind, bzw. den Vollzug sehr erschweren. Während diese nicht von der Verwaltung verschuldet sind, können die echten Vollzugsprobleme der Verwaltung zugeschrieben werden.²⁹⁸ Letztere ergeben sich aus der „suboptimalen Organisation und Ausstattung der Umweltverwaltung und aus der gleichfalls suboptimalen Handhabung und Anwendung der zum Vollzug anstehenden normativen Vorgaben“²⁹⁹. Zu den echten Problemen gehört zum Einen die ungenügende Personalausstattung in den Behörden. Bültmann/Wätzold stellen zudem fest, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen Vorgesetzte Druck ausüben und „rechtswidrig Vollzugsdefizit“³⁰⁰ verlangen. Sich auf eine Studie von Lübke-Wolf stützend, weisen Bültmann/Wätzold darauf hin, dass Mitarbeiter in ihrer engagierten Vollzugsdurchführung bei einer wirtschaftsfreundlichen Behördenspitze gehemmt sind.³⁰¹ Die komplexen Zuständigkeitsverteilungen bei der Normsetzung, der Organisation und Ausgestaltung der

²⁹¹ Vgl. Jänicke (2005), S. 54.

²⁹² Vgl. KPMG Deutsche Treuhand Gruppe (1994), S. 4f. Verwaltungsvorschriften sind innerbehördliche Vorschriften, die Auslegungshilfen zu den einzelnen Gesetzen geben. Mit ihnen wird gewährleistet, dass die Regelungen einheitlich von den Behörden bearbeitet werden.

²⁹³ Vgl. Hartkopf/Bohne (1983), S. 134, Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 127 und Fürst (2004), S. 150.

²⁹⁴ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 154.

²⁹⁵ Vgl. Günther/Krebs (2000), S. 29. 1995 bearbeitete das BMU circa 20 von 233 umweltbezogenen Gesetze auf Bundesebene, 61 von 549 Verordnungen, 25 von 498 Verwaltungsvorschriften sowie 23 von 330 EU-Verordnungen. Eine Übersicht über die Rechtsvorschriften des BMUs: http://www.bmu.de/gesetze_verordnungen.

²⁹⁶ Vgl. Reh binder (1995), S. 11. Reh binder bezeichnet mangelhafte Kontrolle und Sanktionsaktivität als Vollzugsdefizit.

²⁹⁷ Wilrich (2002), S. 46. Unberücksichtigt bleiben in dieser Arbeit die Vollzugsprobleme, die sich bei den Normadressaten ergeben. Damit beschäftigt sich Bültmann/Wätzold (2002), S. 45ff.

²⁹⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 183 und Reh binder (1995), S. 11.

²⁹⁹ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 183, Vgl. Reh binder (1995), S. 11. Reh binder zählt außerdem die Defizite im Bereich der Entscheidungsvorbereitung und -findung auf.

³⁰⁰ Bültmann/Wätzold (2002), S. 44.

³⁰¹ Bültmann/Wätzold (2002), S. 44 zitieren aus: Lübke-Wolf, Gertrude (1993): „Vollzugsprobleme der Umweltverwaltung“, in: *Natur und Recht* 5, S. 217-229.

vollziehenden Strukturen³⁰² führen immer häufiger zu Abwägungen zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen. Wie in Frankreich bieten Umweltnormen den Behörden einen beträchtlichen Interpretationsspielraum, weil sie „mit unbestimmten Rechtsbegriffen geradezu gespickt“³⁰³ sind. Dabei werden je nach Region und Anlass häufig wirtschaftsfreundliche den umweltschutzfreundlichen Interpretationen vorgezogen.³⁰⁴ Vielfach zitiert ist in diesem Zusammenhang Uwe Lahl, der von einem „kalkulierten bzw. programmierten Vollzugsdefizit“³⁰⁵ spricht. Nachträgliche Anordnungen an bestehende Anlagen sind eine weitere Schwachstelle deutscher und französischer Umweltpolitik.³⁰⁶

Die 1992 von Töpfer begonnenen Bemühungen um ein Umweltgesetzbuch (UGB) scheiterten 1999 unter der rot-grünen Bundesregierung.³⁰⁷ Das UGB sollte die zentralen umweltrechtlichen Vorschriften zusammenfassen, vereinfachen und harmonisieren und damit dem Umweltschutz mehr

Durchsetzungskraft verleihen. Das Projekt UGB ist vor allem „an den kompetenzrechtlichen Bedenken des Bundesministerium des Innern und des Bundesministerium der Justiz und nicht so sehr am Widerstand der Bundesländer“³⁰⁸ gescheitert. Es ist offen, ob mit einem UGB auch die Defizite in der Umsetzung von Umweltnormen behoben würden.

3.1.3 Die Grünen als umweltpolitische Akteure

Aufgrund des starken Parteiensystems in Deutschland haben sich keine Einzelkämpfer wie José Bové oder Nicolas Hulot (3.2.3) in Frankreich aufgetan. Dagegen üben Umweltschutzverbände (2.4) und die Partei Die Grünen maßgeblich Einfluss auf die Umweltpolitik aus, während deren französisches Äquivalent *Les Verts* (3.2.3) unbedeutender sind.

Die Umweltbewegung bildete sich in Deutschland später aus als in Frankreich, jedoch blieb ihr Bewegungs- und Wählerpotential konstant. Die Entstehung der Grünen nahm 1977 in Niedersachsen seinen Anfang, als die Umweltschutzpartei Niedersachsen (USP) gegründet wurde und wenig später mit der GRÜNEN Liste Umweltschutz (GLU) fusionierte.³⁰⁹ Während sich verschiedene grüne Listen in Niedersachsen vereinten und 1981 offiziell den Namen DIE GRÜNEN annahmen, arbeiteten in anderen Bundesländern Grüne und Bunte Listen parallel.³¹⁰ Die ersten großen politischen Siege erfolgten 1979, als erstmalig Vertreter der Grünen in Landtage und sogar Regierungskoalitionen eintraten.³¹¹ Nachdem das Ergebnis der Bundestagswahl von 1980 enttäuschte, konnten die Grünen bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 ihre Quote

³⁰² Vgl. Bültmann/Wätzold (2002), S. 44 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 135.

³⁰³ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 135.

³⁰⁴ Vgl. Bültmann/Wätzold (2002), S. 44.

³⁰⁵ Bültmann/Wätzold (2002), S. 48 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 181f. zitieren aus: Lahl, Uwe (1993): Das programmierte Vollzugsdefizit. Hintergründe zur aktuellen De-Regulierungsdebatte, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* 6/93, S. 249-256.

³⁰⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 185ff.

³⁰⁷ Vgl. Fürst (2004), S. 159ff.

³⁰⁸ Vgl. Fürst (2004), S. 161.

³⁰⁹ Müller-Rommel (1993), S. 54f.

³¹⁰ Zur Entwicklung der Grünen Parteien siehe Müller-Rommel (1993), S. 54ff.

³¹¹ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 27.

vervierfachen und mit 5,6% in den Bundestag einziehen. Auch wenn viele Umweltbewegte, z.B. aus Angst vor einer Monopolisierung des Umweltthemas, vor einer Parteigründung zurückscheuten, gelang die Zusammenarbeit der Umweltbewegung und der Partei zwischen 1983 und 1987 sehr gut. Die Ausrichtung auf andere Themen als der Atomkraft und die Tatsache, dass sie auf Konkurrenzkurs mit den Volksparteien gingen, war Teil ihres Erfolges in den Achtzigern.³¹² Durch zahlreiche Anträge an die Parlamente wurden Umweltthemen in die Debatten getragen³¹³ und trotz scharfer interner Konflikte und Skandale über Parteifinzen im Jahr 1988, blieben die Wähler standhaft.³¹⁴ Dagegen scheiterten die Grünen bei der ersten Wahl im wiedervereinigten Deutschland 1990 in den alten Bundesländern mit 4,8%. Bündnis 90/Grüne erhielten dagegen in den neuen Bundesländern mit 6% der Wählerstimmen acht Mandate im Bundestag.³¹⁵

Da sich die SPD in den 80er Jahren für den Atomkraftausstieg aussprach und der ökologische Landbau sowie erneuerbare Energien einen Teil des Parteiprogramms bildeten³¹⁶, ist näherten sie sich den Grünen an. Noch 1989 sieht Glaeser die mangelnde Thematisierung von Umweltbelangen in Parteiprogrammen der Volksparteien als Ursache für die Existenz der Grünen, „die dem stetig wachsenden Umweltbewußtsein der Bevölkerung entspricht, indem sie Ökologie und Umweltschutz zum zentralen Bestandteil ihres Parteiprogramms und ihres politischen Handelns macht.“³¹⁷ Bereits drei Jahre später stellt Hickmann fest, dass Die Grünen es umso schwieriger haben, je „glaubwürdiger die Regierungsparteien die Umweltpolitik vertreten und das Umweltministerium mit fachkompetenten Vertretern besetzen können“³¹⁸. Erst nach den Bundesumweltministern Töpfer und Merkel tritt 1998 mit Jürgen Trittin der erste Umweltminister einer Grünen Partei ins Amt.

Nachdem sich die Grünen durch die Benzinpreisforderung, 5 DM pro Liter, bei der Bevölkerung unpopulär³¹⁹ machten bot sich ihnen 1998, als die SPD mit ihnen eine Regierungskoalition bildete, eine große Chance. Nach der jahrelangen Oppositionsrolle gelang es den Grünen nur schwer, ihre Linie zu verfolgen.³²⁰ Als Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2003 Atomgeschäfte mit China und Finnland abschloss, kriselte es in der Partei, es regte sich großer Missmut gegenüber dem bisher hoch angesehenen Joschka Fischer (Die Grünen).³²¹ Zwar bekamen die Grünen mit Renate Künast als Verbraucherministerin seit Anfang 2001, ein großes Betätigungsfeld und auch Fischer galt jahrelang als populärster Minister³²², doch litten sie unter dem Status Regierungspartei: Während die Grünen in ihren Anfängen als antiautoritär galten,

³¹² Vgl. Oppeln (1989), S. 246.

³¹³ Vgl. Loske (1989), S.74f und Strübel (1990), S. 112. Durch die Thematisierung von Umweltproblemen profitierte auch die christdemokratisch-liberale Bundesregierung ab 1983.

³¹⁴ Vgl. Rüdiger (1989), S. 209f.

³¹⁵ Vgl. Müller-Rommel (1993), S. 63 und Die Zeit-online, 24/1998.

³¹⁶ Loske (1989), S. 76f.

³¹⁷ Glaeser (1989), S. 41.

³¹⁸ Hickmann (1992), S. 502.

³¹⁹ Vgl. Die Zeit-online, 24/1998.

³²⁰ Vgl. Die Zeit-online, 20/2002.

³²¹ Vgl. Die Zeit-online, 51/2003.

³²² Vgl. Die Zeit-online, 29/2004.

hinterließen die Anschläge vom September 2001 ihre Spuren und veranlassten die Regierungspartei zur Verabschiedung schärferer Sicherheitsgesetze. „Das klare Nein hat sie [die Partei der Grünen] unter dem Druck der Verantwortung verlernt.“³²³ Nach sieben Jahren kam der plötzliche Fall, als Joschka Fischer im Oktober 2005, als Folge der vorgezogenen Bundestagswahlen, aus dem Amt des Außenministers ausschied. Trotz der 8,1% Wählergunst, stellen die Grünen derzeit die kleinste Fraktion im Bundestag und sind „da sie eben noch so frisch vom Regieren kommen, die zaghafteste.“³²⁴ Durch die herausragende Präsenz Joschka Fischers, behaupteten sich innerparteilich immer weniger Grünenmitglieder. Die neuen Vorsitzenden sind Claudia Roth und Reinhard Bütikofer. Während *Die Zeit*-Journalist Matthias Geis den Grünen ohne Fischer schon bald nach allen Seiten hin Bündnisfähigkeit³²⁵ und damit Aufstiegschancen zuspricht, zieht der SZ-Redakteur Burkhard Müller eine härtere Bilanz. Denn da nun alle großen Parteien ihre Programme grün gefärbt haben und mehr Durchsetzungsvermögen haben, stellt sich die Frage: „Was wollen die Grünen heute? Oder schärfer noch gefragt, wer bräuchte und wollte sie wozu?“³²⁶ Dieser Aussage widerspricht dagegen die Umfrage³²⁷ zur Vertrauensbewertung der Parteien:

	1998	2000	2002	2004	2006
Bündnis 90/Die Grünen	2.9	2.9	3.0	3.0	2.8
SPD	3.4	3.3	3.2	3.6	3.3
CDU/CSU	3.7	3.8	3.4	3.6	3.4
FDP	3.9	3.9	3.7	3.9	3.7
Linksparteien (PDS,WASG)	4.0	4.0	4.0	4.1	3.9

Tab. 3: BMU (2006a), S. 46. In der Tabelle ist der Durchschnitt der jeweiligen Vertrauensbewertungen angegeben. Je kleiner der Wert, desto höher das Vertrauen.

Demnach ist das Vertrauen der Bürger den Grünen gegenüber von 1998 bis 2006 stabil geblieben. Die Grünen genießen unter allen Parteien am meisten Vertrauen in der deutschen Bevölkerung, wenn es um Umweltbelange geht.

³²³ Die Zeit-online, 06/2005.

³²⁴ SZ, 09.03.2007, S. 13.

³²⁵ Die Zeit-online, 40/2005.

³²⁶ SZ, 09.03.2007, S. 13.

³²⁷ BMU (2006a), S. 46. Im Vergleich zum Jahr 2004 hat sich das Vertrauen in Parteien verbessert, an erster Stelle stehen Umweltschutzorganisationen und -verbände.

3.2 Die französische Umweltpolitik

Schon unter Louis XI., im Jahr 1669, wird in Frankreich die erste umfassende Regelung zum Schutz der Umwelt erlassen: Dieser *Code forestier national* gilt als die erste in Europa erlassene Kodifizierung. 1791 folgte mit dem *Code rural* eine zweite Bestimmung zum Schutz von Wäldern, Gewässern und des Fischereiwesens³²⁸ und 1855 wurde in Fontainebleau das erste Naturschutzgebiet eingerichtet.³²⁹

Ende der 1950er Jahre wurde die Gefährdung der Umwelt in den USA heiß diskutiert, doch « les réactions françaises se dessinent plus tard et ne prennent jamais les formes violentes qu'elles sont connues ailleurs. »³³⁰ Nur auf den Druck von Lobbygruppen wie den Fischern und Jägern wurde im Dezember 1954 ein Gesetz zum Schutz von Wild erlassen.³³¹ Erst 1968 folgte in Frankreich das Echo auf die in den USA angestoßene Umweltdebatte und zwar als sich Intellektuelle³³² dem Thema Umweltschutz annahmen. Allerdings ging es ihnen mehr um den Erhalt der Artenvielfalt als um die von Industrie oder Städten verursachte Verschmutzung. Die negativen Folgen des bis dahin kritiklos begründeten Nachkriegs-Wiederaufbaus führten zu ersten Regulierungen im Bereich Luftreinhaltung (August 1961).³³³ In den 70er Jahren nimmt die Behandlung umweltpolitischer Problemstellungen eine neue Dimension ein. Auslöser für die erhöhten Aktivitäten auf umweltpolitischer Ebene war in allen Ländern der anstehende UNO-Gipfel und auch die zentrale Schrift des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“. Diese Studie und die frühzeitigen, intensiven Proteste gegen die Nuklearpolitik zeigten in Frankreich seine Wirkung.³³⁴ Den definitiven Einstieg in die Politik schaffte die Umwelt mit der Präsidentschaftskandidatur von René Dumont im Jahre 1974³³⁵, der den Schutz von Natur und Umwelt zu seinem Programm³³⁶ machte. Dumont erhielt zwar nur 1,3% der Stimmen, dennoch war der neu gewählte Valéry Giscard d'Estaing gezwungen, sich des Umweltschutzes anzunehmen, um nicht den *écologistes* allein dieses tragende Thema zu überlassen - Umweltschutz wurde sogar eine seiner zentralen Punkte.³³⁷ In Giscard d'Estaings Regierungszeit fällt die Gründung eines Nationalparks und mehreren regionalen Naturparks. In den späten 70er und den frühen 80er Jahren kam es zum umweltpolitischen Stillstand.³³⁸ Zum einen führte das Erscheinen des Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen auf der politischen Bühne zu einer Verschiebung der politischen Brennpunkte.³³⁹ Zudem war das vordergründige Ziel der Regierung

³²⁸ Vgl. Bungarten (1978), S. 42.

³²⁹ Vgl. Claval (1996), S. 316. Weitere Grundlagen für die Umweltpolitik wurden mit dem Gesetz vom Dezember 1917 über gefährliche und verschmutzende Unternehmen geschaffen, dem Dekret vom Mai 1937 zum Schutz unterirdischer Wasserverkommen und dem Gesetz zur Schaffung von Nationalparks im Jahr 1960.

³³⁰ Vgl. Claval (1996), S. 316.

³³¹ Vgl. Claval (1996), S. 320.

³³² Vgl. Claval (1996), S. 319.

³³³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 26.

³³⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 26.

³³⁵ Vgl. Prendiville (1996), S. 19.

³³⁶ Vgl. Vaillant (1991), S. 10.

³³⁷ Vgl. Claval (1996), S. 323.

³³⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 26.

³³⁹ Vgl. Blume (1989), S. 24.

François Mitterrands die Schaffung von Arbeitsplätzen.³⁴⁰ Schließlich wurde von der ersten sozialistischen Regierung vor allem Veränderungen der sozialen Verhältnisse erwartet. Obwohl die Wahlsiege der Sozialisten auch den ökologischen Wählern zu verdanken war³⁴¹, hielten sich die umweltpolitischen Maßnahmen bis 1988 in Grenzen.³⁴² Erst durch einen „weitgehenden Abbau der bisher so stark prägenden links-rechts Polarisierung [der Politik Frankreichs], hat gegen Mitte/Ende der 80er Jahre eine Sensibilisierung für andere Themen eingesetzt.“³⁴³ Daran war die ukrainische Reaktorkatastrophe in Tschernobyl sicher beteiligt. Allerdings ging die Regierung unter dem Premierminister Jacques Chirac zu unbekümmert damit um. Bei der Diskussion über die zulässige Strahlenbelastung für Lebensmittel erklärte Paris, dass die radioaktive Wolke Frankreich gemieden hatte³⁴⁴ und deswegen keine Gefahr für Frankreich darstelle. Mathieu Bilanz der französischen Umweltpolitik der 1980er Jahre: « Tout ce qu'il était possible de faire à un coût limité, avec une faible mobilisation et une efficacité à court terme importante a été réalisé. »³⁴⁵ Erst die ehrgeizigen Umweltreformen des Staatssekretärs Brice Lalonde (1988-1992) beendeten die umweltpolitische Ruhephase.³⁴⁶ Von Rocard eingesetzt als medienwirksame Symbolfigur, stand Lalonde keinem eigenständigen Ministerium vor, sondern war Staatssekretär in Dienst des Premierministers.³⁴⁷ Die Erfolge der Ökologen bei der Präsidentschaftswahl 1988³⁴⁸ und auf kommunaler Ebene 1989 verschafften der Umweltpolitik einen Aufschwung. Der nun amtierende Premierminister Rocard stoppte z.B. das geplante Staudammprojekt an der Loire und Mitterrand sprach das Thema Umwelt auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel im Jahr 1989 an.³⁴⁹

Diese grüne Welle ist die Kulisse für das Reformprojekt von Lalonde, dem *Plan vert*. Er sollte vor allem die umweltpolitischen Verwaltungsstrukturen verbessern, die seit der Dezentralisierungsreform 1982 unter vielen Überschneidungen mit kommunalen, departementalen und regionalen Behörden sowie Außendienststellen der Ministerien aufwies.³⁵⁰ « Le 'Plan national pour l'environnement' (PNE) comporte un bilan des années 1970-1990 qui résume ainsi: 'Peu de situation catastrophique mais un bilan globalement médiocre' »³⁵¹. Der Plan basierte auf der Feststellung, dass dem Umweltministerium nicht genügend Mittel bereitstanden, um tatsächlich Fortschritte im Bereich der Umwelt zu machen und zeigte die Schwächen der Politik auf:

[...]une conception restrictive et technique du domaine de l'environnement, une politique de rattrapage sans continuité ni moyens, une faible insertion des préoccupations d'environnement dans la société française, une organisation administrative inadaptée, le ministère de l'Environnement n'ayant pas 'réellement trouvé sa place dans l'organisation de l'État', un attention

³⁴⁰ Vgl. Caro (2006), S. 180.

³⁴¹ Nullmeier/Rubart/Schutz (1983), S. 48.

³⁴² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 27 und Blume (1989), S. 25.

³⁴³ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 27f.

³⁴⁴ Vgl. Claval (1996), S. 329 und Schreiber (1991), S. 67.

³⁴⁵ Mathieu (1992), S. 8.

³⁴⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 26.

³⁴⁷ Vgl. Blume (1999), S. 22.

³⁴⁸ Antoine Waechter erhielt als grüner Kandidat 3,8% der Stimmen.

³⁴⁹ Vgl. Krause (1990), S. 320. z.B. wurde die Einfuhr von Elfenbein verboten.

³⁵⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 99.

³⁵¹ Mathieu (1992), S. 6.

insuffisante portée aux aspects sociaux des politiques de l'environnement, enfin, une politique prenant insuffisamment en compte les nécessités internationales.³⁵²

Kurz, der Rückstand der französischen Umweltpolitik wurde auf 15 Jahre im Vergleich zu den wichtigsten EG-Partnern bemessen.³⁵³ Jedoch wurde der Plan vor seiner Absegnung in der Nationalversammlung stark verändert, er litt auch unter dem, im Herbst 1990 wegen des Engagements Frankreichs im Golfkrieg verhängten, Ausgabenstopp. Zwar nahm die Nationalversammlung den Plan fast einstimmig an, doch war klar, dass es keine kostenintensiven Änderungen geben würde. Einer der Beschlüsse des *Plan vert* sah vor, die ADEME³⁵⁴ zu gründen, was weder mit dem Staatssekretariat für Umwelt noch mit den betroffenen Agenturen oder Umweltverbänden besprochen wurde. Die „Super-Agentur“ ging allein auf den Wunsch des Premierministers Rocard zurück und stellt einen Kompromiss zwischen ihm und Lalonde dar.³⁵⁵ Denn nicht nur Umweltverbände, sondern auch Lalonde und sein Umweltministerium teilten die Befürchtung, dass ihnen die ADEME zur Konkurrenz Konkurrenz werden könnte. Bis Mitte der 1990er Jahre nahm die Umwelt in der politischen Debatte Frankreichs nie die Stellung wie in den angelsächsischen Ländern oder in Deutschland ein. « Cela ne veut pas dire qu'il [l'environnement] est ignoré, mais les actions nécessaires sont menées dans des conditions qui diffèrent de celles observées dans d'autres démocraties. »³⁵⁶

1997 wurden in Frankreich fünf bestehende Umweltsteuern und -gebühren³⁵⁷ unter dem Namen *Taxe Générale sur les Activités Polluantes (TGAP)* zusammengefasst. Die für Anfang 2001 vorgesehene Einführung einer Energiesteuer im Rahmen der TGAP wurde nicht umgesetzt, da der *Conseil Constitutionnel* sie als verfassungswidrig ansah. Der Beschluss, die Pläne zunächst auszusetzen ist vor dem Hintergrund der Wahlen 2002 zu sehen.³⁵⁸ In Wahlkampfreden betonte Jacques Chirac die Verantwortung für die Umwelt, eine nationale Strategie mit dem Schwerpunkt der nachhaltigen Entwicklung³⁵⁹ wurde diskutiert. Nach jahrelanger Diskussion³⁶⁰ wurde 2005 eine „Umwelt-Charta“ in die Präambel der Verfassung aufgenommen. Damit ist Frankreich das erste Land, in dem der Umweltschutz verfassungsrechtlich verankert ist. Auch, wenn dieser nun auf gleicher Höhe mit den Menschen-, Bürger- und Sozialrechten geschrieben steht, sprechen *Les Verts* bezüglich der Umwelt-Charta von „Betrug und Heuchelei“³⁶¹. Zur Stärkung der nachhaltigen

³⁵² Mathieu (1992), S. 6.

³⁵³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 102 und Jeannotat (1990), S. 491. So waren z.B. zwei Drittel der französischen Haushalte nicht an einer Kläranlage angeschlossen.

³⁵⁴ Die *Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Energie* entstand aus der Zusammenlegung von dem Amt für Luftqualität (AQA), für Wiederverwertung und Beseitigung von Abfällen (ANDRED) und für Energieverwendung (AFME). Dazu kamen als Aufgabengebiete die Vorsorge gegen Luftverschmutzung, Kontrolle der Abfallströme und Lärmbekämpfung hinzu. Die ADEME sollte sich außerdem für die zügige Umsetzung von umwelttechnischen Neuerungen in der Wirtschaft einsetzen. (s.a. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 107, 110)

³⁵⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 108.

³⁵⁶ Claval (1996), S. 331.

³⁵⁷ Es waren Steuern auf Abwasser, Luftverschmutzung, Mineralöl, Lärm und Hausmüll, im Jahr 2000 folgten Steuern auf Waschmittel, Kies, Pestizide und Industrieanlagen.

³⁵⁸ Vgl. Ecologic, S. 36. Ein Grund war die Benachteiligung sehr energieintensiver gegenüber weniger energieintensiver Industrien. Zudem bestanden verfassungsrechtliche Bedenken wegen der vorgesehenen Verwendung der Einnahmen für die Finanzierung der 35-Stunden-Woche.

³⁵⁹ Vgl. http://www.diplomatie.gouv.fr/de/frankreich_3/frankreich-entdecken_244/portrat-frankreichs_247/das-land_248/die-umweltschutz_35.html, Zugriff 08.02.2007, Hangen (2005), S. 361.

³⁶⁰ Siehe dazu Stein (1995), S.215 und Woehrling (1992), S. 892.

³⁶¹ Caro (2006), S. 196.

Entwicklung wurden in den letzten Jahren Kommissionen und Ausschüsse, wie 2003 der Interministerielle Ausschuss zur nachhaltigen Entwicklung (CIDD), gegründet.³⁶²

Neben der Deckung von 80 Prozent des Energiebedarfs durch Atomkraftwerke, die auf einen massiven Export angewiesen sind, um rationell ausgelastet zu sein, wird auch die Rolle der alternativen Energien in Frankreich betrachtet. Gegenüber der Windenergie bleiben um die Jahrtausendwende vor allem finanzielle Bedenken:

Die französische Regierung zögert, die EDF zu zwingen, die Windenergie zu deren hohen Gestehungskosten zu übernehmen. Die zaghafte Öffnung des französischen Energiemarktes zwingt jetzt schon die EDF zu einem härteren Preiskampf.³⁶³

Im Laufe des 15.deutsch-französischen Umweltrates, 2005, zeigte sich Nelly Olin, die französische Umweltministerin, an der deutschen Windenergiepolitik sehr interessiert. Die Wasserkraft kann in Frankreich kaum mehr ausgebaut werden und zur Nutzung von Sonnenenergie spricht sich die französische Energiewirtschaft am ehesten in Entwicklungsländern aus.³⁶⁴

Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen im Mai 2007 tritt das Thema Umwelt gehäuft in Interviews mit den Kandidaten auf. Der überdurchschnittlich warme Herbst und Winter 2006 lassen die Folgen des Klimawandels spürbar werden und auch die internationale Konferenz zum Klimawandel in Nairobi führen dazu, dass Politiker sich diesem Thema widmen müssen. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Seit der weltweit beachteten Initiative des Amerikaners Al Gore ist die Ökologie auch in Frankreich wieder zu einem der großen Themen geworden und könnte erstmals wahlentscheidend werden.“³⁶⁵ Nicolas Hulot (3.2.3) hat im November 2006 mit der Bekanntgabe seines Ökologie-Paktes für neuen Gesprächsstoff gesorgt und die führenden Parteien gezwungen, sich umweltpolitisch zu äußern. Zur gleichen Zeit vereinte Premierminister Dominique de Villepin neun Minister, um über neue Möglichkeiten der Grünen Besteuerung anzuregen. Außerdem verwies er darauf, zusammen mit anderen EU-Mitgliedstaaten über die Einführung einer Kohlenstoffdioxid-Steuer auf Importe aus Ländern, die sich nicht im Sinne des Nach-Kyoto-2012 engagieren.³⁶⁶

3.2.1 Das *Ministère de l'écologie et du développement durable* - ein ernst zu nehmendes Ministerium?

Robert Poujade, Abgeordneter in der Nationalversammlung und Bürgermeister von Dijon, war der erste französische Politiker, der sich mit den Problemen des Lebensraumes beschäftigte. Wenn auch bei den *Amis de la Terre* wegen seiner „umweltfeindlichen Politik“³⁶⁷ unbeliebt, gab er in der Regierung von Chaban-Delmas den Anstoß, ein *Ministère de l'Environnement délégué auprès du*

³⁶² Vgl. http://www.diplomatie.gouv.fr/de/frankreich_3/frankreich-entdecken_244/portrat-frankreichs_247/das-land_248/die-umweltschutz_35.html, Zugriff 08.02.2007.

³⁶³ Frisch (2001), S.224f.

³⁶⁴ Vgl. Frisch (2001), S. 224f.

³⁶⁵ SZ, 09.11.2006, S. 4.

³⁶⁶ Le Figaro-online, 14.11.2006.

³⁶⁷ Hangen (2005), S. 118.

Premier ministre einzurichten.³⁶⁸ In administrativer Hinsicht ging es vorwiegend um die Frage, ob ein eigenständiges Umweltministerium notwendig ist, „oder ob man mit einer interministeriellen Koordination auskomme“³⁶⁹, wie sie der Minister für Planung und Raumordnung, André Bettencourt, bevorzugte. Seiner Ansicht nach erforderte die Breite der Aufgaben die Koordination mit den Ministerien für Landwirtschaft, Industrie, Raumordnung, öffentliche Gesundheit und Inneres. Bettencourt schlug deshalb vor, dass in einem *Comité interministériel d'action pour la nature et l'environnement* (CIANE)³⁷⁰ die Koordinierung erfolgen sollte. Ein weiteres Gremium, das *haute comité pour des questions environnementales* sah er für die „Bereitstellung wissenschaftlich fundierter Entscheidungshilfen“³⁷¹ vor. Paradoxerweise wurde jedoch noch vor der Gründung des CIANE das *Ministre délégué auprès du Premier Ministre chargé de la protection de la nature et de l'environnement* eingerichtet. Dies erfolgte „durch Erlaß vom 7. Januar 1971, also sechs Monate nach der gegenteiligen Festlegung des Präsidenten“³⁷². Frankreich war damit das erste EG-Land, das auf nationaler Ebene ein eigenständiges Umweltministerium einrichtete.

Auch nach der Entscheidung über die Gründung des Umweltministeriums blieben Fragen offen. Unklar war vor allem, welche Kompetenzen es im interministeriellen Gefüge erhalten sollte. Außerdem war die Führung und Zuordnung des Ministeriums nicht eindeutig festgelegt. Folglich kam es in den Jahren 1971-1978 zu einem Wechsel von sechs Ministern und drei Staatssekretären.³⁷³

Die administrative Ausgestaltung erfolgte durch die Zusammenfassung vorhandener Abteilungen des Industrie- und Wirtschafts-, und des Landwirtschaftsministeriums. Seit der Verordnung Nr. 71-94 vom 2. Februar 1971 gilt folgende Kompetenzzuteilung: Kontrolle der Umwelt belastenden Industrieanlagen, Aufsichtsfunktion über Jagd, Fischerei, Nationalparks, regionale Naturparks, Hochseefischerei und Denkmalschutz. 1972 erfolgte die Erweiterung auf Flussfischerei, Grundwasser, Wasserentnahmen und das Einleiten und Einbringen von Stoffen in Gewässer. „Infolge der Seveso-Richtlinie, wurde dem Umeltministerium³⁷⁴ auch der Schutz vor industriellen Risiken übertragen.“³⁷⁵ Per Dekret wurde dem Umweltministerium im April 1989 zumindest in bedingtem Maße die Überwachung der Kernkraftwerke zugestanden.³⁷⁶

Es gibt eine Vielzahl von Einrichtungen, die sich mit Umweltbelangen beschäftigen. Als beratendes Gremium steht dem MEDD der *Haut Comité de l'Environnement*³⁷⁷ bei. Als einziges

³⁶⁸ Vgl. Prendiville (1996), S. 19.

³⁶⁹ Woehrling (1996), S. 40.

³⁷⁰ Vgl. Claval (1996), S.323. Entscheidungsgremium unter dem Vorsitz des Premierministers, das dann bis 1978 das Umweltministerium unterstützte.

³⁷¹ Bungarten (1978), S. 40.

³⁷² Bungarten (1978), S. 40.

³⁷³ Schreiber (1991), S. 19. Irreführend ist diesbezüglich die Auflistung der Minister im online-Archiv des MEDD, das einige Minister gar nicht erst erwähnt. Siehe Anhang I.

³⁷⁴ Im Folgenden wird für das französische Umweltministerium seine aktuelle Bezeichnung *Ministère de l'écologie et développement durable*, kurz MEDD, verwendet. Zu den verschiedenen Bezeichnungen siehe Anhang I.

³⁷⁵ Schreiber (1991), S. 21. Vgl. http://www.seveso.be/code/de/legi_01.asp, Zugriff 10.01.2007. Richtlinie zur Verhütung schwerer Industrieunfälle, Name in Anlehnung an Chemieunfall von Seveso/Italien, 1976.

³⁷⁶ Vgl. Woehrling (1992), S. 888 zitiert aus: décret n° 89-234, n°89-235.

³⁷⁷ Dieser Hohe Umweltrat wurde 1970 gegründet, besteht aus ca. 60 Mitgliedern, die umweltpolitische Richtlinien erstellen.

Ministerium hatte das MEDD bis Anfang der 90er Jahre keine eigene territoriale Verwaltung.³⁷⁸ Während also den meisten Ministerien regionale Agenturen (z.B. DRAE, SRA, Les services hydrauliques, Les délégations du bassin) als ausführende Einrichtungen unterstanden, musste sich das MEDD auf Beamte der unterschiedlichen Agenturen verlassen.³⁷⁹ Dabei unterstand das DRAE zumindest teilweise dem Umweltministerium, die Kompetenzen der *Délégués Régionaux à l'Architecture et à l'Environnement (DRAE)* beschränkten sich jedoch auf Regionalparks.³⁸⁰ Die im *Plan vert* vorgesehenen ehrgeizigen Änderungen dieses Systems wurden von den Abgeordneten vor dessen Absegnung stark abgeschwächt. Immerhin wurden die DRAE im Rahmen dieser Reform aufgelöst und zu 25 regionalen Außendienststellen, den DIREN, umgebildet. Deren Kompetenzen wurden auf Gewässer-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Umwelterziehung erweitert.³⁸¹ Die einflussreichen Agenturen des Industrieministeriums DRIRE - wobei das E den seit dem *Plan vert* neuen Schwerpunkt Environnement symbolisieren soll - blieben unangetastet.³⁸² Die Durchsetzungskraft der DRAE ist wegen der parallel bestehenden DDE und DDAF anzuzweifeln. Letztere verfügen nicht nur über weit reichende Aufgaben in den Bereichen Infrastruktur und Gewässerschutz. Außerdem liegt es beim Präfekten, allen Agenturen gleiches Gehör oder wie meist der Fall, den DRAE wenig Aufmerksamkeit zu schenken.³⁸³ Die Verwaltungswege zwischen dem Umweltministerium und den Agenturen sind undurchschaubar.³⁸⁴ Wenngleich Schreiber 1991 davon spricht, dass „die politische Bedeutung und Einflussnahme [...] noch in der Entwicklung“³⁸⁵ ist, so kann mit Gewissheit angefügt werden, dass das Umweltministerium bis heute nicht gegen die starke Stellung der traditionellen Ministerien, wie dem Landwirtschaftsministerium, ankommt. Müller-Brandeck-Bocquet spricht diesbezüglich von einem „Geburtsfehler“³⁸⁶, denn obwohl der Umweltminister Entscheidungs-, Planungs-, Koordinations- und Informationskompetenzen erhielt, blieben bedeutende Bereiche wie Raumordnung und Städtebau, Fortwirtschaft, Meeresstrände, Verschmutzung der Ozeane bei anderen Ministern.³⁸⁷ Nicht ohne Folgen blieb die Übernahme des Personals aus den traditionellen Ministerien, denn dieses brachte „zwangsläufig ihr professionelles Selbstverständnis mit, das sich im Rahmen der dortigen Aufgabenstellungen primär an wachstums-, industrie- und infrastrukturpolitischen Zielsetzungen geformt hatte.“³⁸⁸ Die Tatsache, dass die Kompetenzverteilungen sehr unklar und durch eine Vielzahl von Verordnungen und

³⁷⁸ Vgl. Schreiber (1991), S. 24ff., Woehrling (1992), S. 889, Woehrling (1996), S. 25ff. Jeannotat (1990), S. 492. Auf der Ebene der Departements ist der Präfekt verantwortlich für die Umsetzung der Richtlinien, *Les Bureaux départementaux de l'environnement*, koordinieren die unterschiedlichen Außendienststellen, Abgeordnete und Verbände. Die vom MEDD finanzierten Beauftragten, *les chargées de missions départementaux de l'environnement*, stellen die Verbindung zum Präfekten her.

³⁷⁹ Jeannotat (1990), S. 492.

³⁸⁰ Vgl. Schreiber (1991), S. 24ff.

³⁸¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 113.

³⁸² Jeannotat (1990), S. 492.

³⁸³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 69, 114.

³⁸⁴ Vgl. Schreiber (1992), S. 24ff.

³⁸⁵ Schreiber (1991), S.19.

³⁸⁶ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 48ff.

³⁸⁷ Vgl. Bungarten (1978), S. 41.

³⁸⁸ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 50.

Regelungen auf verschiedenste Verwaltungsebenen verteilt³⁸⁹ sind, erschwert die Arbeit des Umweltministeriums. Die umweltpolitischen Entscheidungen der französischen Regierung finden vor allem durch einfache *décrets* des Premierministers statt, die wiederum vom Präfekten ausgestaltet werden (3.2.2). Zentrales Handlungsinstrument des Umweltministers sind *arrêtés* (ministerielle Rechtsverordnungen mit Normcharakter), weitere Instrumente von Ministern und dem Premierminister sind *circulaires* (Rundschreiben/Runderlass ohne Normcharakter)³⁹⁰, *directives* (Anweisungen) und *instructions* (Unterrichtungen). Sie alle sind verwaltungsinterne Anweisungen und gelten erst als verbindliche Vorschrift, wenn sie in präfektorale Erlasse eingearbeitet worden sind.³⁹¹

Poujade erkannte, dass es sich um ein « *ministère de l'impossible* »³⁹² handelte, dessen Minister vor allem im Rahmen zahlreicher Räte und Kommissionen, deren Vorsitzender oder zumindest Teilnehmer er war, Einfluss ausüben kann.³⁹³

Eine französische Besonderheit sind die *contrats de branches* (Branchenverträge), „die zwischen dem Umweltminister und Vertretern des jeweiligen Industriezweiges geschlossen werden.“³⁹⁴ Als Gegenleistung zu den strengen Auflagen des Ministeriums erhalten die Unternehmen staatliche Subventionen oder günstige Kredite. Ohne Finanzierungsvereinbarungen gehen Industriezweige so genannte *programmes de branches* ein.³⁹⁵

Das Ministerium wechselte im Laufe der Jahre nicht nur häufig seine Schwerpunkte, sondern auch seinen Namen (siehe Anhang S. I, II). Dies lässt auf seinen unsicheren Status unter den unterschiedlichen Regierungen schließen. Prendiville interpretiert die Namensgebung von 1975 (*Ministère de la Qualité de la Vie*) und von 1988 (*Secrétariat d'État auprès du Premier ministre chargé de l'Environnement et des Risques technologiques et naturels majeurs*) wie folgt: « la référence à la qualité de la vie replace les politiques du milieu dans le cadre d'une promotion du bonheur individuel, l'accent mis sur les risques majeurs souligne que les autorités se préparent à faire face aux situations d'exceptions. »³⁹⁶ Dies war nach dem Tschernobyl-Reaktorunfall vonnöten und ist auch in Deutschland der Grund für die Erwähnung von Reaktorsicherheit im Namen des Ministeriums. Den Status eines *secrétariat auprès du Premier ministre* im Vergleich zum *ministère* vergleicht Claval mit den Worten: « C'est un strapontin plus qu'un fauteuil. »³⁹⁷

Als die grüne Bewegung ab Mitte der 1980er an Bedeutung gewann musste sich auch Mitterrand mit dem Schutz der Umwelt beschäftigen. Nicht ohne Grund wurde 1988 der engagierte Brice Lalonde zum Staatssekretär für Umweltfragen (1988-1992) ernannt.³⁹⁸ Michel Barnier (1993-

³⁸⁹ Vgl. Bungarten (1978), S. 41.

³⁹⁰ Vgl. auch Rengeling (1985), S. 122f. zu *arrêtés ministériels* und *circulaire*.

³⁹¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 39.

³⁹² Poujade, Robert : *Le ministère de l'impossible*, Paris, Calmann-Levy, 1975.

³⁹³ Vgl. Bungarten (1978), S.41.

³⁹⁴ Rengeling (1985), S. 123 und Müller-Brandeck-Boquet (1996), S. 93ff.

³⁹⁵ Vgl. Rengeling (1985), S. 124 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 92ff.

³⁹⁶ Claval (1996), S. 322.

³⁹⁷ Claval (1996), S.330, Vgl. Fournier (1987), S. 106. Ein *secrétaire auprès du Premier ministre* hat u.a. Anspruch auf weniger Personal als ein Minister.

³⁹⁸ Vgl. Caro (2006), S. 92.

1995) setzte während seiner Amtszeit die Gesetze seiner Vorgängerin Ségolène Royale (1992-1993) um und gab der Umweltpolitik durch die Thematisierung der Umwelt im Ausbildungssystem seine eigene Handschrift. Doch wie schon unter Lalonde, wurde auch unter Barnier keine dem Umweltministerium zugeordnete *Ecole Nationale du génie de l'environnement* zur Rekrutierung von Nachwuchsmittlern gegründet.³⁹⁹ Auch das MEDD wollte seine Stellung festigen, wie es die traditionellen Ministerien mit Hilfe ihrer Kaderschulen tun, „in denen der Geist und die Tradition des Ministeriums weitergegeben“⁴⁰⁰ werden. Um sich also in der französischen Verwaltung durchsetzen zu können, fehlt es dem Umweltministerium noch heute an einem Beamtenkorps, „das Prestige und Ansehen hat und das die Umweltbelange vertritt“⁴⁰¹.

Auf Corinne Lepage (1996-1997) folgte 1997-2001 die *Les Verts*-Politikerin Dominique Voynet (siehe Anhang S. I,II). Trotz der teilweisen Erfolge, z.B. mit der Abschaltung des Reaktors Superphönix in Malville, änderten weder Voynet (3.2.3) noch ihr Grünen-Nachfolger Yves Cochet etwas an der Stellung des Umweltministeriums: „in der Endphase der Legislaturperiode unter linker Regie [war das Ministerium] machtlos, isoliert und ohne Einfluss auf die Politik der anderen Minister.“⁴⁰² Erkennbar ist die schwache Stellung auch am Anteil des Staatshaushaltes für das Umweltministerium, der zwischen 1980 und 1990 kontinuierlich sank und schnell unter 0,1% fiel.⁴⁰³ Über das Budget des Umweltministeriums im Jahr 2004 gab es viele kritische Stimmen:

D'un montant de 825,3 millions d'euros, le budget du MEDD est en baisse de 3,63% par rapport à 2004. C'est d'ailleurs l'un des plus petits budgets de l'Etat à peine plus important que celui du ministère de la Jeunesse et des Sports. [...] Perrin-Gaillard (PS) a estimé que le budget du ministère diminuait au même rythme que se dégrade l'environnement.⁴⁰⁴

Mit 0,2 Prozent und mit der kleinsten Mitarbeiterzahl war für das MEDD für 2006 das kleinste Staatsbudget veranschlagt.⁴⁰⁵ Von 2005 bis 2007 war Nelly Olin Umweltministerin, auch ihr wurde wenig Durchsetzungskraft im eigenen Land nachgesagt. Erstaunlicherweise wurde das Budget für 2007 nach oben geschraubt und erhält mit 0,4% des Staatshaushaltes sein bisher höchstes Budget und bleibt « le parent pauvre de l'administration »⁴⁰⁶. Olin ist auch für die nächsten Jahre optimistisch.⁴⁰⁷ Unter der Regierung Francois Fillon wird Alain Juppé (UMP) Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Energie und Verkehr.

3.2.2 Umweltpolitische Normsetzung und Vollzugsprobleme

Durch die Aufnahme der Umwelt in die Präambel der Verfassung wurde die Umweltpolitik in Frankreich aufgewertet. Dennoch bleiben die tatsächlichen Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Verankerung umstritten.

³⁹⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 120, zitiert aus: Le Monde 11.05.1993, o.S.

⁴⁰⁰ Woehrling (1996), S. 24.

⁴⁰¹ Woehrling (1996), S. 25.

⁴⁰² Hangen (2005), S. 363.

⁴⁰³ Vgl. Caro (2006), S. 192 und Hangen (2005), S. 310.

⁴⁰⁴ Actu-environnement, 08.11.2004.

⁴⁰⁵ Caro (2006), S. 192 zitiert aus: « Evolution des budgets de l'environnement » Ministère des finances.

⁴⁰⁶ La Tribune, 13.11.2006, S. 8.

⁴⁰⁷ Actu-environnement, 02.10.2006. « Mais selon elle [Olin], l'idéal serait que le MEDD représente 1% ce qu'elle espère d'ici quelques années. Néanmoins, la ministre a assuré que le budget prévu pour 2007 est satisfaisant et ne représente pas un frein pour mener à bien les politiques du ministère. »

Zudem unterliegt die Umweltpolitik nicht der ausschließlichen Gesetzgebung des Parlaments.⁴⁰⁸ Nach Wortlaut der Verfassung fallen Umweltbelange „unter die Verordnungsgewalt (*pouvoir réglementaire*) der Exekutive (Art. 37).“⁴⁰⁹ Während unter der III. und der IV. Republik das Gesetz als eine unter mehreren möglichen Kategorien der Normsetzung galt, erhält das Gesetz durch die Verfassung der V. Republik eine neue Rolle. Dadurch dass die autonome Verordnungsgewalt in Händen des Premiers liegt, (Art. 37.1), wird das Parlament zu einem Staatsorgan unter mehreren.⁴¹⁰ Umweltpolitik, so Müller-Brandeck-Bocquet, sei generell ein stark entparlamentarisiertes Politikfeld. Dies

ist insofern generell negativ zu bewerten, als den Volksvertretern die Möglichkeit verweigert wird, dem nach Verhaltensanleitungen suchenden, wachsenden Umweltbewußtsein der Bevölkerung auch politisch Rechnung tragen zu können.⁴¹¹

Das in Frankreich geltende Prinzip der Unabhängigkeit jeder Gesetz- und Verordnungsgebung⁴¹², führt dazu, dass die jeweiligen Regelungen autonom nebeneinander stehen. Die einzelnen Materien unterliegen folglich unterschiedlichen Verfahren, für die jeweils Spezialbehörden zuständig sind. „Allerdings hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren versucht, die einzelnen Umweltgesetze zu koordinieren und Widersprüche zu beseitigen.“⁴¹³ Die französische Umweltgesetzgebung besteht aus besonderen Einzelgesetzen (siehe Anhang S. III), was auch für das deutsche Umweltrecht gilt: „Es erscheint als eine gewaltige Anhäufung von speziellen Regelungen mit oft sehr technischem Charakter. Diese Regelungen sind sehr zersplittert und ihre Rechtsquellen verstreut.“⁴¹⁴ Über dieses « *droit en miettes* », wie Woehrling es bezeichnet, stellte Michel Barnier in einem Parlamentsbericht von 1990 fest: „140 Gesetze, 817 Verordnungen und immer noch kein Umweltrecht.“⁴¹⁵

Doch ergeben sich Defizite im Vollzug der Umweltpolitik auch dadurch, dass Frankreich über eine Vielzahl von umweltpolitischen Einrichtungen verfügt. Was auf den ersten Blick für eine große Bedeutung der Umweltpolitik zu sprechen scheint, stellt sich als Gegenteil heraus. Neben den *départementalen*, regionalen Behörden und den Außendienststellen der Ministerien,⁴¹⁶ wird beim Erlassen eines Gesetzes häufig auch eine für die Umsetzung zuständige Behörde eingerichtet.⁴¹⁷ Claval bezeichnet diese Einrichtungen in Zusammenhang mit den erlassenen Gesetzen als „un tout cohérent“ und sieht sie alle inspiriert von einer „*idée maîtresse, selon laquelle l'État doit*

⁴⁰⁸ Artikel 34 der Verfassung benennt nur solche Materien, die nicht anders als durch Gesetz geregelt werden können.

⁴⁰⁹ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 34. „Gemäß Art. 38 der Verfassung kann die Regierung auch im Bereich des Art. 34 vom Parlament die zeitlich begrenzte Ermächtigung zum Erlaß von Verordnungen [dann *Ordonnances* genannt] erbitten.“

⁴¹⁰ Vgl. Quermonne (1980), S. 55 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 34.

⁴¹¹ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 28f. und Vgl. Mathieu (1992), S. 25.

⁴¹² Vgl. Bergmann (1996), S. 96 und Woehrling (1992) S. 844f.

⁴¹³ Bergmann (1996), S. 96 zitiert aus: Romi, *Chronique de droit public de l'environnement*, *Revue du droit public et de la science* 1993, S. 1079, 1098.

⁴¹⁴ Woehrling (1996), S. 16 zitiert aus: *Rapport d'information n° 1227*, *Journal Officiel*, S. 73, Vgl. Bergmann (1996), S. 96.

⁴¹⁵ Woehrling (1996), S. 16 zitiert aus: *Rapport d'information n° 1227*, *Journal Officiel*, S. 73.

⁴¹⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 99, S. 111.

⁴¹⁷ Vgl. Claval (1990), S. 323ff. 1975 : *Agence nationale pour la récupération et l'élimination des déchets*, ANRED (laut Abfallgesetz), *Haut-Comité de l'environnement*; 1976 : *Commission nationale d'initiation à l'environnement* (CNIE) zur Überwachung der *Centres permanents d'initiation à l'environnement* ; 1977 : *Conseil national de la protection de la nature* (laut Naturschutzgesetz vom Juli/Juni 1976) ; 1979 : *Agence pour la qualité de l'air, Conservatoire du littoral*.

permettre aux citoyens de jouir de la plus grande qualité de vie possible.“⁴¹⁸ Dagegen bemerkt Bungarten kritisch, dass die Organisation des Umweltschutzes unter der Komplexität und Unüberschaubarkeit „neben- und übereinander forschender, mitentscheidender oder beratender Einrichtungen“⁴¹⁹ leidet. Auch Hangen stellt fest, dass der finanzielle Ausbau einzelner Staatsinstitutionen, wie der *DATAR*, im Umweltschutz Priorität genießt.⁴²⁰ Woehrling weist darauf hin, dass die französische Gesellschaft mehr von zusätzlichen Behörden und Strukturen erwartet als von neuen Rechtsnormen.⁴²¹

Aufgrund wässriger Regelungen und allgemein formulierter Qualitätszielen leidet die Umweltpolitik unter einem enormen Vollzugsdefizit. Die Rahmengesetze enthalten häufig nur allgemeine Prinzipien, Leitlinien oder Absichten der Maßnahmen, während die tatsächlichen Bestimmungen in Verordnungen festgelegt sind. Diese wiederum beinhalten überwiegend Verfahrensvorschriften. Die Präzisierung bleibt der Exekutiven überlassen, so dass die eigentlichen Normen über Grenzwerte zu Emissionen, Lärm usw. erst in den Verwaltungsvorschriften festgelegt sind, was in der hohen Technizität der Umweltreglementierungen begründet ist.⁴²² Durch diesen Umsetzungsprozess ergeben sich zeitliche Verzögerungen, die sich natürlich auch bei der Umsetzung europäischer Richtlinien ergeben. Dies, so Müller-Brandeck-Bocquet, trifft besonders auf Frankreich zu.⁴²³

Die umweltpolitischen Entscheidungen der französischen Regierung finden vor allem durch einfache *décrets*⁴²⁴ des Premierministers statt. Die Gegenzeichnung des betroffenen Ministers ist nur dann nötig, wenn es in dem *décret* um konkrete, auszuführende Maßnahmen eines Ministeriums geht. Der Umweltminister hat folglich nur einen Teil der Verordnungsgewalt inne.⁴²⁵ Dagegen nimmt der Präfekt eine bedeutende Rolle ein. Die Dekrete erhalten von ihm die notwendigen Details und werden damit in verbindliche Vorschriften umgewandelt.⁴²⁶ Folglich ist der von der Zentralregierung bestimmte Präfekt der Départements in der Umweltpolitik richtungweisend.⁴²⁷ Er ist „Dreh- und Angelpunkt des umweltpolitischen Vollzugs vor Ort“⁴²⁸, denn neben Genehmigungs-, Kontrollbefugnissen besitzt er Sanktionsbefugnisse. Beim Präfekten laufen die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Interessen zusammen, „in der Regel vertritt er die einflussreichsten Minister oft besser [...]. In Anbetracht des verhältnismäßig schwachen Einflusses des Umweltministers zeigen gewisse Präfekturen nur einen bedingten

⁴¹⁸ Claval (1996), S. 325.

⁴¹⁹ Bungarten (1978), S. 43.

⁴²⁰ Hangen (2005), S. 361.

⁴²¹ Vgl. Woehrling (1996), S. 15.

⁴²² Vgl. Woehrling (1996), S. 17 und Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 28.

⁴²³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 47.

⁴²⁴ Diese Rechtsverordnungen der Regierung lassen sich danach unterscheiden, ob sie der Präsident oder der Premierminister erlassen haben und zweitens nach welchem Verfahren sie zustande gekommen sind. Mehr dazu siehe Fournier (1987), S. 41. Auch die Umsetzung des deutsch-französischen Umweltrates erfolgte per *décret* des Premierministers (Journal officiel de la République française N° 203, 02.09.1992, S. 11981.)

⁴²⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 36f.

⁴²⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 39 und Rengeling (1985), S. 122.

⁴²⁷ Schreiber (1991), S. 12.

⁴²⁸ Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 75. Zum Einfluss des Präfekten hinsichtlich der industriellen Großanlagen siehe Bergmann (1996), z.B. S. 98.

Eifer, dessen Anweisungen auszuführen.“⁴²⁹ Da der Präfekt über keine ausreichende Umweltverwaltung verfügt, ist er gezwungen, sich den technischen Verwaltungen der Ministerien für Landwirtschaft, Infrastruktur, Bauwesen, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Verkehr etc. zu bedienen.⁴³⁰ Hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis, ist ein Präfekt mit einem Landrat vergleichbar, denn auch dieser trägt die Gesamtverantwortung für seinen Landkreis.⁴³¹ Demnach übte die Dezentralisierungsreform von 1983 einen schlechten Einfluss auf die Umweltpolitik aus. Zwar kann die Nähe zu Problemen auf lange Sicht vorteilhaft für den Umweltschutz sein, doch birgt die Umsetzung der Dekrete und Gesetze von lokalen Beamten z.B. die Gefahr der großzügigen Interpretation.⁴³²

Die Ministerien der Wirtschaft und der Finanzen, der Industrie und der Infrastruktur haben durch die Ausarbeitung eines Dekrets die Möglichkeit ehrgeizige, umweltpolitische Vorhaben zu entschärfen. Zudem versuchen Ministerien, die ihnen nahe stehenden Verbänden zu unterstützen. Als ein weiteres Defizit prangert Bergmann das Umweltbewusstsein der Richter und der zuständigen Verwaltungsbeamten bei der Handhabung der vorhandenen Normen an. Ein besser ausgeprägtes Umweltbewusstsein und ein weniger von wirtschaftlichen Interessen geleitetes Handeln, würden zu einem verbesserten Umweltschutz beitragen.⁴³³

3.2.3 Weitere umweltpolitische Akteure

Als umweltpolitische Akteure stehen in Frankreich weniger ökologische Parteien als Einzelpersonen heraus. Trotz ihrer Regierungsbeteiligung Mitte der 90er Jahre ist die Stellung der Partei *Les Verts, Confédération Écologiste – Parti Écologiste* gering. Gründe dafür werden im Folgenden beleuchtet. Viel stärker als in Deutschland können in Frankreich Einzelpersonen Einfluss auf die Umweltpolitik ausüben. Zu den aktivsten, da medienerprobten, gehören José Bové und Nicolas Hulot, deren Engagement in Kurzportraits zusammen gefasst ist.

Schon im Jahr 1971 wurde der erste Staatssekretär für Umwelt ernannt. Dennoch haben die grünen Parteien nie den Durchbruch wie in Deutschland oder den nordeuropäischen Ländern geschafft.⁴³⁴ Nachdem die ersten ökologisch orientierten Politiker Anfang der 70er Jahre bei Lokalwahlen kandidierten, sorgte 1974 René Dumont bei den Präsidentschaftswahlen Aufmerksamkeit. Dumont gab durch seine Wahlempfehlung für Mitterrand der grünen Bewegung eine Linkslastigkeit.⁴³⁵ Die ökologisch-orientierten Wähler hatten jahrelang abgelehnt, eine politische Partei zu gründen. Als sie von Mitterrands Politik enttäuscht wurden, sahen sie jedoch keinen anderen Ausweg mehr: im Januar 1984 gründete sich um Antoine Waechter und

⁴²⁹ Woehrling (1996), S. 26.

⁴³⁰ Vgl. Schreiber (1991), S. 12.

⁴³¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, (1996), S. 186

⁴³² Vgl. Claval (1996), S. 328.

⁴³³ Vgl. Bergmann (1996), S. 257 und Woehrling (1996), S. 28.

⁴³⁴ Vgl. Claval (1996), S. 316. Anfang der 1990er brachte *Les Verts* der Einsatz im Bereich der Stadtökologie Pluspunkte bei den Wählern. Ségolène Royal, 1992/1993 Umweltministerin, nannte dies Sozialökologie.

⁴³⁵ Vgl. Müller-Rommel (1993), S. 45.

Dominique Voynet die einheitliche Partei, *Les Verts* die auf nationaler Ebene immer eine zweitrangige Partei geblieben ist.⁴³⁶ Andere Ökologische Parteien wie die *Génération Ecologie (GE)*, im Herbst 1990 von Brice Lalonde und Noël Mamère gegründet, konnten nicht Fuß fassen.⁴³⁷ Bei den Präsidentschaftswahlen 1988 erhielt der Kandidat von *Les Verts*, Antoine Waechter, 3,8 % der Stimmen und auch bei den Europa- und Kommunalwahlen 1989 schnitten sie gut ab. Waechter betonte stets die ideologische Zentrumsposition der Grünen.⁴³⁸

Schwierigkeiten haben *Les Verts* vor allem damit, dass andere Parteien die wahltaktisch günstigen Auswirkungen des Umweltschutzes erkannt haben. Die Konservativen begannen bereits in den siebziger Jahren, umweltpolitisch aktiv zu werden. Sie zeichnen sich noch heute durch kurzfristiges Einfügen von ökologischen Themen in ihre Wahlprogramme und Reden aus.⁴³⁹

Ein weiterer Grund für die Schwäche der ökologischen Parteien ist das französische Mehrheitswahlsystem.⁴⁴⁰ Caro wirft *Les Verts* eine ungeschickte Strategie vor: Seit de Gaulle gilt die Kernenergiepolitik als wichtigstes Gut der Republik, weshalb ein Kampf auf außerparlamentarischer Ebene nicht zugunsten der grünen Bewegung ausfallen konnte.⁴⁴¹ Zudem ist die Wahrnehmung der Kernenergie anders als in Deutschland, sie wird eher als Kapital bringendes Exportgut betrachtet.⁴⁴² Auch das bereits 1945 gegründete *Commissariat à l'Énergie Atomique (CEA)*⁴⁴³ trägt zu diesem Bild bei.

Ende der Achtziger überzeugten *Les Verts* v.a. auf kommunaler und europäischer Ebene (2.2 und 3.2).

Durch innerparteiliche Reformen und eine Abänderung des Parteiprogramms wendete sich das Blatt für *Les Verts* in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 erhielt die einzige grüne Kandidatin, Dominique Voynet 3,3 % der Stimmen. Ein aktives Engagement in den Koalitionen mit der PS und der PCF führte 1997 dazu, dass Voynet (1997-2001) das Umweltministerium leitete. Zwar wurde Voynet durch ihre direkte Art und „ihr Durchsetzungsvermögen sowohl in der Oppositionsposition während der Waechter-Ära als auch als Parteichefin respektiert“⁴⁴⁴, die Ergebnisse ihrer Regierungsjahre überzeugten dagegen nicht: *Les Verts* mussten sich nach unzureichenden Leistungen in der Kernenergie-, Wasser- und Jagdpolitik sowie Unzulänglichkeiten im Bereich der See- und Ernährungssicherheit Mangel an

⁴³⁶ Vgl. Caro (2006), S. 179.

⁴³⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 102.

⁴³⁸ Hangen (2005), S. 347 und *Le monde*, 27.06.1989, S. 11.

⁴³⁹ Vgl. Caro (2006), S. 192.

⁴⁴⁰ Vgl. Müller-Rommel (1993), S. 62f., 115ff., 169ff. Sowohl der Zugang zur parlamentarischen Ebene, als auch die Stärke der grünen Parteien hängt vom Wahlsystem ab. Demnach ist das Mehrheitswahlsystem hinderlich, das deutsche Verhältniswahlrecht dagegen vorteilhaft. Obwohl in Frankreich und Deutschland zutreffend, kann die fehlende Wahlkampfkostenerstattung für andere europäische Länder nicht als Erklärung für die Stärke grüner Parteien herangezogen werden.

⁴⁴¹ Vgl. Caro (2006), S. 185.

⁴⁴² Vgl. Frisch (2001), S. 222f.

⁴⁴³ Vgl. Caro (2006), S. 186. Das CEA ist das für Information über Kernenergie offiziell verantwortliche Organ. Das CEA „verstand es immer die potenziellen Gefahren der Kraftwerke in Anbetracht ihrer sehr modernen Sicherheitssysteme herunterzuspielen. Dies schwächte folglich auch die Grünen, in den 1990er Jahren unterstützten nur 34% der Bevölkerung Atomgegner (90% in Deutschland) die Ökologen.“

⁴⁴⁴ Hangen (2005), S. 337. Antoine Waechter tritt wegen der Kooperation mit den Linken aus und gründet 1995 seine eigene Partei *Mouvement Écologiste Indépendant*.

Machterfahrung und Naivität vorwerfen lassen.⁴⁴⁵ An dieser Stelle lassen sich Parallelen zur Strategieunfähigkeit der deutschen Grünen als Regierungspartei ziehen. Hangen fasst die Regierungszeit im Rahmen der Koalition *la gauche au pluriel* von Voynet und ihrem Nachfolger Yves Cochet zusammen:

Im Strome mit-schwimmend [sic!] vollziehen *Les Verts* [...] eine eindeutige Anpassung an die systempolitischen Spielregeln [...], so dass sie zum Ende der Regierungszeit als beinahe Staatspartei den Sozialisten vergleichbar ausgewiesen werden können. Die Solidarität mit den Bewegungen der Antiatomkraftgegnern [...] den Antimondialisten unter der Regie von José Bové wird auf ein Minimum beschränkt.⁴⁴⁶

Nach dem Austritt aus *Les Verts* und der Gründung der Partei *Génération Écologique*, GE, entschied sich Noël Mamère 1998 dazu, sich den *Les Verts* wieder anzuschließen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 als Kandidat aufgestellt, erhielt Mamère 5,25 % der Stimmen. *Les Verts* sind durch innerparteiliche Gruppenbildung von Voynet- und Mamère-Anhängern geprägt, generell herrscht in der Partei ein starker Individualismus.

In der Gesellschaft werden die französischen Grünen laut einer Umfrage im Jahr 2000⁴⁴⁷ geschätzt. Die Bürger vertrauen vorwiegend ihnen die Behandlung von Umweltproblemen zu, was besonders in den Wahlen auf europäischer und lokaler Ebene deutlich ist.⁴⁴⁸ Auf diesen Ebenen sehen die Wähler am ehesten eine Einflussmöglichkeit der ökologischen Partei.

Mit wenigen Stimmen vor Cochet, fiel die Wahl als 2007-Präsidentschaftskandidatin auf Voynet. Wegen der angekündigten Kandidaturen von Nicolas Hulot, der sich allerdings im Januar 2007 zurückzog, und José Bovés wurden Stimmenverluste befürchtet. Mamère kritisierte, dass Voynet den *pacte Hulot* (s.u.) unterzeichnete, denn « aujourd'hui tout le monde se dit: les partis politiques ont signé le pacte écologiste, il n'y a plus besoin des Verts. »⁴⁴⁹ Die Wahlergebnisse zeigen, dass die Befürchtungen eingetreten sind, immerhin erhielt José Bové 1,32% der Wählerstimmen gegenüber 1,57% von Voynet. Was macht José Bové zu einer Konkurrenz von *Les Verts*?

Für manche ist er ein Protestveteran, un *antiaméricain*, *populiste*, *démagogue*, un *vieux soixante-huitard recyclé dans une écologie passéiste*, un *marxiste à la „sauce Ghandi“*⁴⁵⁰ - andere bezeichnen ihn als Asterix der Moderne⁴⁵¹: José Bové, der *néo-rurale* hat es geschafft, mit medienwirksamen Auftritten die französische Antiglobalisierungsbewegung voranzutreiben. Er tritt im Sinne der nachhaltigen Entwicklung für den Umweltschutz und einen umweltfreundlichen Landbau ein.⁴⁵² Bové⁴⁵³ ist von der 68er Bewegung geprägt: Er „selbst bezeichnet sich als

⁴⁴⁵ Vgl. Caro (2006), S. 194. und Hangen (2005), S. 337.

⁴⁴⁶ Hangen (2005), S. 336. Außerdem spricht Hangen S. 309f. die starken Lobbyisten und Verbände, die Absprachepflicht mit der Regierung Jospin und die vorrangige Verpflichtung der Abgeordneten dem Ministerrat statt ihrer Partei gegenüber, als Gründe für die Schwäche an.

⁴⁴⁷ <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/articles/632.asp>, Zugriff am 17.12.2006, Enquête Ipsos pour Le Figaro, « Les Verts: bilan contrasté après trois ans au pouvoir », 10.11.2000.

⁴⁴⁸ Caro (2006), S. 197. Erwähnenswert ist Daniel Cohn-Bendit, der 1999 als Spitzenkandidat für das Europaparlament auf 9,72 % kam.

⁴⁴⁹ Le Figaro-online, 19.03.2007.

⁴⁵⁰ Martin (2003), S. 317 zitiert u.a. Le Figaro, 01./02.07.2000, o.S.

⁴⁵¹ SZ, 03.07.2000, S. 8.

⁴⁵² Vgl. Martin (2003), S. 310.

‚anarcho-syndicaliste‘, als einen der als Gewerkschaftler das Establishment umkremeln will.“⁴⁵⁴ Zum anderen blieb er stets der symbolischen Politik treu, so ist Mc Donald’s für ihn das Symbol der Globalisierung. Wegen der Zerstörung einer Baustelle einer Mc Donald’s-Filiale in Millau⁴⁵⁵, wurde er im August 1999 für 19 Tage verhaftet und sorgte nicht nur in Frankreich für Aufsehen. Die Schlagkraft dieser Demonstration erklären Bortzmeyer/Racape mit der besonderen Bedeutung der Region Larzac⁴⁵⁶, die die Hochburg der Globalisierungsgegner darstellt.⁴⁵⁷ Bové kämpfte auch international, z.B. in Brasilien, Mexiko oder während des WTO-Gipfels im November 1999 in Seattle, als er sich den amerikanischen Bauern anschloss. Bové ist vielseitig aktiv und büßte sein Engagement mehrmals mit Gefängnisstrafen⁴⁵⁸, doch das berührt ihn wenig. Es zählt allein, dass die Demonstrationen Spaß machen und nationale Diskussionen entfachen. Im Mittelpunkt seines Engagements steht der Kampf gegen die OGM und damit die Rückkehr zum natürlichen Landbau. Seiner Ansicht nach hat jedes Land ein Recht auf seine eigene Ernährungsweise, wofür es sich auch mit Zöllen schützen kann.

Durch seine Aktionen will er die Sensibilisierung immer neuer Bürger erreichen, daher findet er mit seinen Anhängern stets neue Aktionsformen. José Bové unterstreicht: „Eine Aktion hat nur dann Sinn, wenn alle, die daran beteiligt sind, das Gefühl haben, Akteure und nicht ‚kleine Soldaten‘ zu sein.“⁴⁵⁹ Warum schafft Bové es mit seinen Aktionen immer wieder in die Schlagzeilen? Ein Grund ist die Unterstützung Bovés von den Anhängern der *Confédération paysanne*⁴⁶⁰, Vereinen wie Attac und DAL, aber auch *Les Verts*, der LCR, Robert Hue und sogar Saint Josse von der traditionellen Jäger-Partei CPNT.⁴⁶¹ Nicht zuletzt ist es Bovés Sinn für die Medien und dafür, wie Aktionen medienwirksam inszeniert werden. Duclos bezeichnet ihn als untypischen Landwirt, da er aufgrund seiner sozialen Herkunft und freiwilligen Tätigkeit als

⁴⁵³ Der 1953 in Talence (Gironde) geborene Bové verbrachte seine ersten Lebensjahre in San Francisco, bevor seine Eltern ihre Dienste am Versailler *Institut National de la Recherche agronomique* (INRA) antraten. Bové machte 1971 sein Abitur und suchte früh den Kontakt zur Pazifistischen Union. Nachdem er seine Weigerung zum Kriegsdienst nicht mit religiösen, sondern politischen Argumenten begründete, lebte er ein Jahr im Versteck, bevor ihm der Staatsrat Recht gab. 1976 ließ sich er sich auf einem Weiler Montredon im Larzac (Aveyron) nieder, wo er mit seiner Frau Alice Monier, heute geschieden, und den zwei Töchtern lebte. Für diesen Bauernhof kämpfte Bové bis 1981, denn das Grundstück Montredon war vom Militär zur Grundstückserweiterung vorgesehen. Erst als 1981 der UDP- Bürgermeister von einem Linken abgelöst wurde und Mitterrand die Erweiterungspläne vor Ort einfror, endeten die Auseinandersetzungen mit dem Militär und der Stadtverwaltung. Vgl. Martin (2003), S. 311, Pingaud (2002), S. 38, Aries/Terras (2001), S. 25, Martin (2003), S. 311.

⁴⁵⁴ Die Zeit, 06.07.2000, S. 22.

⁴⁵⁵ Vgl. Aries/Terras (2001), S. 95ff. und Martin (2003), S. 313. Die Umstände dieser Aktion werden unterschiedlich dargestellt. Bové erklärt, dass er vor der Demonstration mit der Gendarmerie sprach, die ihr Einverständnis zur teilweisen Demontage der Baustelle gab. Die Demonstration zog zahlreiche Menschen an, verlief dennoch ruhig. Erst einen Tag später, nachdem der Mc Donald’s Filialeiter mit der Präfektin von Aveyron im Gespräch war, wurden zehn Aktivisten, darunter Bové, verhaftet. Es war ein befreundeter Journalist Bovés, der für die AFP-Depesche den Artikel verfasste und fälschlicherweise von ‚saccage‘ Verwüstung sprach, woraus schnell Plünderung wurde. Die Verhaftung statt einer Untersuchungshaft, ließen Bové und seine Anhänger als unschuldiges Opfer erscheinen.

⁴⁵⁶ Vgl. Bortzmeyer/Racape (2000), S. 89, Hangen (2005), S. 115f.

⁴⁵⁷ Vgl. Die Zeit, 06.07.2000, S. 22.

⁴⁵⁸ 1995 setzte er sich mit Greenpeace gegen die Atomversuche im Mururoa-Atoll ein. Er kämpft vor allem gegen OGM: 1998 zerstörte er ein Feld mit genmanipuliertem Mais in Nérac (Lot-et-Garonne) und im Juni 1999 folgte ein Forschungszentrum in Montpellier. Diese Unternehmungen brachten Bové 2002 22 Tage und im Jahr 2003, bevor ihn Jacques Chirac begnadigte, 21 Tage Gefängnishaft ein. Im November 2005 folgte eine Verurteilung zu vier Monaten Haft.

⁴⁵⁹ Aries/Terras (2001), S. 115.

⁴⁶⁰ Bové war Mitbegründer der *Confédération paysanne* im Jahr 1987, deren Sprecher er 2000 bis 2004 war. Im Juni 2004 wurde Bové Sprecher der Internationalen Gewerkschaft Via Campesina, die 60 Millionen Landwirte vereint.

⁴⁶¹ Vgl. Aries/Terras (2001), S. 92. Bové sieht in einem Jagdverbot eine „Vergewaltigung der Kultur“.

Landwirt den Journalisten näher ist, als ein „klassischer Bauer“. Dank Bovés Leichtigkeit im Umgang mit den Medien können Journalisten spontan Interviews mit ihm führen.⁴⁶² Bové selbst ist zum Emblem der Antiglobalisierungsbewegung geworden. Sein Auftreten mit Schnurbart, Pfeife, und legerer Kleidung ohne Krawatte ähnelt nicht dem eines Politikers, er erfüllt aber auch nicht die Klischees der Bauern aus dem Süden. Außerdem verteidigt er sein Land und seine Identität, er spricht einfach und prägte den Begriff *mal-bouffe*, womit er alle Konsumenten anspricht. Hinzukommt, dass auch die amerikanische Presse von Bové berichtet, was für die französische Presse wiederum ein Grund für die kontinuierliche Berichterstattung über ihn ist.⁴⁶³ „In ihrer Seele leben die Franzosen immer noch in einer bäuerlichen Republik, und Bové ist einer, sagt der Soziologe Jean Viard, der die Werte der Republik verteidigt: ‚Bové und Marianne mit ihren Korngarben - das wäre ein wunderbares Paar.‘“⁴⁶⁴

Bovés größter Pressegegner ist *Le Figaro*: « Il critique le flou ou l'archaïsme de ses positions, l'hétérogénéité de ses soutiens ou son marxisme supposé. »⁴⁶⁵ Nach der Aktion in Millau und seinen zahlreichen juristischen Prozessen, wandten sich einige Mitstreiter Bovés ab, innerhalb der CP bekam er 2000 den Posten der internationalen Beziehungen, was ihn vom lokalen Geschehen entfernen sollte. Während Bové 2003 noch beteuerte, er bevorzuge die Schaffung von Gegenzentren zur Politik statt selbst eine politische Karriere einzuschlagen⁴⁶⁶ und dass man als Präsident doch nichts bewegen könne⁴⁶⁷, gab er im Juni 2006 bekannt, dass er für die Präsidentschaftskandidatur als Einheitskandidat der antiliberalen Linken zur Verfügung stehe. Obwohl es den Anschein hat, dass seine Lust zur Kandidatur « n'a jamais été aussi forte »⁴⁶⁸, zog er sie im November zurück.⁴⁶⁹ Im Februar 2007 änderte er seine Meinung wieder und schnitt im Vergleich zu *Les Verts* gut ab. *Les Verts* befürchteten ebenfalls, dass Nicolas Hulot, Frankreichs berühmtester Umweltschützer⁴⁷⁰, mit seinem ökologischen Pakt Wählerstimmen auf andere Parteien ziehen könnte. Immerhin unterzeichneten diesen Pakt fast alle Parteispitzen. Hulots Anmerkung, selbst zu kandidieren sorgte im November 2006 für weitere Unruhe. Warum konnte Hulot⁴⁷¹ mit seiner Kandidatur drohen?

Laut einer Ifop-Umfrage sehen 66% der Franzosen in Hulot den besten Repräsentanten für Umweltschutz, weit vor der grünen Kandidatin Voynet oder Bové. 43% wünschen sich eine Kandidatur Hulots⁴⁷² Dabei ist es nicht Hulots eigentliches Ziel, in die Politik zu gehen, oder eine

⁴⁶² Vgl. Duclos (2000), S. 138 und Martin (2003), S. 307.

⁴⁶³ Vgl. Martin (2003), S. 313.

⁴⁶⁴ SZ, 03.07.2000, S. 8.

⁴⁶⁵ Martin (2003), S. 317.

⁴⁶⁶ Vgl. Jacob (2004), S. 201.

⁴⁶⁷ Vgl. Die Zeit, 06.07.2000, S. 22.

⁴⁶⁸ L'Express-online, Artikel vom 06.07.2006.

⁴⁶⁹ u.a. *Le Figaro*, 25./26.11.2006, S. 8. Bové warf vor allem der PCF, mit der Kandidatin Marie-George Buffet, vor, nicht kompromissbereit zu sein und beschuldigte die LCR, eine unabhängige Wahlkampagne für ihren Favoriten Olivier Besancenot zu führen.

⁴⁷⁰ Vgl. SZ, 09.11.2006, S. 4.

⁴⁷¹ Hulot wurde 1955 in Lille geboren, er lebt heute in der Bretagne.

⁴⁷² Vgl. FAZ, 08.11.2006, S. 8 und *Le Monde*, 08.11.2006, S. 12.

Partei zu gründen.⁴⁷³ Schon längst hätte er unter Jacques Chirac, der ihm stets ein „väterlicher Freund“⁴⁷⁴ war, Umweltminister werden können.⁴⁷⁵ Die Beziehung zwischen Chirac und Hulot ist nicht mehr so intensiv, wie einst als Hulot Chiracs Berater - damals im Amt des Pariser Bürgermeisters⁴⁷⁶ - für Umweltfragen war. Enttäuscht zeigte sich Hulot von der Schere zwischen Worten und tatsächlichen Handlungen in Frankreich: « Cela montre les limites du pouvoir du chef de l'Etat face à une majorité parlementaire réticente. »⁴⁷⁷

Hulots Bekanntheit geht auf seine berufliche Karriere als Journalist und Produzent im Radio und Fernsehen zurück: 1978 bis 1987 war er beim Radiosender France Inter und zwischen 1976 und 1993 wurde er durch zahlreiche Expeditionen⁴⁷⁸ zum populären Abenteurer. Zum Fernsehstar⁴⁷⁹ ist er als Moderator der Naturkundesendungen „Ushuaïa Nature“⁴⁸⁰ und „Opération Okavango“ geworden. Hulot setzte seine Berühmtheit ein, um im Dezember 1990 die *Fondation Nicolas Hulot pour la Nature et l'Homme* und eine *École-Nicolas-Hulot* zu gründen.⁴⁸¹

Mit Hilfe von Kampagnen und Publikationen will Hulot die Bevölkerung sensibilisieren, mit seinem letzten Buch „Pour un pacte écologique“⁴⁸² im November 2006 richtete er sich vor allem an die politische Klasse. Hulot schaffte es, die führenden Parteien unter Druck zu setzen und zwang sie, umweltpolitische Belange in ihren Programmen zu berücksichtigen. Hulot, der unter den beliebtesten Franzosen Platz drei⁴⁸³ einnimmt, spricht sich für den „Abschied vom Monopol der Kernenergie und von der intensiven, nur Quantitätskriterien gehorchenden Landwirtschaft“⁴⁸⁴ aus. Damit verlangte er von den Präsidentschaftskandidaten einiges, immerhin berührte er zwei französische Tabus: „Noch nie hat es ein Kandidat der großen Parteien in Frankreich gewagt, es mit der Agrarlobby oder der Atomlobby aufzunehmen.“⁴⁸⁵ Darüber hinaus schlug er vor, ein Umweltsteuersystem nach dem Vorbild der deutschen Ökosteuer einzurichten und die Umweltbildung groß zu schreiben.⁴⁸⁶ In diesem Sinne soll eine *Grande École* für Umweltschutz eingerichtet werden.⁴⁸⁷ Hulots Ökologie-Pakt ist keineswegs ein Regierungsprogramm, sondern vielmehr ein « catalogue des bonnes intentions »⁴⁸⁸. Um den Parteien dennoch Druck zu machen, richtete er ein Gremium ein, das die Kandidatenprogramme auf seine Forderungen hin

⁴⁷³ Vgl. Le Figaro, 11.08.2006, S. 6. Hulot : « Il n'y a aucune raison que l'on fasse mieux que les Verts ».

⁴⁷⁴ SZ, 09.11.2006, S. 4.

⁴⁷⁵ Vgl. La Croix, 09.11.2006, S. 9. Demnach wurde Hulot zweimal das Umweltministeramt angeboten.

⁴⁷⁶ Vgl. Le Monde, 08.11.2006, S. 12.

⁴⁷⁷ Vgl. Les Echos, 25./26.08.2006, S. 2.

⁴⁷⁸ Vgl. <http://www.fondation-nicolas-hulot.org/presentation/initiative2.php>, Zugriff 11.01.2007.

⁴⁷⁹ Dazu FAZ, 08.11.2006, S. 8: „Der Fernsehstar, der wie ein modernisierter, auf Infotainment getrimmter Heinz Sielmann auftritt [...]“

⁴⁸⁰ Von September 1987 bis Juni 1995 war Hulot Moderator und Produzent dieser nach einer Argentinischen Stadt benannten, Sendung. Nachdem Hulot von Januar 1996 bis Juni 1997 die Sendung « Opération Okavango » produzierte und moderierte, wurde ab Oktober 1998 wieder « Ushuaïa Nature » in loser Folge im Abendprogramm von TF1 ausgestrahlt.

⁴⁸¹ Die Stiftung, die als Bildungsstätte in den Bereichen Umweltschutz, Umwelterziehung, -forschung und -kommunikation versteht, wurde 1990 unter dem Namen *Fondation Ushuaïa* gegründet und 1995 umbenannt. Die *École-Nicolas-Hulot* bietet ein breites Umwelt-Bildungsprogramm an.

⁴⁸² Hulot, Nicolas/Comité de veille écologique: „Pour un pacte écologique“, Paris, Éditions Calmann-Levy, 2006.

⁴⁸³ Le Figaro-online, 31.12.2006.

⁴⁸⁴ FAZ, 08.11.2006, S. 8.

⁴⁸⁵ FAZ, 08.11.2006, S. 8.

⁴⁸⁶ Vgl. La Tribune, 08.11.2006, S. 6.

⁴⁸⁷ Spiegel-online, 15.01.2007.

⁴⁸⁸ Les Echos, 14.11.2006, S. 18.

untersuchen und die französische Bevölkerung informieren wird.⁴⁸⁹ Fiele dies negativ aus⁴⁹⁰, so drohte Hulot, sich aufzustellen und hätte somit den beiden Spitzenkandidaten Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal wertvolle Prozente gekostet.⁴⁹¹ Um dies zu vermeiden, rühmten sich alle Kandidaten in einer Fernsehdebatte mit ökologischen Innovationen: Während Royal ein ökologisches Steuersystem vorschlug, versprach Laurent Fabius einen Vizepremier für Umwelt, wie ihn Hulot forderte, Dominique Strauss-Kahn hielt mit einem kompletten Umbau der Wirtschaft nach ökologischen Kriterien dagegen. Getrumpft hatte diese Vorschläge Sarkozy mit einem Superministerium⁴⁹²: « un grand ministère qui rassemblerait les plus hautes compétences de l'État - les agents des ministères de l'Écologie, de l'Équipement et de l'Énergie. Ce grand ministère n'aurait qu'une fonction de conception et de vigilance. »⁴⁹³

Der Erfolg von Bové und Hulot ist einerseits in ihrem Umgang mit den Medien begründet. Beide verstehen es, ob nun durch Aktionen oder wie im Falle Hulot, den Fernsehsender TF 1 im Rücken, ihrer Meinung Gehör zu verschaffen. Außerdem steht hinter Bové die *Confédération Paysanne* und Hulot wird von zahlreichen, in einem *Comité de veille écologique*⁴⁹⁴ vereinten, Wissenschaftlern sowie Berühmtheiten unterstützt. Dennoch bot keiner der beiden ein Regierungsprogramm, das für eine Einzelkandidatur ohne die Linke auskommen könnte. Bovés und Hulots Verdienst ist das Aufmerksammachen auf umweltpolitische Missstände und Umweltprobleme. In der Tat war die Veröffentlichung eines Forderungskatalogs während des Wahlkampfs für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine gelungene Aktion, die sich zumindest in dem einen oder anderen Parteiprogramm niederschlug. Letztlich ist der Einfluss von Einzelakteuren begrenzt, denn was vor allem zählt ist der Wille vom neuen Präsidenten Nicolas Sarkozy, UMP, umweltpolitisch nachhaltig zu handeln. Diesbezüglich vermerkte *Le Monde* am 21.Mai 2007:

Premier acte : le président déclare le soir de son élection que le réchauffement climatique sera "le premier combat de la France". Deuxième acte : l'ancien premier ministre Alain Juppé devient numéro deux du gouvernement, ministre d'Etat, chargé de l'écologie, du développement et de l'aménagement durables. L'écologie est propulsée du 13^e au 2^e rang de la hiérarchie gouvernementale.⁴⁹⁵

Demnach gehören Transport, Stadtplanung, Energie und Raumordnung zu den neuen Kompetenzen Juppés. Um es mit den Worten der französischen Tageszeitung *La Tribune* zu sagen: « Reste à savoir, s'il ne s'agit cette fois encore d'une véritable volonté de promesses préélectorales ou d'une véritable volonté politique »⁴⁹⁶

⁴⁸⁹ Vgl. SZ, 09.11.2006, S. 4.

⁴⁹⁰ Vgl. *La Tribune*, 08.11.2006, S. 6. Es gibt kaum Möglichkeiten, festzustellen, ob die Versprechen überzeugend und nicht nur strategisch sind.

⁴⁹¹ Cevipof-Umfrage, September 2006. Wie groß die Auswirkungen sind bleibt abzuwarten, denn laut der Umfrage steht Umwelt lediglich auf Rang neun der elf wichtigsten Probleme Frankreichs.

⁴⁹² Vgl. *Der Spiegel*, 46/2006, 13.11.2006, o.S.

⁴⁹³ *Le Figaro*, 08.11.2006, S. 14.

⁴⁹⁴ Vgl. *La Croix*, 09.11.2006, S. 9.

⁴⁹⁵ *Le Monde*-online, 21.05.07.

⁴⁹⁶ *La tribune*, 13.11.2006, S. 8.

4. Fazit: Die Stellung der Umwelt in den Nachbarländern als Grundlage für ihre Zusammenarbeit

Die Relevanz von Umweltfragen in einem Staat drückt sich u.a. im Problembewusstsein der Bevölkerung, im politischen Stellenwert von Ökologie und Umweltschutz und nicht zuletzt in der Thematisierung von Umweltproblemen in den Medien aus.⁴⁹⁷ Wenn Haan/Kuckartz für Deutschland feststellen, dass das Thema Umwelt von einem politischen Thema in den 1970er Jahren gar zu einem „Thema unserer gesamten Kultur“⁴⁹⁸ geworden ist, dann gilt dies mit leichter Verspätung und in geringerem Maße auch für Frankreich. Die Ökologie wird in allen Bereichen des Lebens diskutiert: Recht, Politik, Wirtschaft, Erziehung und Religion.

Anhand von statistischen Erhebungen wurde belegt, dass sich das Naturverständnis in Frankreich und Deutschland, sichtbar am Umweltverhalten der Bürger, unterscheidet. Dass sich das Umweltbewusstsein von Franzosen und Deutschen wandelte, ist zum großen Teil in dem, durch die Industrialisierung verschlechterten, Umweltzustand begründet. Die verhältnismäßig späte industrielle Entwicklung und die geringe Bevölkerungsdichte Frankreichs - sie ist mit 104 Einwohner/m² zwei Mal niedriger als in Deutschland - spielen ebenfalls eine Rolle.⁴⁹⁹ Auch die geographische Lage muss berücksichtigt werden. Deutschland hat eine Vielzahl angrenzender Staaten und grenzüberschreitender Flüsse.⁵⁰⁰ Zudem transportieren die frischen, vom Atlantik kommenden Westwinde, weitaus weniger Abgase nach Frankreich als nach Deutschland.⁵⁰¹ Frankreich hat zudem eine weniger dichte Industrialisierung und Urbanisierung. Wenn die Anzahl der Autos in Frankreich auch stetig zunimmt, hat Deutschland als Transitland mehr unter Autoabgasen zu leiden.⁵⁰²

Während die Ausmaße des Einflusses der Medienberichterstattung auf das Umweltbewusstsein umstritten sind, bleibt für beide Länder eindeutig festzustellen, dass das Umweltbewusstsein, wenn auch in Deutschland mehr als im Nachbarland, seit den 80er Jahren gewachsen ist.

In einigen Schriften wird die Konfession als Ursache für die Ausprägung des Umweltbewusstseins angegeben. Hickmann stellt fest, dass der Respekt gegenüber der Natur im protestantischen Glauben eher verbreitet ist. Für das Oberrheintal lässt sich dies daran zeigen, dass die Grünen in stärker protestantisch geprägten Gebieten überdurchschnittlich gut abschneiden. Das ausgeprägte Umweltinteresse bei Protestanten erklärt demnach auch die hohe Zahl von Naturschutzbewegungen und Heimatvereinen im Elsaß.⁵⁰³ Leggewie führt das große

⁴⁹⁷ Vgl. Schulz (2003), S. 398.

⁴⁹⁸ Haan/Kuckartz (1996), S. 84. „Kultur verstehen wir hier in einem weitreichenden, pluralen Sinne. Kultur umfasst neben den Lebensformen auch beispielsweise die Kleidung, die Häuser, den von den Menschen gestalteten Kulturraum [...]“

⁴⁹⁹ Vgl. Müller-Rommel (1993), S. 183. Je höher die Bevölkerungsdichte in einem Land, umso höher sind die Wahlergebnisse der Grünen, was am Beispiel Frankreich/Deutschland nachvollziehbar ist.

⁵⁰⁰ Vgl. Fürst (2004), S. 142.

⁵⁰¹ Vgl. Caro (2006), S. 183 und Ammon (1989), S. 145.

⁵⁰² Vgl. Caro (2006), S.183f. und Woehrling (1996), S. 13.

⁵⁰³ Vgl. Hickmann (1992), S. 474f. und Claval (1996), S. 326f.

umweltpolitische Engagement der Elsässer auf „das hohe Ausmaß regionaler Identität dieses Gebiets“⁵⁰⁴ zurück.

Das bürgerliche Engagement und die Bedeutung von Naturschutzverbänden sind in beiden Ländern ähnlich, dennoch sorgt das Kooperationsprinzip in Deutschland für eine stärkere Gewichtung der Bürgerbeteiligung. Während der Stellenwert des Verursacherprinzips in Frankreich und Deutschland groß ist, hat das Vorsorgeprinzip weniger Einfluss auf die französische Umweltpolitik. Stattdessen spielt die Konsenssuche der Behörden mit den Umweltverschmutzern eine größere Rolle.⁵⁰⁵ Woehrling benennt im französischen System zwei weitere Grundsätze, Transparenz - die Akteneinsichtnahme - und die Öffentlichkeitsbeteiligung, wobei die mangelnde Inanspruchnahme letzterer in 2.4 angedeutet wird. Diese, in der Form in Deutschland nicht bestehenden Prinzipien, erhalten ihre Bedeutung „aus ihrem Ziel, das Umweltbewußtsein zu stärken und die Schwäche der für den Umweltschutz zuständigen Behörden durch den Druck der Öffentlichkeit auszugleichen.“⁵⁰⁶

Die Analyse der Defizite im Vollzug der Umweltpolitik fällt für beide Länder nicht zufrieden stellend aus. Dazu gehören neben administrativen Ursachen auch die geringen Summen bereitgestellter Gelder. Diese liegt in Frankreich bedeutend unter deren in Deutschland, wobei sie auch hier im Verhältnis zu den Aufgaben gering ist:

Land	Ausgaben						Anteil am Gesamtbudget Forschung und Entwicklung					
	1990	1995	2000	2001	2002	2003	1990	1995	2000	2001	2002	2003
D	510,0	563,0	510,6	475,5	470,7	470,7	3,5	3,6	3,3	3,1	3,1	3,1
F	104,2	259,3	232,3	398,7	419,9	-	0,7	1,9	1,7	2,8	2,9	-
Spanien	123,1	76,4	180,2	188,8	-	-	4,3	2,6	4,0	3,7	-	-
Dänemark	30,4	34,9	28,0	24,8	24,2	19,2	3,8	4,4	2,7	2,4	2,3	1,9

Tab. 4: Statistisches Bundesamt (2006), S. 292. Öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich Umweltschutz

Bezüglich der Stellung der Grünen Parteien ergibt sich folgendes Bild: In Frankreich gibt es mehrere Grüne Parteien, deren bedeutendste, *Les Verts*, auch als Regierungspartei nur wenig Einfluss hatte. Die Grünen in Deutschland stellten mit Joschka Fischer einst sogar den Außenminister, sind aber seit dessen Rücktritt in einer schwachen Oppositionslage. Tendenziell erhalten Grüne Parteien in föderalistischen Staaten wie Deutschland mehr Stimmenanteile, dagegen spielt der Grad des Umweltbewusstseins laut dieser Studie keine Rolle.⁵⁰⁷ Andererseits kann nicht bestritten werden, dass in beiden Ländern die Diskussion über, v.a. von Grünen Parteien eingebrachte, grüne Gesetzesvorhaben die Bevölkerung für umweltpolitische Probleme sensibilisiert.

⁵⁰⁴ Leggewie (1985), S. 120f.

⁵⁰⁵ Woehrling (1992), S. 886.

⁵⁰⁶ Woehrling (1992), S. 886. In Frankreich wird mit dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit, *patrimoine commun*, der Eingriff staatlicher Behörden gegenüber Kommunen und Grundeigentümern gerechtfertigt. Ziel ist es, bestimmte Güter wie Wasser, natürliche Räume und Wild, zu vergesellschaften.

⁵⁰⁷ Müller-Rommel (1993), S. 62f., 115ff., 169ff. und Oppeln (1989), S. 248.

In vielen untersuchten Bereichen zeigen sich Differenzen zwischen den beiden Nachbarländern. Für die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist wichtig, dass den Beteiligten die unterschiedlichen umweltpolitischen Grundhaltungen bewusst sind. Dann können beide Seiten akzeptieren, dass der Weg zu den gemeinsamen Zielen unterschiedlich ist. „Nur wenn der Partner vom anderen weiß, welche Einstellungen bei der politischen Handlung zu Grunde liegt, können Mißverständnisse vermieden werden und eine fruchtbare Politik betrieben werden.“⁵⁰⁸

Die Stellung der Umwelt verbessert sich im gesellschaftlichen und politischen Bereich in Frankreich. Dementsprechend selbstkritisch stellte der Jahresbericht 1999 von *Ifen* fest:

Integration of the environment in society and the institutional system has not yet been fully completed. It must be adapted to the new emerging issues (sustainable development, globalisation, more complicated risks and integration of health and environment issues). This must take place with greater emphasis on innovation, openness and cross-sectoralism.⁵⁰⁹

Durch die Angleichung der Bedeutung der Umwelt sind grenzüberschreitende Projekte erst möglich und gerade wegen der Grenzlage nötig.⁵¹⁰ Eine begünstigende Voraussetzung für diese Einzelinitiativen ist die politische deutsch-französische Freundschaft. Doch auch für die, sowohl von Deutschen als auch Franzosen in Umweltbelangen als wichtig betrachtete, Umweltpolitik auf europäischer Ebene, ist die Kooperation Frankreichs und Deutschlands wünschenswert und notwendig. Im folgenden Kapitel werden diese Zusammenarbeit und die Bedeutung der umweltpolitischen Beziehungen am Beispiel des deutsch-französischen Umweltrates analysiert.

⁵⁰⁸ Hickmann (1992), S. 497.

⁵⁰⁹ Ifen (1999), S. 299.

⁵¹⁰ Vgl. Frensch (1995), S. 179f.

III. Die deutsch-französischen Umweltbeziehungen

1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Unter den deutsch-französischen Umweltbeziehungen sollen Aktivitäten von Einrichtungen verstanden werden, die sich durch Zusammenarbeit, Initiativen und konkrete Projekte für den Umweltschutz einsetzen. Gerade in Grenzregionen sind der politischer Wille und das Engagement der Akteure für den Umweltschutz ausschlaggebend.⁵¹¹ Zu den zahlreichen im deutsch-französischen Grenzgebiet angesiedelten Verbänden, gehören der Naturschutzverein *Alsace Nature*, *Conservatoire des Sites Alsaciens* (CSA), das WWF-Aueninstitut Rastatt sowie Regionalverbände des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)⁵¹². Im Jahr 1981 wurden zwei Gesellschaften gegründet, die die wissenschaftliche Zusammenarbeit u.a. auf dem Gebiet der Umweltforschung zwischen Frankreich und Deutschland fördern: die Deutsch-Französische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie mit Sitz in Bonn und die *Association Franco-Allemande pour la Science et la Technologie* in Paris.⁵¹³ Die Universitäten Karlsruhe und Straßburg kooperieren bereits seit Jahren in der Umweltforschung. Sie verbesserten mit dem 1991 gegründeten deutsch-französischen Institut für Umweltforschung (DFIU)/*Institut franco-allemand de recherche sur l'environnement* (IFARE) ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit.⁵¹⁴

Anfang der sechziger Jahre entwickelten sich auf politischer Ebene erste internationale Umweltbeziehungen. Dabei handelte es sich um Kommissionen zum Schutz der Flüsse, deren Auftrag es noch heute ist, Untersuchungen zum Ausmaß der Verunreinigungen von Flüssen auszuwerten und Maßnahmen zum Schutz der Flüsse vorzulegen.⁵¹⁵ Die erste Kommission wurde 1962 zur Verbesserung der Wasserqualität der Saar gegründet, es folgten weitere zum Schutz der Mosel und des Rheins. Die gute Zusammenarbeit in der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheines (IKSR) konnte Dr. Heide Jekel, Leiterin des BMU-Referats „Zusammenarbeit in internationalen Flussgebieten, Wasserwirtschaftliche Übereinkommen, Internationales Recht des Gewässerschutzes“ bestätigen. Ihrer Ansicht nach sind derartige Einrichtungen für die erfolgreiche Umsetzung von Europäischen Richtlinien unabdingbar.⁵¹⁶ Auf Grundlage der 1975 entstandenen EuroRegion Oberrhein, finden sich regionalstaatliche Partner zweimal jährlich zur deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK) zusammen. Zu den

⁵¹¹ Frensch (1995), S. 182.

⁵¹² Der Naturschutzverein *Alsace Nature*, CSA, das WWF-Aueninstitut Rastatt sowie Regionalverbände des BUND arbeiten seit Anfang der 1990er Jahre zusammen an einem Projekt zum Hochwasserschutz, der Erhaltung und Restaurierung der Rheinauen und dem Management der Grundwasservorräte zur Bewahrung der Trinkwasserqualität.

⁵¹³ Diese Gesellschaften unterstützten 2002 zum Beispiel ein Forum zur deutsch-französischen Forschungsk Kooperation, das sich mit dem Klimawandel befasst und eine intensivere Zusammenarbeit beider Länder auf Expertenebene empfahl.

⁵¹⁴ Vgl. Stuttgarter Zeitung, 12.12.1991, S. 10.

⁵¹⁵ Vgl. Rhein Aktuell (2004), S. 1. Die Bilanz der internationalen Kommission zum Schutz des Rheins ist beachtlich. Im Rahmen des Aktionsprogramms Rhein konnte z.B. die Einleitung von Chemikalien in den Rhein von 1985 bis 2000 um 75 bis 100 % gesenkt werden.

⁵¹⁶ Telefonat mit Dr. Heide Jekel, Leiterin des Referats für Zusammenarbeit in internationalen Flussgebieten Wasserwirtschaftliche Übereinkommen Internationales Recht des Gewässerschutzes am BMU, 09.10.2006.

Arbeitsgremien der Oberrheinkonferenz gehören neun ständige Arbeitsgruppen, darunter auch eine für Umwelt.

Im Laufe der achtziger Jahre kam es wegen, wirtschaftlich begründeter, umweltpolitischer Maßnahmen zu Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland. Neben dem politischen Wettbewerbsverhalten ging es darum, die Vorreiterrolle in der Europäischen Gemeinschaft einzunehmen, weil häufig die strengeren Standards des Vorreiterlandes auch auf europäischer Ebene zum Standard erhoben werden.⁵¹⁷ So wurde z.B. der Vorschlag des deutschen Umweltministers Klaus Töpfer zur Ausstattung aller Autos mit einem Katalysator von der französischen Wirtschaft als Maßnahme gesehen, die heimische Automobilindustrie vom Markt zu drängen.⁵¹⁸ Das vehemente Einsetzen für eine zwangsweise Einführung des Katalysators und für bleifreies Benzin wirkte in der Öffentlichkeit der EG-Mitgliedstaaten jedoch angesichts anderer paralleler Vorgänge nicht glaubwürdig: Zum einen demonstrierte Deutschland mit der Zulassung des sehr hohe Emissionswerte aufweisenden Kraftwerks Buschhaus eine eher lässige Haltung. Und zweitens lehnte Deutschland als einziges Land ein Tempolimit auf Autobahnen ab, um die Interessen der Automobilindustrie nicht zu gefährden.⁵¹⁹ Mit dem Vorschlag, ein Pfand auf Plastikflaschen einzuführen, machte sich die deutsche Umweltpolitik in Frankreich ebenso wenig beliebt. *Le Point* schreibt 1989:

sous son [Klaus Töpfer] impulsion, le gouvernement fédéral vient de partir en guerre contre les bouteilles en plastique – difficiles à éliminer sans pollution.[...] Klaus Töpfer - qui exige d'ailleurs aussi que les épaves automobiles soient dorénavant recyclée, y compris tous leurs éléments en matière plastique- ne doit surtout pas être regardé comme un ennemi à battre. Mais comme l'incarnation d'une tendance que les Français ignorent superbement.⁵²⁰

Auch die deutschen Abfallexporte führten zu einem eher gespannten Verhältnis im Bereich der Umweltpolitik: Zwischen Deutschland und Frankreich entfachte ein Streit um Abfallverbrennung und -exporte, der die Stimmung in den Grenzregionen aufheizte. Im Oktober 1989 wurde in Straßburg massiv gegen den Bau eines Sondermüllofens in Kehl protestiert. „'Le monstre allemand' und die Doppelmoral der Franzosen“ titelte die Süddeutsche Zeitung diesbezüglich.⁵²¹ Letztlich siegte die Erkenntnis, dass die Umwelt nur durch gemeinsamen, grenzüberschreitenden Einsatz wirksam geschützt werden kann. Anfang November 1989 weiteten die deutsche und die französische Regierung ihre im April des Jahres vereinbarte Zusammenarbeit bei der Nutzung der Kernenergie auch auf die übrigen Felder der Energiepolitik aus. Zudem vereinbarten sie im Bereich erneuerbarer Energieträger eine enge Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung.⁵²²

Diese einzelnen Abkommen reichten nicht aus. Das wegen der Umweltkatastrophen gestiegene Umweltbewusstsein der Bevölkerung wirkte sich auch auf die Politik der Länder aus, die nunmehr auch international die umweltpolitischen Spannungen lösen und ihre Zusammenarbeit auf dem

⁵¹⁷ Jänicke (1998), S. 334.

⁵¹⁸ Frankfurter Rundschau, 25.04.1989, S. 7.

⁵¹⁹ Vgl. Glaeser (1989), S. 91.

⁵²⁰ *Le Point*, 30.01.1989, S. 44.

⁵²¹ Vgl. SZ, 24.10.1989, S. 6.

⁵²² Vgl. SZ, 03.11.1989, S. 33.

Gebiet der Umweltpolitik vertiefen wollte. Anfang des Jahres 1989 berichteten die Koordinatoren für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Dr. Rainer Barzel⁵²³ und M. Bord von dem Vorhaben, einen deutsch-französischen Umweltrat zu gründen.

2. Die Zusammenarbeit im Deutsch-Französischen Umweltrat

2.1 Von der Idee zur Umsetzung

Nachdem die Idee eines deutsch-französischen Umweltrates geboren war, verabredeten Staatssekretär Lalonde und Bundesumweltminister Töpfer noch während der 53. deutsch-französischen Konsultationen im April 1989 bis zum nächsten gemeinsamen Treffen im November einen Notenwechsel.⁵²⁴ Zu Beginn der 54. deutsch-französischen Konsultationen, am 2. November 1989, unterzeichneten dann der Bundesaußenminister Hans-Dietrich-Genscher und sein französischer Amtskollege Roland Dumas, den Notenwechsel zur Errichtung des deutsch-französischen Umweltrats. Auf der Grundlage des Elysée-Vertrags wurde damit auch für den Bereich der Umweltpolitik ein deutsch-französisches Gremium geschaffen.⁵²⁵ Töpfer und Lalonde betonten, dass mit der Gründung des Umweltrats ein wichtiges politisches Signal gegeben wurde: Frankreich und Deutschland zeigten, dass sie ihr gemeinsames Engagement zur Bewältigung der Umweltprobleme auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene weiter intensivieren wollten. Durch diese Kooperation sollte auch gegenüber anderen Ländern ein Zeichen gesetzt werden, dass der beste Weg für eine wirksame Bekämpfung und Vermeidung von Umweltbelastung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liege.⁵²⁶ Die konstituierende Sitzung des Umweltrates fand am 13.02.1990 in Paris statt, über die *Le Monde* feststellt:

Pour sa première session [...] le conseil franco-allemand de l'environnement a pris la mesure des différences qui persistent entre la France et la RFA en matière de politique écologique. Si les deux pays sont d'accord pour accélérer la réduction des gaz à effet de serre, pour économiser l'énergie - notamment en matière de transport, - pour protéger les Alpes ou pour développer l'incinération des déchets, des divergences subsistent sur les moyens d'y parvenir et sur le calendrier.⁵²⁷

Auffällig ist an den zeitlichen Divergenzen, dass Deutschland die entsprechende Richtlinie stets schneller einführen möchte als Frankreich. Während dies beim 15. deutsch-französischen Umweltrat im Bereich der Euro 5/6- Richtlinie⁵²⁸ der Fall war, ging es in der konstituierenden Sitzung um die FCKW-Richtlinie⁵²⁹:

Staatssekretär Lalonde verwies auf die in der EG erzielte Vereinbarung über ein Verbot des FCKW bis 1997. Den deutschen Vorschlag, dieses Verbot bereits 1995 wirksam werden zu lassen, lehnte er ab. „Jeder Ecu (Europäische Währungseinheit) der für den Ersatz von FCKW in China investiert

⁵²³ Von 1979-1980 war Barzel Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit zuständig, er trat erneut im April 1986 in dieses Amt. aus: Beleke (2003).

⁵²⁴ SZ, 21.04.1989, S.1.

⁵²⁵ Vgl. Bulletin Nr. 121(1989), S. 1038.

⁵²⁶ Vgl. Bulletin Nr. 121, (1989), S. 1038 und BMU-Pressemitteilung, 02.11.1989.

⁵²⁷ *Le Monde*, 15.02.1990, S. 2.

⁵²⁸ Es geht um die Umsetzung der strengeren Emissionsrichtlinie für Dieselmotoren von LKW.

⁵²⁹ Vgl. Stoll/Wolf 1991, S. 308. Im Dezember 1990 einigten sich die EG-Umweltminister darauf, die Produktion und den Verkauf von FCKW bis 1992 zu halbieren und bis 1997 völlig zu verbieten. Laut EG-Recht können die Mitgliedstaaten aber strengere Regelungen treffen, solange diese wirklich dem Umweltschutz dienen und nicht etwa Handelshemmnisse darstellen. Frankreich und Großbritannien leisteten in internationalen Verhandlungen seit den 70er Jahren Widerstand.

wird, ist besser angelegt, als eine Vorverlegung des Verbots hierzulande.', meinte Lalonde. Seiner Ansicht wurde von deutscher Seite mit dem Argument widersprochen, daß weltweit etwa die Hälfte des Treibhausgases in den EG-Ländern produziert werde.⁵³⁰

Die bereits erwähnte unterschiedliche Auffassung zum Tempolimit konnte auch im ersten Umweltrat nicht überwunden werden.⁵³¹ Frankreichs Forderung auf allen Straßen ein Tempolimit einzuführen, entgegnete Bundesumweltminister Klaus Töpfer, dass 95% der deutschen Straßen bereits Geschwindigkeitsbeschränkungen unterlägen.⁵³² Lalonde zeigte sich diesbezüglich entsetzt:

'Je trouve scandaleux, déclara-t-il à notre confrère, qu'un pays qui se pique d'environnement continue à nous raconter des salades sur la possibilité d'avoir des voitures de plus en plus puissantes, tout en respectant l'environnement. C'est faux.'⁵³³

Auch, wenn diese Themen im 1. Umweltrat sicher zu hitzigen Debatten führten, soll betont werden, dass sie auf die Tagesordnung gesetzt und somit zumindest behandelt wurden. Wie nach der folgenden Analyse des 15. Zusammentreffens des Umweltrates festgestellt wird, werden heikle Themen nicht zwangsläufig besprochen.

2.2 Arbeitsweise des 15. Umweltrates

Die Erkenntnisse dieser Analyse beziehen sich auf den 15. deutsch-französischen Umweltrat. Aus dem Grundlagenpapier geht hervor, dass der Rat auf Ministerebene und mindestens zweimal jährlich zusammenkommen soll. Letzteres erscheint aber aufgrund des Vorbereitungsaufwandes und der Kosten wenig sinnvoll und wurde erst ein Mal im Jahr 1993 unter Bundesumweltminister Klaus Töpfer umgesetzt. In den Jahren 1997 und 1999 entfiel das Treffen des deutsch-französischen Umweltrates (siehe Anlage IV, V) gänzlich. Um die arbeitsintensiven Vorbereitungen des Umweltrates gleichmäßig aufzuteilen, findet der Umweltrat im Wechsel in Deutschland und Frankreich statt. Aufgrund von Neuwahlen oder sonstiger politischer Verpflichtungen kann es auch vorkommen, dass der Umweltrat mehrmals hintereinander von einem Land ausgeführt wird.

2.2.1 Personelle Zusammensetzung

Den Vorsitz des Umweltrates haben der Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der zuständige Staatssekretär bzw. Minister für Umwelt⁵³⁴ der Französischen Republik. Dem Rat gehören außerdem zwei hochrangige Beauftragte der Länder der Bundesrepublik Deutschland und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland sowie ein Vertreter des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik und zwei hochrangige Persönlichkeiten, die vom Minister für auswärtige Angelegenheiten und dem Staatssekretär bzw. Minister für Umwelt

⁵³⁰ Stuttgarter Zeitung, 14.02.1990, S. 4.

⁵³¹ Vgl. SZ, 19.02.1990, S. 22 und Stuttgarter Zeitung, 14.02.1990, S. 4.

⁵³² Le Monde, 15.02.1990, S. 2.

⁵³³ Le Figaro, 12.09.1990, S. 10.

⁵³⁴ Die genaue Bezeichnung ändert sich häufig, siehe Punkt 3.2.1.

benannt werden, an. In den ersten beiden Sitzungen des deutsch-französischen Umweltrates wurden die beiden hochrangigen Beauftragten der Länder der Bundesrepublik vom Saarland und von Rheinland-Pfalz gestellt.⁵³⁵ Auf der 37. Umweltministerkonferenz am 21./22. November 1991 in Leipzig schlugen die Umweltminister und -senatoren der Länder vor, dass je ein Vertreter des Saarlandes und Baden-Württembergs am deutsch-französischen Umweltrat mitwirken solle.⁵³⁶ Damit stellten stets ein A-Land und ein B-Land⁵³⁷ die beiden hochrangigen Beauftragten der Länder der BRD. Nach dem Regierungswechsel im Saarland wären im Jahr 2000 aber zwei B-Länder vertreten gewesen. Aus diesem Grund wandte sich Rheinland-Pfalz mit der Bitte an das Saarland, die Position des A-Landes einnehmen zu dürfen.⁵³⁸ „Auch eine Einladung des Umweltministers in dessen Land das Treffen stattfindet scheint angezeigt“, merkt Hofmann⁵³⁹ an. Dies war 2005 der Fall, als das Treffen auf der Insel Vilm bei Rügen stattfand und der Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns Prof. Dr. Wolfgang Methling zu Gast war. Da die französische Zentralregierung die Kompetenz für Umweltbelange innehat, ist die Teilnahme der Regionen oder Departements am Umweltrat nicht obligatorisch. Bei sechs der fünfzehn Treffen wurden dennoch Vertreter des Departements *Haut Rhin* oder der stellvertretende Bürgermeister Straßburgs Claude Lienhardt eingeladen. Auf deutscher Seite war bei jedem Treffen mindestens ein Vertreter der Länder anwesend, was die föderalistische Struktur Deutschlands widerspiegelt.

Im Grundlagenpapier ist beschrieben, dass die Arbeit des Umweltrates von einer ständigen gemeinsamen Arbeitsgruppe vorbereitet wird, die auf dem deutsch-französischen Gipfel am 06. Juli 1971 eingerichtet wurde.⁵⁴⁰ Der Begriff Arbeitsgruppe ist irreführend. Es gibt keine feste Personengruppe, die in ständigem Kontakt miteinander ist. Dagegen wird der Umweltrat von den Referaten für internationale Beziehungen mit Hilfe aller Fachreferate (siehe 2.2.2) organisiert. Von der Möglichkeit „gesellschaftlich relevante Gruppen, wie z. B. Umweltschutzverbände, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter“⁵⁴¹ einzuladen, wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

2.2.2 Organisationsstruktur im BMU und MEDD

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und das *Ministère de l'écologie et du développement durable* (MEDD) unterscheiden sich in ihren Organisationsstrukturen. Deshalb sollen die, für die Durchführung des Umweltrates, relevanten Dienstgänge kurz erläutert werden.

⁵³⁵ Internes Schreiben, BMU 09.08.2000.

⁵³⁶ Vgl. internes Schreiben, BMU 20.08.02.

⁵³⁷ „Traditionell wird im Sprachgebrauch zwischen A- und B-Ländern unterschieden. Als A-Länder werden SPD-geführte Länder bezeichnet. Als B-Länder versteht man Länder mit unionsgeführter Regierung. Im Vorfeld der Sitzungen aller Ministerpräsidenten finden in der Regel getrennte Sitzungen der A- und B-Länder statt.“ Aus: <http://www.bayern.de/Politik/Staatskanzlei/>, Zugriff am 25.10.1006.

⁵³⁸ Vgl. internes Schreiben, BMU 09.08.2000.

⁵³⁹ Hofmann war von 2003 bis 2005 im Europareferat des Bundesumweltministeriums für den deutsch-französischen Umweltrat zuständig.

⁵⁴⁰ *Ministère des affaires étrangères* (1992), S. 439.

⁵⁴¹ Botschaft Frankreich, Brief von Genscher an Dumas zur Bildung des deutsch-französischen Umweltrates, 2. 11.1989.

Im BMU ist nur das Referat „Europäische Union, Bilaterale Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedstaaten, Europabeauftragter“ (kurz: Europareferat) für die Planung und Durchführung verantwortlich. Der im Europareferat verantwortliche Referent hat sowohl inhaltliche als auch technische Aufgaben inne. Einerseits sammelt er die Minister-Sprechzettel aus den Fachreferaten und ist für die Erstellung des Kommunikués⁵⁴² verantwortlich. Andererseits erfüllt er organisatorische Aufgaben, wie die Beschaffung der Unterkunft, die Erstellung eines Kulturprogramms und zusammen mit dem Ministerbüro die An- und Abreise der Delegation. Entscheidungen werden zusammen mit dem Referatsleiter, ggf. nach vorheriger Abstimmung mit höheren Ebenen, getroffen. Erst wenige Tage vor dem Rat wird die fertige Mappe dem Unterabteilungsleiter, dann dem Abteilungsleiter zur Durchsicht gegeben. Wenn die Mappe inhaltlich einwandfrei ist, erhält sie der Staatssekretär. Auch er muss die Mappe absegnen und leitet sie anschließend an den Bundesminister weiter. Das Europareferat ist folglich flexibel, da erst die fertige Mappe mit der nächst höheren Ebene abgestimmt wird.

Dies ist in Frankreich nicht der Fall: das *Cabinet* um die Ministerin herum spielt eine wichtige Rolle.⁵⁴³ Der Leiter des *Service des affaires internationales* (SAI)⁵⁴⁴ muss dem *Cabinet* die zu besprechenden Themen für die Tagesordnung vorschlagen und sie absegnen lassen, bevor sie dem BMU übermittelt werden. Anschließend muss das SAI dem *Cabinet* die vom BMU gesandte Themenliste zukommen lassen.⁵⁴⁵ Der SAI ist verantwortlich für die Erstellung des *dossier*, der Ministermappe, die wiederum vom *Cabinet* gegengezeichnet werden muss.⁵⁴⁶ Anders als in Deutschland ist ausschließlich der *Chef de Cabinet* sowohl für das Protokoll als auch für die Organisation wie Räumlichkeiten, Transport, Unterkunft, Mahlzeiten, Polizeibegleitung verantwortlich.⁵⁴⁷ Das *Bureau des affaires européennes* (BAE), das Äquivalent zum Europareferat, kümmert sich lediglich um die technischen Fragen. Wie in Deutschland arbeitet der für den Umweltrat zuständige Referent, eng mit der Leitung des *Bureau Europe* zusammen. Die Ministermappe wird vom Leiter des BAE und anschließend von der Leitung des SAI gesichtet. Anschließend erhält die *Conseillère diplomatique de la ministre* die Ministermappe, die es an den *Directeur de Cabinet*, weitergibt.⁵⁴⁸

Nach dem Treffen des Umweltrates werden die Beschlüsse BMU-intern in einem kurzen Ergebnisvermerk, der auch solche Beschlüsse enthält, die nicht im Kommunikué verankert sind, an die Fachreferate gesendet. Diese sind für die tatsächliche Umsetzung der Initiativen und Beschlüsse verantwortlich. Im Jahr 2006 sendete der französische Verantwortliche das entsprechende Dokument *Suites à donner aux décisions* zum Vergleich an das BMU. Diese Praxis ist meines Erachtens wichtig, da die gefassten Beschlüsse während der Arbeitssitzung des Rates selten konkret formuliert werden oder einfach untergehen. Hinzu kommen die manchmal sehr

⁵⁴² Das Kommunikué (2.2.4) ist der Abschlussbericht des deutsch-französischen Umweltrates.

⁵⁴³ Vgl. Fournier (1997), S. 110.

⁵⁴⁴ Entspricht der Unterabteilung Internationale Zusammenarbeit (KI II).

⁵⁴⁵ Martin-Phipps, 20.10.2006. Martin-Phipps ist *Chargée de mission auprès de la conseillère diplomatique de la Ministre de l'écologie et du développement durable*.

⁵⁴⁶ Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁴⁷ Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁴⁸ Gault, 17.10.2006.

feinen Begriffsunterschiede, die auch die Einigung auf einen Kommunikatext erschweren. Zur Feinabstimmung zwischen Frankreich und Deutschland ist die Beherrschung der anderen Sprache sehr hilfreich, da ein Telefonat meist effizienter als ein ständiger Emailaustausch ist. Die unterschiedlichen Prozesse des deutschen und französischen Umweltministeriums führen zu häufigen Verzögerungen.

2.2.3 Ablauf des Treffens

Das Treffen des 15. deutsch-französischen Umweltrats begann am Sonntag, den 25. September 2006 mit einer Führung durch die Abteianlage Royaumont, 35km nordwestlich von Paris.⁵⁴⁹ Der Veranstaltungsort Royaumont wurde in diesem Jahr von Ministerin Olin selbst ausgewählt, weil er in ihrem Wahlkreis liegt. Martin-Phipps erläutert dazu:

Il n'a pas du tout été choisi pour des raisons de qualité environnementale. L'importance du lieu de rencontre dépend du Ministre : en l'occurrence, la Ministre voulait partager avec son homologue les charmes de l'Abbaye de Royaumont, qui est un monument classé au patrimoine national.⁵⁵⁰

Gault sagt über die Bedeutung des Veranstaltungsortes: « Il faut que le lieu soit fonctionnel, agréable, représentatif du pays d'accueil. » Neben diesen Aspekten herrscht auf deutscher Seite einhellig die Meinung, dass der Ort des Treffens bzw. seine nähere Umgebung auch unter Naturschutz- und Umweltgesichtspunkten interessant sein sollte.

Im Anschluss an die Abteiführung fand das Abendessen statt, das einem informellen Austausch der Teilnehmer diente. Die befragten Teilnehmer beschrieben die Atmosphäre als gesellig und entspannt. So hatten auch die Minister Gelegenheit, sich in lockerer Atmosphäre über die aktuelle Politik auszutauschen. Bis tief in die Nacht (ca. 2.00 Uhr) wurde danach der Entwurf des Kommunikatés zwischen den beiden federführenden Arbeitseinheiten verhandelt, da zuvor seitens Frankreich aufgrund der o.g. langwierigeren Entscheidungsstrukturen keine Rückmeldung auf Textvorschläge des BMU erfolgt war. Der folgende Vormittag begann mit der von Nelly Olin geleiteten, zweistündigen Arbeitssitzung. Parallel zum Gespräch der beiden Minister und Experten aktualisierten die zuständigen Referenten der Ministerien das vorläufige Kommunikaté gemäß dem aktuellen Gesprächsverlauf. In der Regel liegt das Kommunikaté mit dem Ende der Sitzung in seiner endgültigen Fassung vor (2.2.4). Im direkten Anschluss fand eine Pressekonferenz statt (2.3.1), woraufhin ein weiterer kultureller Programmpunkt folgte. Dieser Ablauf ist dem des 14. Umweltrates ähnlich, bei dem die zweistündige Arbeitssitzung gar von zwei ganztägigen Kulturprogrammen (siehe Anhang S. VII) umrahmt wurde.

2.2.4 Themenvorbereitung und Kompromissfindung: das Kommunikaté

Die gemeinschaftliche inhaltliche Arbeit der Ministerien beginnt mit der Benennung der Tagesordnungspunkte und endet mit der Redaktion des abgestimmten Kommunikatés. Das Kommunikaté enthält als Abschlussbericht alle besprochenen Themen und solche, die pro forma

⁵⁴⁹ Programm des 15. Umweltrates siehe Anhang VI.

⁵⁵⁰ Martin-Phipps, 20.10.2006

erwähnt werden sollen oder aus zeitlichen Gründen nicht besprochen wurden. Der erste Themenvorschlag wird vom ausrichtenden Land gemacht. Dieser Vorschlag wird dann vom anderen Land verändert, was innerhalb des BMU und MEDD durch ein Rundschreiben an alle Fachreferate erfolgt. In der Regel kommt es zu zahlreichen Veränderungen der Tagesordnungspunkte, sogar noch bis wenige Tage vor dem Treffen. Dabei kommt es in der Vorbereitung durch die Absprache jeglicher Entscheidungen mit dem *Cabinet* zu Verzögerungen.⁵⁵¹ Nachdem fest steht, über welche Tagesordnungspunkte gesprochen werden soll, verfassen die Fachreferate eine kurze Passage zum Thema für das Kommuniké und erstellen einen Sprechzettel für den Minister. Der deutsche Kommuniké-Entwurf wird ins Französische übersetzt und nach Frankreich geschickt. Auf französischer Seite erfolgt der Abstimmungsprozess des Kommunikés analog zu dem der Tagesordnungspunkte.⁵⁵² Nach ein bis zwei Wochen erfolgt die Rückmeldung an das Nachbarland und der Prozess der Kompromissfindung beginnt. In diesem Jahr musste in einer nächtlichen, informellen Arbeitssitzung (siehe Anmerkung oben) das vorläufige Kommuniké bearbeitet werden. Es war erstmalig nicht gelungen, vor dem Treffen eine abgestimmte Version zu erarbeiten.⁵⁵³ Nachdem das Kommuniké Satz für Satz abgesprochen und übersetzt wurde, konnte es an die Gesprächsergebnisse während der Arbeitssitzung angepasst werden. Noch am Montag, dem Tag der Arbeitssitzung wurde es auf der Homepage des BMU veröffentlicht. Jedoch äußerte Frankreich Montagabend noch kleine aber inhaltlich bedeutende Änderungswünsche, die wiederum Änderungsvorschläge von deutscher Seite nach sich zogen. Das Ringen um Formulierungen zog sich bis Mitte Oktober hin. Diese Detailarbeit am Kommuniké lässt vermuten, dass es ein äußerst wichtiges Dokument ist, zu dessen Bedeutung sich die Teilnehmer unterschiedlich äußerten: « Le communiqué n'a vraiment d'importance que quand les deux pays se sont mis d'accord sur un sujet qui touche directement les Français (exemple : création du parc transfrontalier ou d'un TGV transfrontalier etc). »⁵⁵⁴ Dagegen schätzt Schlegelmilch ein: „Es ist für Deutschland wichtig, daher ist auch eine Publikation unmittelbar nach Verabschiedung vorgesehen. Aber es ist selten ein Anlass, um hier ‚hart‘ zu verhandeln.“⁵⁵⁵ Auf der Internetpräsenz des MEDD wurde das umstrittene Kommuniké bis zur Fertigstellung dieser Arbeit nicht veröffentlicht.

Im Umweltrat werden grundsätzlich bilaterale, europäische und internationale Themen besprochen, wobei Initiativen der vergangenen Umwelträte aufgegriffen werden. Außerdem werden aktuelle Ereignisse thematisiert, wie in diesem Jahr der Giftmüllskandal der Elfenbeinküste. Auf Arbeitsebene werden im Zuge der Redaktion des Kommunikés einige Kompromisse eingegangen. Schlegelmilch betrachtet es als

⁵⁵¹ Vgl. Fournier (1987), S. 110f. « Le cabinet [...] entraîne une superposition d'échelons qui est source de lourdeur. »

⁵⁵² Vgl. Gault, 17.10.2006 und Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁵³ Hofmann berichtet, dass es in den Jahren zuvor in der Regel problemlos verlief.

⁵⁵⁴ Martin-Phipps in der Email vom 20.10.2006.

⁵⁵⁵ Schlegelmilch, 11.12.2006. Schlegelmilch war für die Gesamtkoordination des Umweltrates und für inhaltliche Abstimmungen verantwortlich. Er antwortet hier ad personam, das folgende ist daher nicht als offizielle Meinungsäußerung des BMU zu werten.

wichtig, auch gerade aufgrund des informellen und freundschaftlichen Charakters dieses Treffens, dass ein für beide Seiten gut akzeptabler Kompromiss gefunden wird. Allerdings ist dies bereits meist auf einem hohen Niveau möglich. Nur in seltenen Fällen, muss tatsächlich auch ein von externer Seite eher als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichneter Standpunkt darin vertreten werden.⁵⁵⁶

Bleiben strittige Themen, so werden diese in der Regel von den Ministern während der Plenarsitzung aufgegriffen, die nach einigen richtungweisenden Worten den anwesenden Abteilungsleitern das Wort lassen. Dies war 2006 bei dem Tagespunkt Vogeljagd⁵⁵⁷ der Fall, zu einem Ergebnis konnten die beiden Länder vor Ort nicht kommen. Die Suche nach einem Kompromiss hat seine Grenzen, schließlich kann kein Land gezwungen werden, mit der Meinung des anderen einverstanden zu sein.⁵⁵⁸

Par contre, il arrive que l'on fasse des échanges diplomatiques et politiques: la France cède sur un sujet important pour l'Allemagne, et en contrepartie l'Allemagne cède sur un sujet important pour la France et sur lequel elle n'était pas d'accord avec la France.⁵⁵⁹

Obwohl die Punkte Euro 5/6, Artenschutz des Kormorans und des Dornhaies aktuell sind, wurden sie während der Plenarsitzung nicht erwähnt. Bei diesen heiklen Themen konnte davon ausgegangen werden, dass es zu keiner echten Einigung kommen konnte. Im Kommuniqué wurde Euro 5/6 schließlich dennoch erwähnt:

So ist die Kompromissformulierung zu Euro 5/6 und CO₂-Emissionen derart, dass sich beide Seiten darin wieder finden. Hierzu müssen ggf. die inhaltlich zuständigen Fachreferate aus Deutschland und Frankreich miteinander kommunizieren und dies ggf. auch auf höherer Ebene tun, bis ein abgestimmter Text vorliegt, der von mir übernommen werden kann.⁵⁶⁰

Nicht zu unterschätzen sind die persönlichen Beziehungen zu Kollegen im anderen Ministerium, die die Arbeit erleichtern.⁵⁶¹ Auf die Frage, ob es darum geht, inhaltliche Fortschritte zu machen, antwortet Gault « Pour cela, il faudrait plus de temps, avec des 'Spielpausen' de plusieurs heures. »⁵⁶² Die französische Ministerin hat im interministeriellen Gefüge Frankreichs vermutlich eine geringe Durchsetzungskraft, was offensichtlich ein Grund dafür ist, nur Themen anzusprechen, die vorher auf Arbeitsebene diskutiert worden sind.

2.3. Die Bedeutung des Umweltrates

Am 2. November 1989 stellte sich der Umweltrat in einem Schreiben des Ministeriums des Auswärtigen an den französischen Außenminister folgende Aufgaben:

- a) auf eine Abstimmung der Umweltpolitiken beider Länder hinzuwirken,
- b) Umweltprobleme bilateraler Art zu erörtern,

⁵⁵⁶ Schlegelmilch, 11.12.2006.

⁵⁵⁷ Frankreich wünschte sich stark deutsche Unterstützung bei der Aufnahme der Vogeljagd ins Richtliniendokument. Da die dortige Formulierung allerdings nicht spezifisch genug ist, würde der Schutz z.B. des Kormorans nicht ausreichend gewährleistet. Von deutscher Seite kam der Hinweis, dass Frankreich wahrscheinlich ohnehin die Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten auf seiner Seite hat und deshalb nicht so sehr auf die deutsche Zustimmung angewiesen ist. Nach mehreren Wochen wurde einer der ersten Vorschläge übernommen: zwei Sätze hintereinander, zusammenhangslos stehen zu lassen, so dass beide Seiten zufrieden sind.

⁵⁵⁸ Vgl. Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁵⁹ Martin-Phipps, 20.10.2006

⁵⁶⁰ Schlegelmilch, 11.12.2006.

⁵⁶¹ Vgl. Schlegelmilch, 11.12.2006.

⁵⁶² Gault, 17.10.2006.

c) die Positionen beider Länder im Hinblick auf die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften und auf internationaler Ebene zu beraten,

d) gemeinsame Initiativen im Hinblick auf internationale Umweltfragen zu entwickeln.

Ein Blick auf die gewählten Verben, weist bereits auf die tatsächliche Entscheidungskompetenz und damit Bedeutung des Umweltrates hin. Während es beim 15. Umweltrat zu Beratungen der europäischen Umweltpolitik und zu einer gemeinsamen Initiative kam, fanden die anderen Punkte nur wenig Beachtung. Aussagekräftig ist der Umfang des kulturellen Rahmenprogramms, von dem die eigentliche Arbeitssitzung umgeben ist.

Anhand von drei Bereichen soll die Bedeutung des Umweltrates analysiert werden. Zunächst sind die Einflüsse der Ergebnisse auf die nationale Umweltpolitik ein Gradmesser: Wie sehr arbeiten Frankreich und Deutschland daran, ihre Umweltpolitiken aufeinander abzustimmen? Außerdem spiegelt die Medienberichterstattung das gesellschaftliche Interesse am Umweltrat wieder. Schließlich wird die umweltpolitische Bedeutung des Umweltrats aus Sicht der Teilnehmer beleuchtet.

Auf dem 15. Umweltrat sprach Bundesminister Gabriel seiner Amtskollegin Nelly Olin seine Unterstützung bei der von Olin gestarteten Biodiversitäts-Kampagne aus. Beide einigten sich auf eine Kampagne zum Schutz des Regenwaldes. Außerdem zeigte sich Frankreich an der deutschen Windenergie interessiert und überraschte mit dem Wunsch, in diesem Bereich in den nächsten Jahren intensiver zusammenzuarbeiten. Ein Beamtenaustausch lag besonders den Franzosen am Herzen. Dieser Vorschlag scheiterte bereits 2004 auf deutscher Seite aufgrund der mangelnden Französischkenntnisse und des mangelnden Interesses. Frankreich legte in diesem Jahr bereits eine Liste von interessierten Mitarbeitern vor. Diese Ergebnisse⁵⁶³ sind verhältnismäßig kleine Errungenschaften, die sich auf kleine Initiativen beschränken, aber nicht die Leitlinien der Umweltpolitik verändern. Die Auswirkung des Umweltrats auf die nationale Umweltpolitik ist demzufolge gering. Hinsichtlich der nationalen Europapolitik wurden, bis auf die Zusicherung Deutschlands intensiv über seine Erfahrungen mit der Ratspräsidentschaft zu berichten, keine neuen Abmachungen getroffen. (siehe 2.2.4 Euro5/6).

Während über den ersten Umweltrat zahlreiche Artikel veröffentlicht wurden, hält sich die Berichterstattung über die späteren Treffen in Grenzen. Eine Ausnahme bilden die Zusammenkünfte, bei denen Einigungen über neue Technologien erreicht wurden.⁵⁶⁴ In Frankreich sind internationale Angelegenheiten nur für die Medien interessant, wenn der Präsident beteiligt ist.⁵⁶⁵ Martin-Phipps fasst zusammen :

⁵⁶³ Weitere Ergebnisse sind dem Kommuniké Anhang VIII. zu entnehmen.

⁵⁶⁴ Dies war 2003 beim 12. Umweltrat in Potsdam der Fall, als sich Jürgen Trittin und Roselyne Bachelot-Narquin, für die Verwendung eines Rußfilters bei Dieselmotoren aussprachen. Beide Umweltminister sagten zu, sich dementsprechend in der EU für strengere Abgasgrenzwerte für Dieselmotoren einsetzen zu wollen.

⁵⁶⁵ Vgl. Quickert-Menzel, 26.10.2006.

Le problème avec l'environnement, c'est que les sujets sont souvent très techniques. Pour le coup, les média [sic!] sont peu intéressés car ils savent que leurs lecteurs ou auditeurs ne sont pas intéressés non plus. Les Français sont beaucoup moins concernés par l'écologie que les Allemands.⁵⁶⁶

Das Interesse der Printmedien am 15. Umweltrat war sehr gering. Ein deutscher Journalist, der in Paris für das deutsche Radio arbeitet, sagte nach der Pressekonferenz: „Je weiter das Treffen von Paris entfernt stattfindet, desto unwahrscheinlicher ist die Berichterstattung über den Umweltrat.“ Bei der Pressekonferenz des 15. Umweltrates waren zwar sechs der sieben benachrichtigten Journalisten von RFI, l'AFP, ARTE, la lettre de l'environnement, Frankfurter Rundschau und ZDF anwesend. Die veröffentlichten Berichte beschränkten sich jedoch in Deutschland auf einen in der Internetausgabe der Frankfurter Rundschau und in Frankreich auf ein dreiminütiges Interview mit Elisabeth Louvet im Radiosender RFI. Daneben wurde auf der Homepage des BMU eine Pressemitteilung veröffentlicht, dies blieb in Frankreich gänzlich aus.

Vor dem Hintergrund der Stellung der nationalen Umweltpolitik (siehe 1.2) bleibt die Frage, wie sinnvoll der deutsch-französische Umweltrat ist.

[Der] Rat dient v.a. der Pflege der besonderen [deutsch-französischen] Beziehungen und kann dazu beitragen, dass die beiden Minister im Rahmen des EU-Umweltrates enger kooperieren/gemeinsame Interessen nachdrücklicher voranbringen können. [Der] Sinn [ist] vor dem Hintergrund des immensen Vorbereitungsaufwands und des geringen outputs allerdings zu hinterfragen.⁵⁶⁷

Dagegen betont Schlegelmilch, dass „hier eine institutionalisierte Form des Informations- und Meinungsaustausches existiert, die sonst in dieser Form mit keinem anderen Staat existiert – wenn auch mit zahlreichen, gerade auch neuen Mitgliedstaaten, formalisierte Kooperationen existieren.“ Martin-Phipps unterstreicht, dass der Umweltrat die deutsch-französische Freundschaft stärkt und dass sich beide Länder über die EU-Umweltpolitik einigen können. Dies wiederum bewirkt, dass beide Länder im europäischen Umweltrat oft gemeinsame Position einnehmen können.⁵⁶⁸ Louvet erklärte im Radiointerview, dass das deutsch-französische Tandem auf europäischer und internationaler Ebene im Bereich Umwelt weiterhin eine bedeutende, Impuls gebende Rolle spiele.⁵⁶⁹

Hinsichtlich bilateraler Umweltprobleme wurden von Margit Conrad, der rheinland-pfälzischen Staatsministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, die Ansiedlung des Lachses im Rhein und das Geothermieprojekt in Soultz-sous-Fôrets ⁵⁷⁰ angesprochen. Durch deren

⁵⁶⁶ Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁶⁷ Hofmann, 06.09.2006

⁵⁶⁸ Martin-Phipps, 20.10.2006

⁵⁶⁹ Vgl. Louvet, 25.09.2006.

⁵⁷⁰ Das Geothermieprojekt ist eine Anlage zur Erforschung der Energiegewinnung aus Tiefenwärme im Elsass. Neben anderen europäischen Partnern, finanzierten Deutschland und Frankreich es zu gleichen Teilen. Nach jahrelangen Bohrungen kam es, aufgrund von lokalen Widerständen gegen bestimmte Verfahrenstechniken, nur zu einem geringen wirtschaftlichen Nutzen. Nach Spannungen zwischen den Partnern wurde die Fortsetzung des Projekts infrage gestellt. Im Herbst 2006 einigten sich die Partner darauf, bis zur Ausschöpfung der bereits gezahlten Gelder zumindest auf weitere wissenschaftliche Ergebnisse hinzuarbeiten. Weitere Informationen unter: <http://www.soultz.net/fr/>

wiederholte Thematisierung auf dem Umweltrat erhalten sie eine wichtigere Stellung und im Falle des Geothermieprojektes öffentlichen Rückhalt von beiden Ländern.

Zum Punkt Abstimmung der Umweltpolitiken beider Länder muss zugegeben werden, dass allein durch den jährlichen Dialog keine Abstimmung erzielt wird. Die gegenseitige Berichterstattung kann höchstens motivierend wirken. Dies ist z.B. im Bereich der Windenergie der Fall.⁵⁷¹ Hofmann beschreibt den Zweck des Umweltrates mit den Worten: „Neunzig Prozent Beschnuppern und zehn Prozent Inhalt“. Ein Mitglied der deutschen Delegation fasste das Treffen wie folgt zusammen: „Es gibt viele Möglichkeiten, seine Zeit zu verschwenden. Die deutsch-französische Freundschaft ist wichtig. Wie gut sie ist, wird sich zeigen, wenn es zu schwierigen Themen kommt.“

Dennoch nimmt mit der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung im Zeichen der Globalisierung die Dringlichkeit der internationalen Zusammenarbeit zu.⁵⁷² Daher ist es umso wichtiger, dass sich einzelne Staaten bilateral einigen, um multilateral mit Forderungen stärker auftreten zu können. So gesehen wäre die deutsch-französische Zusammenarbeit im Umweltrat sinnvoll und zur Nachahmung zu empfehlen. Aufgrund des unterschiedlich ausgeprägten nationalen Gewichts der Umweltministerien werden die Themen allerdings häufig so gewählt, dass ein kleiner gemeinsamer Nenner auffindbar ist. Innerhalb des deutsch-französischen Umweltrates wird es nicht zu Bahn brechenden Entscheidungen kommen. Dies ist nicht einmal zu kritisieren, da sich der Umweltrat lediglich zur Aufgabe gestellt hat, „auf eine Abstimmung der Umweltpolitiken beider Länder hinzuwirken“, nicht jedoch *eine* gemeinsame Umweltpolitik zu erreichen. Außerdem geht es laut Grundlagenpapier darum, Umweltprobleme bilateraler Art zu erörtern, nicht aber sie zu lösen; Positionen beider Länder sollen im Hinblick auf die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften und auf internationaler Ebene beraten werden, es soll dagegen keine gemeinsame Position erarbeitet werden. Abgesehen von der Entwicklung gemeinsamer Initiativen im Hinblick auf internationale Umweltfragen, ist das Lösen der Aufgaben problemlos, vor allem wenn heikle Themen erst gar nicht angesprochen werden.

Fraglich bleibt, ob es notwendig ist, ein bilaterales Gremium zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten, in dem wenig mehr geschieht, als von den Standpunkten der nationalen Umweltpolitiken zu berichten. So formulierte Oppeln noch vor der Gründung des Rates: « Celui-ci [Le Conseil] pourrait se fixer comme objectif de supprimer les barrières existantes et de mettre un terme aux préjugés qui pèsent encore sur la coopération franco-allemande. »⁵⁷³ Auch heute bleibt der Wunsch, sich auf wenige aber umstrittene Themen zu begrenzen, was im Rahmen eines eher inhaltlich aber dafür weniger kulturell ausgerichteten Programms möglich wäre. Die deutsch-französische Freundschaft ist meines Erachtens stabil genug, um Probleme gemeinsam angehen zu können. Wenn die Rechtfertigung des Umweltrates auch in Frage gestellt wird, kein Minister wird es wagen, den Umweltrat abzuschaffen. Dies ist gut so, denn wie Hickmann sagt: „Nur wenn

⁵⁷¹ Vgl. Martin-Phipps, 20.10.2006.

⁵⁷² Oberthür (2005), S. 68.

⁵⁷³ Oppeln (1989), S. 257.

der Partner vom anderen weiß, welche Einstellungen bei der politischen Handlung zu Grunde liegt, können Mißverständnisse vermieden werden und eine fruchtbare Politik betrieben werden.“⁵⁷⁴

⁵⁷⁴ Hickmann (1992), S. 497.

IV. Zwischen symbolischer Funktion und europäischer Notwendigkeit

„Un conseil franco-allemand sur l'environnement, c'est un conseil de plus, c'est de la routine entre deux pays qui collaborent souvent ensemble ou vraiment vous en attendez quelque chose? »⁵⁷⁵ fragt Dominique de Courcelles, Moderatorin von RFI, zu Recht. Denn der tatsächliche Nutzen der zahlreichen deutsch-französischen Gremien ist nicht offensichtlich. Obgleich die Bedeutung politischer Gesten in dieser Arbeit unberücksichtigt blieb, ist deren hoher Stellenwert in der deutsch-französischen Zusammenarbeit unbestritten. Der symbolischen Akte gibt es viele. So präsentierte das Händehalten Mitterrands und Kohls am 22. September 1984 in Verdun Einigkeit und Zusammenhalt. Auch die gegenseitigen Freundschaftsbekundungen und Antrittsbesuche der Staatsoberhäupter belegen die enge Verbundenheit und den gegenseitigen Respekt. Bei europäischen Treffen ist die Sitzordnung beider Länder nebeneinander, wie auch bei der 50-Jahr-Feier Europas in Berlin, auffällig. Einige dieser Beispiele zeugen zwar von protokollarischer Pflicht, aber dennoch von besonderer Aufmerksamkeit dem Nachbarstaat gegenüber.

Nach - im Bereich der Umwelt - zunächst gespannten deutsch-französischen Beziehungen, sollte 1989 das Schaffen eines bilateralen Umweltrates dem Rest Europas beweisen, dass Frankreich und Deutschland Willens sind, in diesem Feld an einem Strang zu ziehen. Dies findet mittlerweile auf Arbeitsebene statt. Frankreich und Deutschland verfolgen viele gemeinsame Ziele, wie die Verbesserung der Hochwasservorsorge, eine Verminderung der Partikelemissionen von Diesel-PKW oder die Fortentwicklung der nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung. Die Tatkraft des Umweltrates ist dagegen, wie oben gezeigt, gering. Statt konkrete Ergebnisse zu erzielen, dient er vor allem dem Dialog. Die Einbindung des Arbeitstreffens in einen breiten kulturellen Rahmen unterstreicht diese vor allem symbolische Zusammenarbeit. Auch die Gründung des Umweltrates ist demnach als symbolischer Akt zu sehen. Ist daran etwas auszusetzen?

Ohne Zweifel könnten die Zusammenkünfte der Umweltminister produktiver sein. Durch die regelmäßige Teilnahme von Vertretern aus den Regionen wären die Umweltratssitzungen folgenschwerer, weil diese sich für konkrete grenzüberschreitende Projekte einsetzen würden. Auch die Einbeziehung und Anwesenheit von, in den Grenzregionen aktiven, Umweltschutzverbänden würde für die deutsch-französischen Umweltbeziehungen vorteilhaft sein. Denn so könnte die Ebene des Dialogs verlassen und die der Taten betreten werden. Den Verbänden und damit der Öffentlichkeit würde auf diese Weise signalisiert, dass lokales Engagement Beachtung findet und für den Schutz der Umwelt unabkömmlich ist. Die Produktivität des Umweltrates würde zunehmen, wenn Schwerpunkte auf brisante Themen gelegt würden. Unter der Voraussetzung eines politischen Willens zur Einigung, könnten im Gespräch Probleme detailliert bearbeitet und Hindernisse überwunden werden.

⁵⁷⁵ Elisabeth Louvet im Interview mit Dominique de Courcelles, RFI, 25.09.2006.

Selbst nach diesen Einwänden zur Produktivität des Umweltrates: er ist trotz und wegen seiner symbolischen Aufgabe schon jetzt eine sinnvolle und notwendige Einrichtung. Denn ob nun aus historisch verpflichtender Freundschaft, aus Verantwortung der Umwelt oder der EU-Umweltpolitik gegenüber zusammengearbeitet wird, das Ergebnis ist gleich: Ein „permanenter Dialog, der ständige Versuch, die Denkschemata des Nachbarn [...] zu ergründen, ein ständiger Kontakt auf allen Ebenen sind die besten Bausteine für ein solides, umweltbewußtes europäisches Haus.“⁵⁷⁶ Der Dialog ist eine Chance für eine fortschrittliche europäische Umweltpolitik, er wird verstärkt, wenn Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten. Durch den regelmäßigen Kontakt entsteht eine Vertrauensbasis, durch welche beide Länder bei europäischen Problemen Mittlerrollen übernehmen können. Gegenüber anderen Mitgliedstaaten der EU hat eine deutsch-französische Übereinstimmung auf umweltpolitischer Ebene Vorbildcharakter.

Folglich sind die deutsch-französischen Umweltbeziehungen unentbehrlich. Dies wird auch durch die Tatsache deutlich, dass Umweltprobleme nicht an einer politischen Grenze Halt machen. Die enge Zusammenarbeit zweier Länder im Bereich der Umwelt ist im Rahmen der europäischen Ebene sinnvoll und kann auch international fruchtbar sein. Dies war im Hinblick auf die EU-Richtlinie für erneuerbare Energien im März 2007 nicht der Fall. Hier haben Frankreich und Deutschland ihre gute Freundschaft nicht genutzt, denn im Vorfeld kam es zu keiner Einigung. Offensichtlich stoßen die bilateralen Umweltbeziehungen Frankreichs und Deutschlands an Grenzen. Zu stark nämlich sind die nationalen Gegebenheiten wie die Energiepolitik und Lobbygruppen, zu unterschiedlich ist die Stellung der Umwelt. Denn die Voraussetzungen für den gemeinsamen Einsatz für eine Umweltrichtlinie auf EU-Ebene sind ähnliche wirtschaftliche und politische Aussichten sowie ein ähnlich ausgeprägter Wille, bei Bürgern und in der Industrie, zur Akzeptanz von strengeren Umweltnormen.

Allerdings werden die umweltpolitischen Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich schwächer. Nicht zuletzt weil das Umweltbewusstsein in Frankreich steigt, bewegen sich beide Länder in die gleiche Richtung. In Frankreich ist der Bedeutungsanstieg der Umwelt z.B. am Umbau der städtischen Infrastruktur im Sinne der Nachhaltigkeit erkennbar. Die Anwendung des Verursacherprinzips in Frankreich ist ein weiteres Indiz für die Annäherung der französischen und deutschen Umweltpolitik. Der Wille zur Zusammenarbeit im Umweltschutz muss zumindest auf Ebene der Umweltministerien bestehen. Mit dem Ziel der besseren Verständigung kam deshalb von französischer Seite bereits zweimal die Anfrage, Personal auszutauschen. Dies ist vor allem im Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft angedacht, aber auch auf Fachebene erwünscht.

Wenn nun bereits Frankreichs und Deutschlands Umweltminister zusammenarbeiten, dann ist die Gefahr eines Vetos gegen eine europäische Umweltnorm kleiner. Die Bereitschaft aller EU-Umweltminister zur Zusammenarbeit wird sich im Juni 2007 auf der EU-Umweltministerkonferenz zeigen. Doch auch hier wird gelten: Die Handlungsfähigkeit eines Ministers hängt von seiner Stellung im interministeriellen Gefüge ab, also davon, wo im politischen System Umweltpolitik

⁵⁷⁶ Hickmann (1992), S. 502.

tatsächlich gemacht wird. Deshalb ist auch die Bedeutung des Themas für den Regierungs- bzw. Staatschef maßgeblich. Vergleicht man die umweltpolitischen Aktivitäten in Frankreich und Deutschland, so ergibt sich diesbezüglich eine ausgeprägte Ungleichzeitigkeit⁵⁷⁷, die in den Jahren der deutschen und französischen EU-Ratspräsidentschaften ein Ende finden könnte. Deutschland gibt sich immerhin klimapolitisch fortschrittlich und umweltbewusst. Offen bleibt, ob Frankreich wie vorgesehen seine EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 in einer Linie mit der deutschen weiterführt. Vorerst ist jedoch entscheidend, welche Bedeutung der neue Präsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, der Umwelt zuspricht.

⁵⁷⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (1996), S. 27.

V. Literaturverzeichnis

Abele, Klaus: Grenzüberschreitende Ausweisungen von Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg, Frankreich und der Schweiz am Beispiel Oberrhein, Baden-Baden 1997.

Ammon, Günther (1989): „Umweltbewußtsein in Deutschland und Frankreich“, in: *Lendemain* 14/54, S. 144-149.

Appleton, Andrew (2005): Associational Life in Contemporary France, in: Cole/Galès/Levy, S. 54-69.

Ariès, Paul/**Terras**, Christian: José Bové. Die Revolte eines Bauern. Hamburg, 2001.
José Bové. La révolte d'un paysan, Villeurbanne Cedex, 2000

Barthe, Susan (Hg.): Die verhandelte Umwelt. Zur Institutionalisierung diskursiver Verhandlungssysteme im Umweltbereich am Beispiel der Energiekonsensgespräche, Baden-Baden 2001.

bast - Bundesanstalt für Straßenwesen (Hg.): Umweltbewusstsein und Verkehrsmittelwahl, in: Mensch und Sicherheit Heft M113, Bergisch Gladbach 1999.

Bayrische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) (Hg.): Wir und die Natur-Naturverständnis im Strom der Zeit, Tittmoning 2001.

Beck, Ulrich (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1998.

Beleke, Norbert (Hg.): Wer ist wer? Das deutsche Who's who. XL II, 2003/04, Lübeck 2003.

Bergmann, Susanne: Der Schutz der Umwelt im französischen Recht. Eine Darstellung von Grundstrukturen privatrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und strafrechtlichen Umweltschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsverfolgungschancen Privater, Berlin 1996

Bernhardt, Annegret (2003): *Alles im grünen Bereich? Umweltberichterstattung in der überregionalen deutschen und französischen Presse am Beispiel Greenpeace*, Diplomarbeit, Universität Leipzig.

Bethge, Herbert: Verfassungsrecht. Eine Einführung für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Kulturwirte und Teilnehmer der Bachelor- und Masterstudiengänge, München 2004.

Blume, Georg (1989): „Auf der Suche nach einer umweltpolitischen Moral. Frankreich“, in: Franken/Ohler, S.21-29.

BLE/Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau (Hg.): bio-Siegel Report, Bonn, Ausgabe 04/2006.

BMU (Hg.): Umweltbewußtsein in Deutschland 1996, Bonn 1996.

BMU (Hg.): Umweltpolitik. Umweltbewusstsein in Deutschland 2004, Bonn 2004.

BMU (Hg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin 2006a.

BMU (Hg.): Umweltbewusstsein 2006, Paderborn 2006b.

BMU (Hg.): 20 Jahre Bundesumweltministerium. Leistungen-Herausforderungen-Perspektiven. Eine kritische Gratulation aus der Wissenschaft, Berlin 2006c

BMU (Hg.): Die Umweltmacher. 20 Jahre BMU- Geschichte und Zukunft der Umweltpolitik, Berlin 2006d.

BMU (Hg.): Abfallwirtschaft in Deutschland. Motor für Jobs und Innovation, Berlin 2006d.

- Bosselmann, Klaus/Schröter, Michael W.:** Umwelt und Gerechtigkeit. Leitlinien einer ökologischen Gesetzgebung, Baden-Baden 2001.
- Bortzmeyer, Martin/Racape, Joseph (2000):** « Derrière José Bové », in : *Mouvement*, Nr8/ ?, S. 84-92.
- Boy, Daniel :** « Les parlementaires et l'environnement », in ; *Cahiers du Proses*, Nr.7/2003.
- Brand, Karl-Werner (Hg.):** Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Darmstadt 1985.
- Bulletin Nr. 121,** Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 08.11.1989.
- Bungarten, Harald H.:** Umweltpolitik in Westeuropa. EG, internationale Organisationen und nationale Umweltpolitiken, Bonn 1978.
- Bültmann, Alexandra/Wätzold, Frank (Hg):** Der Vollzug von Umweltrecht in Deutschland. Ökonomische Analyse von Fallstudien, Marburg 2002.
- Caro, Céline (2006):** Umweltpolitik im Paradies der Kernkraftbauer. Die französischen Grünen, in: Deutsch-Französisches Institut. S.179-197
- CIRAC/DFI/DPAG/IFRI (Hg.):** Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen 1995.
- Claval, Paul (1996):** „L'environnement comme enjeu politique“, in: Néboit-Guilhot/Davy, S. 316-333.
- Cole, Alistaire/Galès, Patrick Le/Levy, Jonah (Hg.):** Developments in French Politics 3, New York 2005.
- Crédoc (Hg.) :** Les Français sont-ils prêts à plonger les mains dans leurs poubelles ?, *Consommation et Modes de Vie*, Nr. 88, 1994.
- Crédoc (Hg.) :** Nouveau regard dans nos poubelles, *Consommation et Modes de Vie*, Nr.152, 2001.
- Crédoc (Hg.):** Environnement et sécurité : nouvelles préoccupations des automobilistes, *Consommation et Modes de Vie*, Nr. 181, 2005.
- Defeuilley, Christophe/Quirion, Philippe (1995):** « Les déchets d'emballages ménagers : une analyse économique des politiques allemande et français », in : *Économie et Statistique*, Nr.290-10, S. 69-79.
- Dernbach, Beatrice/Heuer, Harald:** Umweltberichterstattung im Lokalen. Ein Praxishandbuch, Wiesbaden 2000.
- DFI (Hg.):** Frankreich Jahrbuch 1991, Opladen 1991.
- DFI (Hg.):** Frankreich Jahrbuch 2005. Bildungspolitik im Wandel, Wiesbaden 2006.
- Diekmann, Andreas/Preisendörfer, Peter:** Umweltsoziologie. Eine Einführung, Reinbek bei Hamburg 2001.
- Döring, Thomas:** Subsidiarität und Umweltpolitik in der europäischen Union, Marburg 1997.
- Duclos, Nathalie (2000) :** « Fractures nouvelles au sein du syndicalisme agricole », in : *La Revue socialiste*. Nouvelle série, Nr. 4, Paris, Solfé Communications, S. 138-145.
- Engelsberger, Christian:** Der Vollzug europarechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Umweltschutzes: rechtliche Vorgaben und Verwaltungspraxis anhand einer empirischen Umfrage bei Behörden und Umweltschutzverbänden in Deutschland, Berlin 1998.
- Eßbach, Wolfgang (Hg.):** Welche Modernität? Intellektuellendiskurse zwischen Deutschland und Frankreich im Spannungsfeld nationaler und europäischer Identitätsbilder, Berlin 2000.
- Europäische Kommission (Hg.):** Statistische Grundzahlen der Europäischen Union, Luxemburg 1996.
- Fischer, Michael (1995):** „Gemeinschaft der Verschmutzer“, in: CIRAC/DFI/DPAG/IFRI (Hg), S. 319-335.

- Fourel, Christophe/Loisel, Jean-Pierre** (1999): « Huit Français sur dix concernés par la vie associative », in : Crédoc. Consommation et Mode de vie, Nr 133, o.S.
- Fournier Jacques**: Le travail gouvernemental, Paris, Presses de la fondation nationale des sciences politiques u.a., 1987.
- Franken, Michael/Ohler, Walter** (Hg.): Natürlich Europa.1992-Chancen für die Natur?, Köln 1989.
- Frisch, Alfred** (2003): „Atomenergie und Wiederaufbereitung. Frankreichs energiepolitischer Alleingang“, in: *Dokumente* 57/3, S.222-226.
- Frensch, Rita** (1995): „Auf dem Weg zu einer europäischen Umweltpolitik. Ansätze und Probleme“, in: Joußen/Hessler, S. 171-184.
- Fürst, Volker** (2004): Umweltpolitisches Regieren im Wandel. Zur Transformation von Staatlichkeit in weltmarktoffenen Staaten, Dissertation, Freie Universität Berlin. Online veröffentlicht: <http://www.diss.fu-berlin.de/2004/192/index.html>.
- Glaeser, Bernhard**: Umweltpolitik zwischen Reparatur und Vorbeugung. Eine Einführung am Beispiel Bundesrepublik im internationalen Kontext, Opladen 1989.
- Gouhier, Jean** (1996) : « L'évolution de la gestion des déchets ménagers et urbains : le développement de la conscience environnementale au quotidien », in : Néboit-Guilhot/Davy, S. 274-282.
- Guillois, Thierry** (1991): „Die Vereinsbewegung - Spiegel der französischen Gesellschaft“, in Deutsch-Französisches Institut.
- Günther, Edeltraud/Krebs, Maja** (Hg.): „Aufgaben- und Organisationsstruktur der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Dresdner Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre*, Nr. 40/00; zudem veröffentlicht: <http://hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1004079063625-2687>
- Haan, Gerhard de** (Hg.): Umweltbewußtsein und Massenmedien, Berlin 1995.
- Haan, Gerhard de/ Kuckartz, Udo** (Hg.): Umweltbewußtsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen, Darmstadt 1996.
- Hangen, Claudia**: Die Partei der Grünen in Frankreich. Ideologie und Bewegung, Wiesbaden 2005.
- Hartkopf, Günther/Bohne, Eberhard** (Hg.): Umweltpolitik Band 1.Grundlagen, Analysen und Perspektiven, Opladen 1983.
- Hartwich, Kai Ulrich** (1994): „Der französische ‚Grüne Punkt‘. Umweltpolitik im deutsch-französischen Vergleich“, in: *Dokumente*, 50/4, S. 303-307.
- Heiland, Stefan** (2001): „Naturverständnis und Umgang mit Natur“, in: Bayrische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.) , S.5-17.
- Hickmann, Thorsten** (1992): „Ein umweltbewusstes europäisches Haus“, in *Dokumente* 48/6, S.497-502.
- Hickmann, Thorsten** (1993): „Grenzüberschreitende Kultur und Umweltschutz im Oberen Rheintal“, in: *Dokumente* 49/6, S. 473-477.
- Huber, Joseph**: Allgemeine Umweltsoziologie, Wiesbaden 2001.
- IKSR** (Hg.): Rhein Aktuell, Nr.22/März 2004.
- Ifen** -Institut français de l'environnement (Hg.): Le 4 pages. L'environnement, de plus en plus intégré dans les gestes et attitudes des Français, Orléans 2006.
- Ifen** -Institut français de l'environnement (Hg.): The Environment in France, Orléans 1999.
- Insee**, Nr. 607, 1998.

- Jacob**, Jean (2004): « Le paysan et le philosophe: José Bové et Jacques Ellul », in : *Hérodote*, Jhg o.A./Nr. 113, S. 174-204
- Jansen**, Günter (1997): *Umweltpolitik in der Euroregio Maas-Rhein. Ein Vergleich*, Dissertation, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen.
- Jansen**, Peter (2005): „Frankreich. Verbände- eine Rechnung mit vielen Unbekannten“, in: Reutter/Rütters, S. 125-150.
- Jänicke**, Martin (1990): „Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im internationalen Vergleich, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 13.Jg. S.213-232.
- Jänicke**, Martin (1998): „Umweltpolitik: Global am Ende oder am Ende global? Thesen zu ökologischen Determinanten des Weltmarktes“, in: Beck, S. 332-344.
- Jänicke**, Martin (2005): „Staatliche Umweltpolitik am Beispiel Deutschlands“, in: *Informationen zur politischen Bildung. Umweltpolitik 287/o.A.*, S. 52-57.
- Jänicke**, Martin/**Weidner**, Helmut (1997) : „Zum aktuellen Stand der Umweltpolitik im internationalen Vergleich“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B27/97, S. 16
- Jeannotat**, Romain (1990): „Französischer Umweltschutz verstärkt. Der ‚Plan vert‘ für das Jahr 2000“, in: *Dokumente 46/6*, S.490-494.
- Jobst**, Jacob (1996): „Umweltpolitik. 25 Jahre Umweltministerium Bayern“, in: *UmweltMagazin*, 25 1-2/1996, S. 11.
- Jörgensen**, Kirsten (2002): *Ökologisch nachhaltige Entwicklung im föderativen Staat. Das Beispiel der deutschen Bundesländer*, FFU-report 04-2002, Berlin.
- Joußen**, Wolfgang/**Hessler**, Armin G. (Hg): *Umwelt und Gesellschaft. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Umweltforschung*, Berlin 1995.
- Kimmel**, Adolf/**Uterwedde**, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich*, Bonn 2006.
- Knill**, Christoph (2005): „Entwicklungen innerhalb der EU“, in: *Informationen zur politischen Bildung. Umweltpolitik 287/o.A.*, S.62-68.
- Kösters**, Winfried (Hg): *Umweltpolitik. Themen, Probleme, Perspektiven*, München 2002.
- Kuckartz**, Udo (2005): „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten“, in: *Informationen zur politischen Bildung. Umweltpolitik 287/o.A.*, S.4-8.
- KPMG Deutsche Treuhand Gruppe** (Hg): *Umweltrecht in Deutschland*, Berlin/Düsseldorf 1994.
- Krause**, Susanne (1990): Grün, grüner, am grünsten. Frankreichs neues Umweltbewußtsein, in: *Dokumente 46/4*, S. 318-322.
- Leggewie**, Claus (1985): Propheten ohne Macht. Die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich zwischen Resignation und Fremdbestimmung, in: Brand, S. 83-139.
- Lehmann**, Jürgen (1995): „Massenmedien und ökologisches Handeln“, in: Haan, S.115-121.
- Littig**, Beate: *Die Bedeutung von Umweltbewußtsein im Alltag oder: Was tun wir eigentlich, wenn wir umweltbewußt sind?*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.
- Looß**, Anneliese (1995): „Entwicklungsstationen der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland - Von der Symptombekämpfung zur präventiven Umweltpolitik?“, in: Joußen/Hessler, S.143-169
- Loske**, Reinhard (1989): „Verstrickt in die neue Unübersichtlichkeit. Bundesrepublik Deutschland“, in: Franken/Ohler, S. 67-82.
- Margedant**, Udo (1987): „Entwicklung des Umweltbewusstseins in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B29/87, S. 15-28.

Maresca, Bruno: Associations et cadre de vie. L'institutionnalisation des questions de l'environnement, Paris Crédoc 2002.

Martin, Jean-Philippe (2003): « José Bové, un activiste sans projet ? », in: *Modern and Contemporary France* 11/3, S. 307- 321.

Mathieu, Jean-Luc (Hg): La défense de l'environnement en France, Paris, Presses universitaires de France, 1992.

Mény, Yves (2005): „Interessengruppen in Frankreich. Vom Pluralismus keine Spur“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.), S. 286-301.

Ministère des affaires étrangères : Recueil des traités et accords de la France: Décret n° 92-885 du 27 août 1992 portant publication de l'accord sous forme d'échange de lettres entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la création d'un conseil franco-allemand de l'environnement, signé à Bonn le 2 novembre 1989, Paris 1992, S. 439.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Die institutionelle Dimension der Umweltpolitik. Eine vergleichende Untersuchung zu Frankreich, Deutschland und der Europäischen Union, Baden-Baden 1996.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Europäische Umweltpolitik - Der deutsche Umgang mit einem transnationalen Problem, in: Schneider/Jopp/Schmalz, S. 449-476.

Müller, Edda (1994): „Das Bundesumweltministerium – „Randbereich“ der Bundesregierung? Organisationsreform mit dem Taschenrechner“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4/25 , S. 611-619.

Müller, Edda: Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik- (Ohn)macht durch Organisation?, Opladen 1995.

Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Grüne Parteien in Westeuropa, Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen, Opladen 1993. , S. 115-117

Néboit-Guilhot, René/**Davy**, Lucette: Les français dans leur environnement, Paris, Nathan 1996.

Nohlen, Dieter (Hg.) Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe. München 1998.

Nullmeier, Frank/**Rubart**, Frauke/**Schultz**, Harald (Hg.): Umweltbewegungen und Parteiensystem. Umweltgruppen und Umweltparteien in Frankreich und Schweden, Berlin 1983.

Oberthür, Sebastian (2005): „Internationale Umweltpolitik“, in: *Informationen zur politischen Bildung. Umweltpolitik* 287/o.A., S.68-72.

Oppeln, Susanne von (1989) : « Politique de l'environnement : Comparaison entre la RFA, la RDA et la France », in : *Allemagne d'aujourd'hui* 109,110/1989, S. 243-258.

Pehle, Heinrich: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ausgegrenzt statt integriert? Das institutionelle Fundament der deutschen Umweltpolitik. Wiesbaden 1998.

Pfromm, Rüdiger (Hg.): Mensch-der Welt Ruin? Ökologische Perzeption und Perspektiven in Deutschland und Frankreich, Dokumentation einer Kooperationstagung der Theodor-Heuss-Akademie mit dem Carolus-Magnus-Kreis, Gummersbach 1991.

Pfromm, Rüdiger (Hg.): Und Europa wächst zusammen, Rheinbach 1995.

Pfromm, Rüdiger (1995): Protection de l'environnement en France et en Allemagne - un thème européen au lycée allemand présente à l'aide de caricatures, in: Pfromm, S. 81-97.

Pfromm, Rüdiger (1995):Umweltschutz in Europa. Wie weit ist unser Umweltbewusstsein? Ökologie und Deutschland und Frankreich, in: Pfromm , S. 45-64.

Pingaud, Denis: La longue marche de José Bové. Biographie, Paris, Edition du Seuil, 2002.

Poujade, Robert: Le ministère de l'impossible, Paris, Calmann-Levy, 1975.

- Prendville**, Brendan: Aux sources de l'écologie politique, in : Gouzien, Annie/Louarn, Patrick le (Hrsg.): Environnement et politique. Constructions juridico-politique et usages sociaux, Rennes 1996, S.19-34.
- Preisendörfer**, Peter: Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland, Opladen 1999.
- Prieur**, Michel: Droit de l'environnement, Paris, Dalloz, 1991.
- Quermonne**, Jean-Louis: Le Gouvernement de la France sous la Ve République, Paris, Dalloz, 1980. 51
- Rehbinder**, Eckard: Das Vollzugsdefizit im Umweltrecht und das Umwelthaftungsrecht, Leipzig 1995. (Herausgegeben von der Juristenfakultät der Universität Leipzig.)
- Rengeling**, Hans-Werner (Hg): Der Stand der Technik bei der Genehmigung umweltgefährdender Anlagen, Köln/Berlin/München 1985.
- Reutter**, Werner/**Rütters**, Peter (Hg.): Verbände und Verbandssystemen in Westeuropa, Opladen 2001.
- Reutter**, Werner (2001a): „Korporatismus, Pluralismus und Demokratie“, in : Reutter/Rütters, S.9-30.
- Reutter**, Werner (2001b): „Deutschland. Verbände zwischen Pluralismus, Korporatismus und Lobbyismus“, in : Reutter/Rütters, S.75-101.
- Rudolf**, Florence (2000): « La reception sociologique de l'environnement en Allemagne et en France », in: Eßbach, 2000, S. 405-420.
- Rüdiger**, Werner (1989): „Grüne Parteien in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft“, in: Franken/Ohler, S. 209-214.
- Schild**, Joachim (1995): „Wertewandel diesseits und jenseits des Rheins. Umweltbewusstsein und politisches Protestverhalten“, in *Dokumente* 51/3, S. 217-222.
- Schneider**, Heinrich/**Jopp**, Matthias/**Schmalz**, Uwe (Hg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen -Problemfelder-Optionen, Bonn 2002.
- Schreiber**, Helmut: Umweltpolitik in Großbritannien und Frankreich, Berlin 1991.
- Schulz**, Winfried (2003): „Mediennutzung und Umweltbewusstsein: Dependenz- und Priming-Effekte“, in: *Publizistik. Vierteljahresshefte zur Kommunikationsforschung* 48/4, S. 387-413.
- Schütz**, Holger (1995): „Umweltbewußtsein und Umweltverhalten. Das Beispiel Abfall“, in: Joußen/Hessler, S. 65-88.
- Schwarz**, Sabine: Die Europäisierung der Umweltpolitik. Politisches Handeln im Mehrebenensystem, Berlin 2002.
- Sebaldt**, Martin (1997): „Verbände und Demokratie. Funktionen bundesdeutscher Interessengruppen in Theorie und Praxis“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B36-37/97.
- Statistisches Bundesamt** (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2006. Für das Ausland, Wiesbaden 2006.
- Stein**, Christoph (1995): „Ökologie und Demokratie. Zum deutsch-französischen Ökologiediskurs“, in: *Dokumente* 51/3, S.211-216.
- Stoll**, Karin/**Wolf**, Anita (1991): „Umweltpolitik“, in: Weidenfels/Wessels, S.302-309.
- Strübel**, Michael (1990): „Grenzüberschreitende Umweltpolitik in Europa. Bestandsaufnahme, Defizite, Perspektiven“, in Ders. (Hg.), S. 103-132.
- Strübel**, Michael(Hg.): Wohin treibt Europa? Der EG-Binnenmarkt und das gemeinsame europäische Haus, Marburg 1990.
- Trepl**, Ludwig: Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Zehn Vorlesungen, Frankfurt am Main 1987.

Vaillant, Jérôme (1991): „Umweltschutz-Unterscheiden sich die Auffassungen in Deutschland und Frankreich so sehr?“, in: Pfromm, S. 9-17.

Vindt, Gérard (2001): « La loi de 1901 : une avancée républicaine », in : *Alternatives Economiques*, Nr.193, S. 38-41.

Vogler, John (1998): „Globale Umweltpolitik“, in: Beck, 293-331.

Voss, Gerhard (1995): „Umweltschutz in den Printmedien“, in: Haan, S. 123-129.

Wallmann, Walter (2006): „Das erste Jahr: Umweltpolitik nach Tschernobyl“, in: BMU (2006d), S. 15-21.

Weidenfels, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1991.

Welz, Christian/Eisenberg, Ewald (Hg.): Aspekte des Umweltschutzes in Deutschland und Frankreich – Ein Vergleich, Baden-Baden 1996.

Weizsäcker, Ernst-Ulrich von: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1990.

Wilrich, Thomas: Verbandsbeteiligung im Umweltrecht. Wahrnehmung von Umweltinteressen durch Verbände in Rechtsetzungs-, Planungs- und Verwaltungsverfahren, Baden-Baden 2002.

Woehrling, Jean-Marie (1992): „Die Entwicklung de öffentlichen Rechts. Umweltschutz und Umweltrecht in Frankreich“, in: *DVBI*, 107/13, S. 884-892.

Woehrling, Jean-Marie (1996): „Umweltschutz und Umweltrecht in Frankreich“, in: Welz/Eisenberg S.13-33.

Interviews

Christine Ellermann, BBU Bonn, Email am 10. Januar 2007.

Kai Schlegelmilch, BMU, u.a. Email am 11.12.2006.

Jean Gault, MEDD, Email am 17.10.2006.

Frank Norbert Hoffmann, BMU, Email am 06.09.2006

Cécile Martin-Phipps, MEDD, Email am 20.10.2006.

Eva Quickert-Menzel, MEDD, Email am 26.10.2006.

Elisabeth Louvet, Interview mit Dominique de Courcelles, RFI, 25.09.2006.

Frau Jekel, BMU, Telefonat am 09.10.2006.

Herr Ulrich Bruchmann, BMU am 30.08.2006.

Studien und PDF-Dokumente

Botschaft Frankreich

<http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/Umwelt89>, Zugriff am 25.10.2006.

Cevipof-Umfrage, September 2006

http://www.cevipof.msh-paris.fr/bpf/barometre/vague2/v2-synthese/BPF-V2_Perrineau_Evolution-2Vagues.pdf, Zugriff 11.01.2007.

Eco-Emballage, 2004

<http://www.ecoemballages.fr/cache/media/orig/2228.pdf>, Zugriff 28.01.2007.

Ecologic

http://www.ecologic.de/download/projekte/1850-1899/1880/1880_oekosteuer_de.pdf, Zugriff 02.02.2007.

Electricity consumption by households

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=en&product=SDI_MAIN&root=SI_MAIN/sdi/sdi_pc/sdi_pc_con/sdi_pc1300, Zugriff 29.01.2007.

Eurobarometer-Umfrage 58.0, Dezember 2002

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_180_fr.pdf, Zugriff 28.01.2007.

Eurobarometer-Umfrage 66, Herbst 2006

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_fr_nat.pdf, Zugriff 29.01.2007.

EU-Umfrage 131

http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_131_fr.pdf, Zugriff 12.01.2007

Lobbyliste

<http://www.bundestag.de/wissen/archiv/sachgeb/lobbyliste/lobbylisteaktuell.pdf>, Zugriff 10.01.2007.

Studie „Der Fachhandel für Bio-Produkte in Europa“

<http://www.synergie-online.com/index.cfm/fuseaction/studien.htm>, Zugriff 31.01.2007

Studie Ökobarometer 2005

http://www.oekolandbau.de/fileadmin/redaktion/dokumente/journalisten/Ergebnisstudie_oekobarometer_2005.pdfZugriff 29.01.2007.

Studie Umweltbewusstsein 2006

http://www.umweltbewusstsein.de/ub/deutsch/2006/download/ub2006_fragebogen.pdf, Zugriff 12.01.2007.

Umweltrat 1989

<http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/Umwelt89.pdf>, Zugriff am 25.10.2006.

Internetseiten

<http://www.adelphe-recyclage.com>

<http://afast.free.fr/main.php?lan=de&page=home>

<http://alsace.nature.free.fr/accueil.shtml>

<http://www.associations.gouv.fr/>

http://www.bmu.de/gesetze_verordnungen

<http://www.bund-freiburg.de>

<http://www.bund-pfalz.de/>

<http://csa.cren.free.fr>

<http://www.dfiu.wiwi.uni-karlsruhe.de/forschung.htm>

http://www.regbas.ch/d_aktivitaeten_oberrheinkonferenz.cfm

<http://www.soultz.net/fr/>

<http://www.verbaende.com>

Actu-environnement

02.10.2006:

<http://www.actu-environnement.com/ae/news/1969.php4>, Zugriff 13.12.2006.

08.11.2004:

<http://www.actu-environnement.com/ae/news/807.php4>, Zugriff 13.12.2006.

Express-online

06.07.2006:

<http://www.lexpress.fr/info/france/dossier/presidentielle/dossier.asp?ida=442767>,Zugriff 13.12.2006.

Le Figaro-online

31.12.2006:

http://www.lefigaro.fr/france/20061231.WWW000000007_zidanenbspreste_lenbspchouchou_des_francais.html, Zugriff 11.01.2007.

14.11.2006:

http://www.lefigaro.fr/france/20061114.FIG000000192_villepin_donne_un_coup_de_fouet_a_la_fiscalite_ecologique.html, Zugriff 02.02.2007.

19.03.2007:

http://www.lefigaro.fr/fil-info/20070319.WWW000000448_voynet_n_aurait_pas_du_signer_le_pacte_hulot.html, Zugriff 19.03.2007.

19.03.2007: <http://www.lefigaro.fr/election-presidentielle-2007>, Zugriff 19.03.2007.

Le Monde -online

21.05.2007:

<http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0@2-823448,36-912735,0.html>, Zugriff 21.05.07

Der Spiegel-online

15.01.2007:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,459444,00.html>, Zugriff 15.01.2007.

Die Zeit-online

24/1998:

<http://www.zeit.de/archiv/1998/24/athesen.txt.19980604.xml>, Zugriff 19.03.2007.

20/2002:

http://www.zeit.de/archiv/2002/20/200120_gruenenaufstand.xml, Zugriff 19.03.2007

51/2003:

<http://www.zeit.de/2003/51/Atomkrise>, Zugriff 19.03.2007.

06/2005:

http://www.zeit.de/2005/06/Gr_9fne_Sicherheit, Zugriff 19.03.2007

40/2005:

http://www.zeit.de/2005/40/Gr_9fne, Zugriff 19.03.2007.

VI. Anhang

Umweltminister Frankreichs

Staatspräsident	Amtszeit	Premierminister	Amtszeit	Minister/Staatssekretär für Umwelt	Amtszeit	Bezeichnung des Umweltministeriums
Charles de Gaulle (UNR)	1959-1969	Michel Debré	1959-1962	-		-
		Georges Pompidou	1962-1968	-		-
		Maurice Couve de Murville	1968-1969	-		-
Georges Pompidou (UDR)	1969-1974	Jacques Chaban-Delmas	1969-1972	Robert Poujade	1971-1974	Ministre délégué auprès du Premier ministre chargé de la protection de la nature et de l'environnement
		Pierre Messmer	1972-1974	Alain Peyrefitte ⁵⁷⁸	März-Mai 1974	Ministère de la Qualité de la vie (ab 1975 : chargé de l'Environnement) Ministère des Affaires Culturelles et de l'Environnement (1976)
Valéry Giscard d'Estaing (UDF)	1974-1981	Jacques Chirac	1974-1976	André Jarrot, ministre délégué à la qualité de la vie ⁵⁷⁹	1974- 1976	
				Gabriel Peronnet	1974- 1976 ⁵⁸⁰	
				André Fosset	Januar 1976- August 1976 ⁵⁸¹	
				Vincent Ansquer	August 1976 ⁵⁸²	

⁵⁷⁸ Bungarten 1978, S. 42. Dieser Name taucht auf der Homepage des MEDD nicht auf, genauso wenig wie Jarrot und Ansquer. Laut MEDD ist Paul Granet von 1976-1977 Minister, dagegen wird der Zeitraum von 1974-1976 im online Archiv des MEDD nicht ausgewiesen.

⁵⁷⁹ Bungarten 1978, S. 42. siehe Anm. zu Peyrefitte.

⁵⁸⁰ Von Peronnet wiederum schreibt Bungarten nichts und auch auf der Homepage des MEDD ist von dieser Person keine Rede. Diese Information ist von:

http://fr.wikipedia.org/wiki/Liste_des_ministres_fran%C3%A7ais_de_l%27%C3%A9cologie_et_du_d%C3%A9veloppement_durable

⁵⁸¹ Bungarten 1978, S. 42.

		Raymond Barre	1976-1981	Paul Granet, secrétaire d'Etat	1976-1977 ⁵⁸³	Ministère de la Culture et de l'Environnement (1977-1978)
				Michel d'Ornano	1978-1981	Ministère de l'Environnement et du Cadre de Vie (1977 -1981)
Francois Mitterrand (PS)	1981-1995	Pierre Mauroy	1981-1984	Michel Crépeau	1981-1983	Ministère de l'Environnement
				Huguette Bouchardeau	1983-1984	
		Laurent Fabius	1984-1986	Haroun Tazieff (Ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé de la prévention des risques naturels et technologiques majeurs)	1984-1986	Secrétariat d'État auprès du Premier ministre chargé de l'Environnement
		Jacques Chirac	1986-1988	Alain Carignon Ministère délégué	1986-1988	Ministre de l'environnement, logement, aménagement du territoire et transports (environnement)
		Michel Rocard	1988-1991	Brice Lalonde	1988-1992	Secrétariat d'État auprès du Premier ministre chargé de l'Environnement (1988), mit dem folgenden Zusatz ab 1989 : et des Risques technologique et naturels majeurs (1988-1991)
		Édith Cresson	1991-1992			
		Pierre Bérégovoy	1992-1993	Ségolène Royal (PS)	1992-1993	Ministère de l'Environnement (1991)
		Édouard Balladur	1993-1995	Michel Barnier	1993-1995	
Jacques Chirac (UMP)	1995-2007	Alain Juppé	1995-1997	Corinne Lepage	1996-1997	
Lionel Jospin		1997-2002	Dominique Voynet (Les Verts)	1997-2001	Ministère de l'aménagement du territoire (1997)	

⁵⁸² Bungarten 1978, S. 42.

⁵⁸³ http://www.ecologie.gouv.fr/rubrique.php?id_rubrique=99, Zugriff 09.12.2006.

						Ministère de l'aménagement du territoire et de l'environnement (1998) Ministère de l'écologie et développement durable (ab 1999)
				Yves Cochet	2001-2002	Ministère de l'aménagement du territoire et de l'environnement
		Jean-Pierre Raffarin	2002-2005	Roselyne Bachelot-Narquin Saïfi Tokia, secrétaire d'Etat au développement durable	2002-2004	Ministère de l'écologie et développement durable
				Serge Lepeltier	2004-2005	
		Dominique de Villepin	2005	Nelly Olin	2005-2007	
Nicolas Sarkozy (UMP)		François Fillon	2007	Alain Juppé	seit Mai 2007	Ministère de l'Écologie, du Développement et de l'Aménagement Durables

Bundesumweltminister Deutschlands

Regierung	Bundeskanzler	Amtszeit	Zuständiger Minister des Inneren bzw. ab 1986 der Umwelt	Amtszeit	
SPD/FDP	Willy Brandt (SPD)	1969-1974	Hans-Dietrich Genscher (FDP)	1969-1974	BML-Abteilung: Naturschutz und Landschaftspflege BMI-Abteilung: Umweltschutz; seit 1972: Reaktorsicherheit und Strahlenschutz ⁵⁸⁴
SPD/FDP	Helmut Schmidt	1974-1982	Werner Maihofer (FDP)	1974-1978	
CDU/FDP	Helmut Kohl (CDU)	1982-1995	Gerhart Baum (FDP)	1978-1982	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
			Friedrich Zimmermann (CSU)	1982-1986	
			Walter Wallmann (CDU)	1986-1987	
			Klaus Töpfer (CDU)	1987-1994	
			Angela Merkel (CDU)	1994-1998	
SPD/Die Grünen	Gerhardt Schröder (SPD)	1995-2005	Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen)	1998-2005	
CDU/SPD	Angela Merkel (CDU)	seit November 2005	Sigmar Gabriel (SPD)	seit November 2005	

Treffen des Deutsch-Französischen Umweltrats

	Datum	Ort	Deutsche Beteiligte	Französische Beteiligte

⁵⁸⁴ Das BMI musste dafür aber Raumordnungsaufgaben an das BMBau abgeben.

1.	13.02.1990 ⁵⁸⁵	Paris	- Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) - Umweltminister (UM) Rheinland-Pfalz, Alfred Beth - UM Saarlandes, Jo Leinen	- Französischer Staatssekretär für Umweltfragen Brice Lalonde
2.	08.04.1991	Saarbrücken	- Bundesumweltminister , Prof. Dr. Klaus Töpfer - UM Rheinland-Pfalz ,Alfred Beth - UM Saarlandes, Josef Leinen - UM Baden-Württemberg, Erwin Vetter	- UM Brice Lalonde - Abgeordneter des Départements Haut-Rhin, Herr Fuchs - erster Beigeordneter der Stadt Straßburg, Herr Lienhardt
3.	31.08.1992	Straßburg, am Rande des Robertsau-Waldes	- Bundesumweltminister, Prof. Dr. Klaus Töpfer - UM Baden-Württemberg, Harald B. Schäfer - UM Saarland, Jo Leinen	- UM'in Ségolène Royal - früherer Minister und Regionalberater Lothringen, Herr Chereque - Stellvertretender Bürgermeister von Mühlhausen, Herr Bockel - Abgeordneter des Départements Haut-Rhin, Herr Fuchs - stellvertretender Bgm. Straßburg, Claude Lienhardt
4.	17.02.1993	Bonn	- Bundesumweltminister, Prof. Dr. Klaus Töpfer - UM Saarland, Jo Leinen - Staatssekretär Baden-Württemberg, Peter Reinelt	- UM'in Ségolène Royal
5.	19.11.1993	Albertville (Savoyen)	- Bundesumweltminister, Prof. Dr. Klaus Töpfer - UM Saarland, Jo Leinen - Staatssekretär im Umweltministerium Baden-Württemberg, Peter Reinelt	- UM Michel Barnier - Vorsitzender des Conseil Général des Départements Haut-Rhin, Jean-Jacques Weber - stellvertretender Bgm. Straßburg, Claude Lienhardt
6.	10.05.1994	Offenburg	- Bundesumweltminister, Prof. Dr. Klaus Töpfer - UM Baden-Württemberg, Harald B. Schäfer - UM Saarland, Jo Leinen	- UM Michel Barnier - Vorsitzender des Conseil Général des Départements Haut-Rhin, Jean-Jacques Weber - stellvertretender Bgm. Straßburg, Claude Lienhardt
7.	11.12.1995	Paris	- BM'in für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel - Minister für Umwelt und Verkehr des Saarlandes, Prof. Dr. Willy Leonard	- UM'in Corinne Lepage - stellvertretender Bgm. Straßburg, Claude Lienhardt
8.	28.10.1996	Bliesbruck-Reinheim	- BM'in für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr Angela Merkel - Minister für Umwelt und Verkehr des Saarlandes, Prof. Dr. Willy Leonard - Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg Ulrich Müller	- UMin Corinne Lepage - Abgeordneter des Département Moselle, Jean Seitlinger - Abgeordneter des Département Haut-Rhin, Jean Ueberschlag - stellvertretender Bgm. Straßburg, Claude Lienhard
9.	26.05.1998	Straßburg	- BM'in für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel - Minister für Umwelt und Verkehr des Saarlandes, Prof.	- Dominique Voynet, Ministerin für Raumordnung und Umwelt [Anm. zeitgleich mit dem Kolloquium „Integrierter Ansatz für den Umweltschutz in der Industrie“]

⁵⁸⁵ Konstituierende Sitzung.

			Dr. Willy Leonard	
10.	27.09.2000	Berlin	- BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jürgen Trittin - Staatssekretär für Umwelt und Forsten (Rheinland-Pfalz) Roland Härtel - Staatssekretär des baden-württembergischen Ministeriums für Umwelt und Verkehr, Stefan Mappus	- Dominique Voynet, Ministerin für Raumordnung und Umwelt - Vorsitzender der Französisch-Deutschen Parlamentariergruppe der französischen Nationalversammlung, Jean-Marie Bockel
11.	26.10.2001	Paris	- BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin - Staatsministerin für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Margit Conrad	- Minister für Raumordnung und Umwelt, Yves Cochet,
12.	27. 02.2003	Potsdam	- BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin - Staatsministerin für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Margit Conrad - Minister für Umwelt und Verkehr des Landes Baden- Württemberg, Ulrich Müller	- Ministerin für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Roselyne Bachelot-Narquin - Regionalpräsident der Region Champagne-Ardenne, Prof. Jean- Claude Etienne
13.	03. 02. 2004	Parc de la Brière	- Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin - Minister für Umwelt und Verkehr des Bundeslandes Baden-Württemberg, Ulrich Müller	- Ministerin für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, Roselyne Bachelot-Narquin
14.	25.08.2005	Insel Vilm/Rügen	- Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin - Ministerin für Umwelt Baden-Württemberg, Tanja Gönner - Minister für Umwelt des Landes Mecklenburg- Vorpommern, Prof. Dr. Wolfgang Methling (Gast)	- Ministerin für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, Nelly Olin
15.	23./24.09.2006	Royaumont	- Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel - Ministerin für Umwelt Rheinland-Pfalz, Margit Conrad	- Ministerin für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, Nelly Olin

Auswahl von französischen und deutschen Umweltgesetzen

Gesetz in Frankreich	Jahr	Äquivalentes Gesetz Deutschland ⁵⁸⁶	Jahr
Naturschutzgesetz	Juni 1976	Bundesnaturschutzgesetz	1935, 1976
Anlagengesetz (Nachfolgegesetz vom Dezember 1917, welches wiederum im <i>décret napoléonien</i> , Oktober 1810, seinen Ursprung hat)	Juli 1976		
Gesetz zur Bekämpfung der Luftverunreinigung und der Gerüche (Vorläufer: „Loi Morizet“, April 1932)	August 1962	Gesetze zur Luftreinhaltung das für die Luftreinhaltung zentrale Bundesimmissionenschutzgesetz	1969er, 1974
Wassergesetze (Vorgänger Dezember 1964)	Januar 1992	Wasserhaushalts- und das Abwasserabgabengesetz	Juli 1957 ⁵⁸⁷ , 1976
Lärmschutzgesetze (im Februar 1973 bereits kollektives Finanzierungssystem für die durch Fluglärm geschädigten)	Dezember 1992	Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm	1971
Gesetz über Abfallbeseitigung und Wiederaufbereitung (maßgebliche Änderung im Gesetz vom Juli 1992)	Juli 1975	Abfallbeseitigungsgesetz	Juni 1972, September 1994
Gesetz über die Kontrolle chemischer Substanzen	Juli 1977	Chemikaliengesetz	1980
Gesetz zum Schutz der Landschaft	Januar 1993		
kein eigenständiges Atomgesetz; Rechtsgrundlage der die kerntechnischen Anlagen betreffenden Regelungen sind im wesentlichen Dekrete, die auf Art.8 des Gesetzes vom 2. August 1961 zur Bekämpfung der Luftverschmutzung basieren.	-	Atomgesetz ⁵⁸⁸	Dezember 1959, 1985

⁵⁸⁶ Vgl. http://www.bmu.de/gesetze_verordnungen/alle_gesetze_verordnungen_bmu/doc/35501.php#sonstiges, Zugriff 23.05.2007.

⁵⁸⁷ Bosselmann/Schröter (2001), S. 121.

⁵⁸⁸ Bosselmann/Schröter (2001), S. 121.

**Programm des 14. Umweltrates 25./26.08.2005
auf der Insel Rügen/Insel Vilm**

Donnerstag, 25.08.2005

13:30	<i>Ankunft der französischen Delegation auf dem Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen</i>
gegen 15:30	Ankunft in Binz /Insel Rügen
16:00	Empfang durch Bundesumweltminister Jürgen Trittin
16:15	Abfahrt zum „Jagdschloss“ in der Region Granitz , Fährüberfahrt
16:30	Ankunft auf der Insel Vilm Empfang und Besichtigung des Akademiegebäudes durch Dr. Knapp, Direktor der Naturschutzakademie
17:45	Abfahrt zum Nationalpark „Königstuhl“
18:15	Empfang und Spaziergang zur „Victoriasicht“, in Begleitung von Dr. Weigelt, Direktor des Nationalparks „Jasmund“ und von der Presse
19:10 – 20:00	Empfang durch Dr. Prokosch, von WWF Deutschland Besichtigung der Ausstellung, Führung von Herrn Steiner, Direktor des Nationalparkzentrum „Königsstuhl“
21:00	Abendessen
23:30	Fährüberfahrt nach Binz

Freitag, 26.08.2005

9:00	Abfahrt zur Fähre
10:00	Ankunft auf der Insel Vilm und Empfang durch Dr. Knapp
10:15	Arbeitstreffen
11:30	Kaffeepause
11:45	Arbeitstreffen
12:30	Pressekonferenz
13:00	Spaziergang auf der Insel in Begleitung der Presse
14:00	Mittagessen
15:30	Abfahrt zur Fähre
16:00	Abfahrt der Delegation

**Programm des 15. Umweltrates 24./25.09.2006
in Royaumont**

Sonntag, 24.09.2006

18:30	<i>Ankunft der französischen Delegation in der Abtei Royaumont</i> Empfang durch Ministerin Nelly Olin
18:40	Empfangscocktail
19:00	Private Besichtigung der Abtei
20:00	Abendessen Ansprache von Ministerin Nelly Olin
22:30	Unterkunft vor Ort

Montag, 25.09.2006

7:30	Frühstück
9:00-11:00	Arbeitstreffen Empfang durch kurze Einleitungsrede durch Ministerin Olin
11:15	Pressekonferenz
11:45	Abfahrt
12:30	Ankunft im Schloss Théméricourt, Maison du Parc, Besichtigung des Museums des regionalen Naturparks Vexin Français Vortrag Jean-Marc Michel, Directeur de la Nature et des Paysages, über französische Naturparkgebiete und den Eigenheiten eines regionalen Naturparks Apéritif mit den Mitgliedern der Verwaltung des Naturparks Vexin Français
13:00	Mittagessen
14:30	Abfahrt der Delegation

Ständige Kontaktpersonen für die Organisation des Umweltrates

BMU		MEDD
Minister		Ministre
Ministerbüro Persönlicher Referent des Bundesministers		Cabinet - Directeur du Cabinet - Chef de Cabinet - Conseiller diplomatique du ministre
--		Chef du secrétaire général
Abteilungsleiter Klimaschutz und Erneuerbare Energien, Internationale Zusammenarbeit		Chef du service des affaires internationales (SAI)
Unterabteilungsleiter Internationale Angelegenheiten	↗	--
Referatsleiter Europäische Union, Bilaterale Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedstaaten, Europabeauftragter (Europareferat)	↗	Chef du Bureau des affaires européennes (BAE)
Zuständiger Referent für Frankreich	↗	Chargée de la mission
↔		

Legende:

↔ Regelmäßiger Kontakt, vor allem aber bei Problemen

↔ Häufiger Kontakt

↔ Sehr häufiger Kontakt (sogar mehrmals täglich)

(Angaben betreffen die Vorbereitungsphase ab ca. 5 Wochen vor dem Treffen)

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und alle Ausführungen, die wörtlich oder sinngemäß übernommen wurden, als solche gekennzeichnet sind, sowie dass die Diplomarbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt wurde.

Passau, den 19.06.2007
